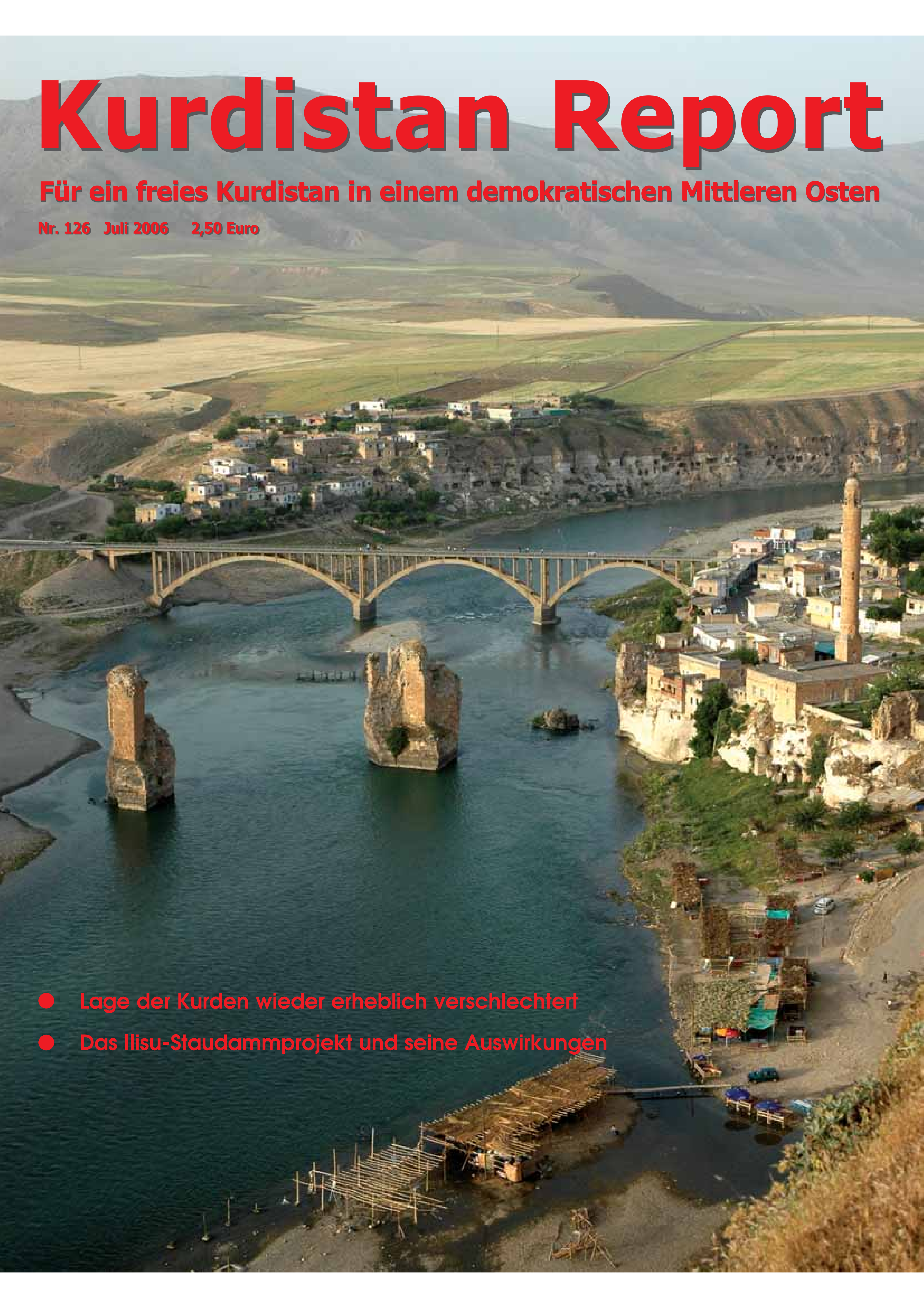
Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 126 Juli 2006 2,50 Euro



- Lage der Kurden wieder erheblich verschlechtert
- Das Ilisu-Staudammprojekt und seine Auswirkungen

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 126
Juli 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Hasankeyf 24.5.2005
Foto: Christian Kaiser
www.kaiser-photography.de

Rückseite:
In Erinnerung an Uta und Amara
Fotos: Archiv

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



KurdInnen übergeben in Strasbourg die gesammelten Unterschriften des Referendums Foto: ANF



Das türkische Militär ist in den kurdischen Gebieten der Türkei sichtbar präsent Foto: DIHA



Beerdigung eines Mitgliedes der Volksverteidigungskräfte unter Kontrolle des Militärs in Van Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

wie wir schon in unserer letzten Ausgabe ankündigen mussten, verdeutlichen sich die Belege dafür, dass in der Türkei die Repressivkräfte wieder auf dem Vormarsch sind. Außer dem Militär und der ihm anhängenden nationalen Fraktion der harten Hand scheint es in der türkischen politischen Landschaft keine Kraft zu geben, die genügend Ideen für eine politische Alternative hätte und auch das notwendige Selbstbewusstsein dazu, diese zu versuchen umzusetzen.

Es muss ja nicht gleich der große Wurf sein, begrenzte Initiativen würden vollkommen reichen, nur ehrlich müssten sie sein. Und die Bereitschaft müsste bestehen, etwaige Konsequenzen aus diesen Schritten hin zu einer grundlegend anderen Umgangsweise mit gesellschaftlichen Bedürfnissen und Herausforderungen auch tragen zu wollen. Zumindest auf kurdischer Seite sind die entsprechende Entschlossenheit und Offenheit schon seit Jahren gegeben, was gerade jetzt in einem Referendum die millionenfache Unterstützung für Abdullah Öcalan und seine Vorstöße für einen politischen Dialog zeigt.

Aber so reichen die politischen Rahmenbedingungen wieder einmal nur dafür aus, mit (Anti-)Terror-Gesetzgebung demokratischer gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Entwicklung zu begegnen. Kein Wunder, denn auch eine der Messlatten für einen großen Teil der Kontrahenten, die EU, lässt überhaupt keine Unterstützung erkennen für die Verwirklichung der von ihren Gremien selbst aufgestellten politischen Normen.

Also lesen Sie in einem großen Teil unserer aktuellen Ausgabe wieder nur über die desolate innenpolitische Auseinandersetzung in der Türkei, die Repression und die justitiable Aufarbeitung der Ereignisse z. B. von Semdinli oder nach Newroz.

Dabei bleibt aber auch Platz für positive Meldungen, wenn auch wenige – kleine Siege auf dem langen Weg zur demokratischen Ausgestaltung der Gesellschaft: Einige der Täter von Semdinli, obschon Bauernopfer, sind zumindest verurteilt worden; Pinar Selek und einige Mitangeklagte sind nach acht Jahren endlich freigesprochen worden.

Diese Ausgabe lässt uns außerdem mit einem Nachruf des Todes zweier wertvoller Genossinnen gedenken, der sich am 31. Mai zum ersten Mal jährte. Amara und Uta hinterließen große Lücken bei ihren MitstreiterInnen und werden weiterhin schmerzlich vermisst.

Ein Blick auf die Situation in Spanien lässt ein wenig hoffen: Die Waffenruhe der ETA und die ausgedrückte Gesprächsbereitschaft der spanischen Regierung lassen nicht nur Abdullah Öcalan bei den Besuchen seiner Anwälte Vergleiche ziehen mit der kurdischen Frage und möglichen Lösungswegen. Anlass für uns, einen kurzen Ausschnitt eines Zeitungsinterviews mit der ETA zur Situation im Baskenland wiederzugeben.

die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Politik der Türkei wiederholt sich

Fuat Kav

Die Türkei hat eine neue Schwelle erreicht, sie eigentlich schon längst überschritten. Von einer neuen Phase zu sprechen, würde der Realität nicht gerecht werden, denn die Türkei setzte ihre altbewährte Kriegspolitik erneut auf die Tagesordnung, wiederholt sich somit.

Ja, die Türkei wiederholt sich. Obwohl die Welt sich ändert, die 20-jährige Gewaltpolitik keinen Erfolg zeitigt, Probleme eher mit demokratischer Politik zu lösen sind, hält die Türkei weiterhin am Krieg fest und zwingt ihn auf. Sie erklärt für sich die Politik des „Töten und Getötetwerden" zur unverzichtbaren Strategie und baut darauf ihre gesamte Innen- und Außenpolitik auf. Noch wichtiger, sie tut sich noch immer äußerst schwer, die Kurden angemessen anzusprechen. Staatliche Vertreter der Türkei, die noch immer von den „so genannten Kurden" sprechen, beweisen erneut, wie fremd ihnen der Frieden ist und dass sie an nichts anderes als den anti-kurdischen Kampf denken können. Die neue Kriegsstrategie, die nach den Ereignissen in Diyarbakir und anderen Regionen Kurdistans umgesetzt wurde, konkretisiert diese Tatsache.

Hat sich die Türkei verändert?

Betrachtet man die jüngste Politik der Türkei, wird klar, dass sie sich nicht nur mit einer Fortsetzung der alten Kriegsstrategie begnügt. Sie erweiterte ihre bisherige Verleugnungs- und Vernichtungspolitik durch die Einschüchterung mittels Terror, Unterdrückung und Mord. Razzien gegen kurdische Einrichtungen, Festnahmen von DTP-Mitgliedern, Gewaltanwendung bei Kundgebungen, die Einbeziehung in die Welle des Terrors ohne Unterscheidung zwischen Jung und Alt, Frau und Mann sowie die Äußerung des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan, in der er einen Freibrief für die Erschießung kurdischer Frauen und Kinder erteilte: Das sind Anhaltspunkte dafür, dass die künftige Verfahrensweise diejenige der Vergangenheit übertreffen wird.

Die täglichen Militäroperationen, die Feldzüge Hunderttausender von Soldaten, die Überfälle auf DorfbewohnerInnen und die Morde unbekannter Täter sind nur einige Ergebnisse dessen.

Die Türkei hat sich der Veränderung und dem Wandel, der Demokratisierung und dem Friedensprozess völlig verschlossen.

Sie bevorzugt Krieg anstatt Frieden, Verleugnung und Vernichtung anstatt demokratischer Politik, die Sprache der Gewalt anstelle des Dialoges. Darauf baut sie ihre gegenwärtige Strategie auf. Sie scheint davon überzeugt zu sein, ihre Lebensgrundlage nur durch den Gebrauch dieser Sprache sichern zu können. Die Türkei hat ihre Existenz an die Vernichtung der Kurden geknüpft und bestimmt auf dieser Grundlage ihre Innen- und Außenpolitik. Sie hat total verinnerlicht: „Wenn es die Kurden gibt, so können wir nicht existieren, gibt es die Kurden nicht, dann können wir leben." Dies führt dazu, dass sie mit jedem Tag aggressiver wird, ihre Kriegspolitik immer mehr forciert und ihr Schwert noch weiter schärft.

Die Türkei hat sich nicht nur nicht geändert, sondern auch die kurdische Forderung nach Frieden und die entsprechende Politik ignoriert. So nahm sie das umfangreiche Projekt von PKK und Kongra-Gel, das über das Potential verfügt, die Gewalt zwischen dem türkischen Staat und den Kurden zu beenden und sogar den Ablauf der Entwicklungen im Mittleren Osten zu verändern, nicht ernst. Im Gegenteil, sie eskalierte den Krieg noch. Sie betrachtete die Friedensappelle von PKK und Kongra-Gel als Anzeichen der Schwäche und beantwortete sie jedes Mal mit breit angelegten Militäroperationen. Die kurdische Bewegung hingegen war bezogen auf das Friedensprojekt äußerst aufrichtig und ihren eigenen Thesen gegenüber sehr treu. Vor allem die Überlegungen und das Projekt von Herrn Abdullah Öcalan zum friedlichen Zusammenleben von Kurden und Türken waren von größter Bedeutung. Die Initiativen und die Thesen der kurdischen Bewegung und ihres Vorsitzenden waren nicht nur verbaler Natur. Es gab auch sehr bedeutende Schritte zu ihrer Umsetzung.

Aber die türkische Armee und im Allgemeinen der türkische Staat ignorierten auch diese praktischen Schritte und nahmen in der Frage der Demokratisierung und der Lösung der kurdischen Frage eine Haltung an, die weit hinter die der vergangenen Jahre zurückfällt.

Die Türkei fühlt sich durch die europäischen Staaten ermutigt

Einer der gewichtigsten Gründe für das Beharren des türkischen Staates auf seiner Kriegspolitik ist die Haltung der europäischen Staaten. Diese verlautba-

ren, obwohl die Türkei sich nicht bewegt, den Krieg eskaliert und Kriegsverbrechen an der kurdischen Bevölkerung verübt: „In der Menschenrechtsfrage gibt es in der Türkei beachtliche Verbesserungen zu verzeichnen. Sie hat bei der Demokratisierung und in der kurdischen Frage weitreichende Änderungen vorgenommen.“ Solche Äußerungen verhindern eine kritische Selbstreflexion der Türkei. Ein Wandel in einem Land wie der Türkei, während es wirtschaftliche, politische, moralische, ja sogar militärische Unterstützung aus Europa erhält, ist nicht zu erwarten. Staaten, die sich mithilfe antidemokratischer, vernichtender und verleugnerischer Politik auf den Beinen halten, können sich ohne Druck von innen und außen nicht verändern. Die Türkei gehört dazu. Deshalb widerspricht es ihrer Natur, sich eigendynamisch, ohne inneren und äußeren Druck, zu ändern. Daher stehen das Beharren der Türkei und ihre Anwendung grenzenloser Gewalt gegen Kurdinnen und Kurden in direkter Verbindung mit dem Verhalten der europäischen Staaten. Europa muss diesen Zusammenhang endlich anerkennen.

Was ist zu tun?

Es ist ein Fakt, dass die Türkei sich nicht aus eigener Anstrengung erneuern kann. Das Militär, die Regierung, die oppositionelle kemalistische Clique und sogar Institutionen, die sich als zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnen, handeln wie auf Verabredung zur Sabotage der Phase der Demokratie und des Friedens. Es ist äußerst unwahrscheinlich, gar unmöglich, dass die Türkei, die in den Fragen der universellen Rechte und Freiheiten, der Demokratie, der Lösung der kurdischen Frage und der Achtung der Menschenrechte von demokratischen Standards weit entfernt ist, sich ohne internationalen Druck wandelt, vorwärts gerichtete Schritte unternimmt und gesetzliche Reformen entsprechend den EU-Kriterien einleitet.

Die Handlungsweise der türkischen Politik, die ohne weiteres den Einsatz international geächteter Waffen wie z. B. Chemie-Waffen, die erbarmungslose Tötung eines dreijährigen kurdischen Kindes und die beharrliche Fortsetzung der Vernichtung und Verleugnung beinhaltet, ist kein Zufall, sondern präzise Präferenz. Diese zu ändern hängt von der internationalen Haltung und vor allem von den Kurden als Haupttriebkraft im Inneren ab. Es ist unvermeidlich, dass die internationalen Kräfte – auch entsprechend ihren juristischen und politischen Interessen – gegenüber der Türkei eine demokratische Position einnehmen. Die kurdische Bevölkerung hingegen sollte alles Notwendige unternehmen, damit die Türkei auf den richtigen Weg des demokratischen Wandels gebracht wird und die Freiheit des kurdischen Volkes respektiert. Die internationalen Kräfte und die kurdische Bewegung sollten in dem Bewusstsein handeln, dass die Türkei außer Wandel und Erneuerung im demokratischen Sinne keine andere Wahl hat, und ihr taktisches sowie strategisches Verhalten auf dieser Grundlage bestimmen.
Es ist unrealistisch zu glauben, durch Zugeständnisse an die Türkei den Wandel im Bereich der Freiheit und Demokratie erwirken zu können. Erneut ist bewiesen, dass die chauvinistische festgefahrene ideologische Struktur der Türkei, ihre an das Militär angelehnte Politik und ihr äußerst verleugnerisches Personal dafür nicht geeignet sind. ♦

7. Juni 2006

IHD: Rechtsverletzungen wie in den 90er Jahren

Die Zweigstelle Diyarbakir des *Menschenrechtsvereins* IHD hat eine Bilanz der Menschenrechtsverletzungen der ersten vier Monate des Jahres 2006 in den kurdischen Provinzen der Türkei veröffentlicht. Demnach haben bei Gefechten und gewalttätigen Auseinandersetzungen 89 Personen, bei Angriffen unbekannter Täter und extralegalen Hinrichtungen 30 Personen und durch Minen und Sprengstoffexplosionen 4 Personen ihr Leben verloren. Die Gesamtzahl beläuft sich auf 123. Im gleichen Zeitraum wurden 2015 Personen festgenommen und 884 Personen verhaftet. Wie Mihdi Perincek als IHD-Vertreter des Raumes Osten/Südosten mitteilte, erinnert der Anstieg der Menschenrechtsverletzungen an die Türkei der neunziger Jahre. Verglichen mit dem Jahr 2004 habe somit ein Anstieg der Rechtsverletzungen von 400 Prozent stattgefunden, im Vergleich mit dem Jahr 2005 sogar von 445 Prozent. Perincek erinnerte weiterhin daran, dass bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in Diyarbakir und Umgebung 13 Menschen ums Leben gekommen sind, davon fünf Minderjährige. Den Entwurf zum neuen Antiterrorgesetz bezeichnete er als Ende des EU-Beitrittswunsches. Im Verweis auf die Bombenanschläge in Istanbul auf das Gebäude der Tageszeitung *Cumhuriyet* sowie in Trabzon auf mehrere Parteizentralen und das Attentat auf Richter des Obersten Verwaltungsgerichshofes in Ankara erklärte Perincek: „Diese Vorfälle sollten nicht als planlos und individuell betrachtet werden. Wir verurteilen die Kräfte, die hinter diesen Anschlägen stecken, sowie die Mentalität, mit der das Recht auf Leben verletzt wird. Wir warnen alle Bürger davor, sich auf solche Provokationen einzulassen. Eine Rückkehr in die Türkei der neunziger Jahre bedeutet einen Verlust für alle.“

ANF, 18.05.2006, ISKU

Weitere Repressionen gegen die „*Partei der demokratischen Gesellschaft* (DTP)“

Kriminalisierung demokratischer Auseinandersetzung

Dr. Elmar Millich

Nach den Aufständen in den kurdischen Gebieten im Anschluss an den Tod von 14 Guerilla-Kämpfern im April gerät immer mehr die „*Partei der demokratischen Gesellschaft* (DTP)“ in das Fadenkreuz der staatlichen Repression. Gemäß der Analyse, dass eine Gefahr für den repressiven Status quo in der Türkei weniger militärisch durch die PKK-Guerilla als durch demokratische Aktionen und zivilen Ungehorsam der kurdischen Bevölkerung droht, werden Mitglieder von demokratischen Organisationen und der DTP kriminalisiert und angegriffen.

Von den Aufständen in Diyarbakir und anderen kurdischen Städten überrascht, forderten die Sicherheitskräfte Bürgermeister und Politiker der DTP auf, mäßigend auf die Bevölkerung einzuwirken. Deren Einsatz, um weitere Gewaltexzesse zu vermeiden, ist nun die Grundlage für Haftbefehle und Verfahren wegen Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Organisation, Verstoß gegen das Versammlungsrecht und Aufstachelung zu Hass und Feindschaft. Bis heute sind fast 50 DTP-Mitglieder verhaftet worden, darunter die Vorsitzenden der Provinzverbände von Batman, Van und Mardin, die Kreisverbandsvorsitzenden von Dogubeyazit, Kiziltepe, Silopi und Cizre sowie der stellvertretende Provinzverbandsvorsitzende von Diyarbakir. Insgesamt wurden über 500 Personen verhaftete, darunter ca. 100 Minderjährige. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Sprecher der *Demokratie-Plattform Diyarbakir* sowie zahlreiche Vertreter zivil gesellschaftlicher Organisationen.

Nach den Angriffen fanden Razzien in mehreren DTP-Zentralen statt, darunter Istanbul, Diyarbakir, Batman und Malatya. Das Auto von Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir, wurde angegriffen, seine Security-Mannschaft von Sondereinheiten verprügelt. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch das Innenministerium haben ein Ermittlungsverfahren nach dem anderen gegen Baydemir eröffnet.

Auch politisch wird gegen die DTP als Partei vorgegangen. Der Oberstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, Nuri Ok, zwang die DTP, 74 Gründungsmitglieder von der Parteimitgliedschaft auszuschließen. Andernfalls hätte der Partei ein Verbot gedroht. Danach erklärte Ok dem Prinzip der Doppelspitze im Parteivorstand den Krieg. In einem Schreiben an die DTP forderte er, der Parteivorsitz dürfe nach traditionellem Muster lediglich von einer Person wahrgenommen werden. Ein Gesprächsangebot an die türkische Regierung, um die Situation in den kurdischen Gebieten zu entspannen, wurde von Ministerpräsident Erdogan schroff zurückgewiesen, bevor sich die DTP von der PKK nicht distanziert hätte.

Im derzeitigen repressiven Klima in den kurdischen Gebieten ist jede Form politischer Auseinandersetzung unerwünscht. Eine Konferenz gegen die Verschleppung und Ermordung von Oppositionellen durch die türkische Polizei und Todesschwadronen fand im Juni in Diyarbakir nur unter schikanösen Auflagen statt. Der geplante Besuch zweier Massengräber sowie ein Kulturfest wurden verboten. Zudem wurde den Kongressteilnehmern die Verwendung des Begriffs „Mörder“ im Zusammenhang mit Staatsorganen untersagt. Im Laufe der Konferenz wird eine Übersetzerin vorübergehend festgenommen. Als daraufhin eine deutsche Delegierte die Polizei auffordert, das Kongresszentrum zu verlassen, lässt die Polizei den Saal räumen und kündigt ein

DTP gibt Doppelspitze im Vorsitz auf

Die *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) hat auf einer Parteiratsversammlung die Aufgabe der paritätisch besetzten Doppelspitze im Parteivorstand beschlossen. Dieser Schritt war bereits mehrfach von der Staatsanwaltschaft am Revisionsgerichtshof gefordert worden, weil dieses System im Parteiengesetz nicht vorgesehen ist. Auf dem ersten ordentlichen Parteikongress am 25. Juni wird es zu einer Satzungsänderung kommen, mit der der Parteivorsitz künftig auf eine Person beschränkt bleibt. In einer Erklärung kündigte die DTP an, die vom Frauenrat der Partei gestartete Unterschriftenkampagne für eine entsprechende Änderung des Parteiengesetzes sowie die Herabsetzung der 10-Prozent-Hürde bei Wahlen landesweit und unter Einsatz aller demokratischen Kräfte zu unterstützen.

Es wird vermutet, dass von den jetzigen beiden Parteivorsitzenden nach dem Kongress Ahmet Türk die Partei allein leiten und Aysel Tugluk im Parteivorstand weiter arbeiten wird. ANF, 5.6., ISKU

Verbot des Fortgangs der Konferenz an. Das Verbot wird am Abend zurückgezogen, die Überwachung fortgesetzt.

Der Kriminalisierung demokratischer Auseinandersetzung und friedlicher Proteste dient auch die geplante Neuformulierung des „Antiterrorgesetzes", mit dem die im Zusammenhang der EU-Beitrittsverhandlungen erzielten Fortschritte in Bezug auf Meinungsfreiheit und Menschenrechte radikal zurückgenommen werden. Wer sich öffentlich für dieselben Anliegen wie eine Terrorgruppe einsetzt, dem droht nach Artikel 6 des Gesetzesentwurfes eine mehrjährige Haftstrafe. Auch Losungen der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK), Fotos des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan und Symbole illegaler Organisationen sollen demnächst als „Terrordelikte" verfolgt werden. Wer dagegen verstößt, erhält bis zu drei Jahren Gefängnis oder – im Rahmen von Parteien, Gewerkschaften, Universitäten – gar sechs Jahren.

Auch ein Verbot der DTP wird derzeit nicht ausgeschlossen. Dies stände in guter türkischer Tradition, da bisher alle kurdischen Parteien (HEP, DEP, HADEP [(1)]) vom Staat verboten wurden. Auch gegen die Vorgängerpartei der DTP, die DEHAP, gab es ein laufendes Verbotsverfahren. Ein Verbot der DTP wäre konsequent, denn nichts fürchtet der türkische Staat mehr als die Existenz einer demokratisch legitimierten Vertretung der kurdischen Bevölkerung. Die guten Kontakte des Bürgermeisters von Diyarbakir, Osman Baydemir, nach Brüssel sind ihm seit längerem ein Dorn im Auge. Ein GAU wäre es aus Sicht der Türkei, wenn international gefordert würde, mit der DTP allgemeine politische Verhandlungen über die kurdische Frage aufzunehmen.

Reaktionen der EU

Von der Europäischen Union werden die Rückschläge bei den Menschenrechten in der Türkei bislang jedoch kaum thematisiert. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen fehlt der EU aufgrund ihrer eigenen Unentschlossenheit gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei z. Zt. jedes politische Druckmittel. Zum anderen hat die EU bislang vor den grundlegenden Realitäten des türkisch-kurdischen Konflikts die Augen verschlossen. Die Aufnahme des KONGRA-GEL in die europäische Liste terroristischer Organisationen 2004 hat die Türkei darin bestärkt, weiterhin eine militärische anstatt eine politische Lösung zu suchen. Auch die EU übt politischen Druck auf die DTP aus, sich von der PKK zu distanzieren.

In der Ausrichtung ihrer neuen „Antiterrorgesetze" hat sich die Türkei politisch geschickt an entsprechenden Gesetzen in europäischen Ländern ausgerichtet, um Kritik im Vorfeld abzufangen. Anfang April wurden etwa in München eine friedliche Protestveranstaltung gegen das Vorgehen von türkischen Sicherheitskräften in Diyarbakir von der deutschen Polizei brutal beendet und mehrere Personen festgenommen. Grund für dieses völlig unverhältnismäßige Vorgehen war nach Polizeiangaben das Zeigen von Emblemen der verbotenen PKK im Hintergrund der Konterfeis gefallener Guerilla-Kämpfer. Wenn ein solches Vorgehen in Deutschland legal ist, wie lässt sich Kritik an der Türkei üben, wenn Proteste der Bevölkerung in Kurdistan unter dem Verweis auf mitgeführte Öcalan-Plakate von Sicherheitskräften angegriffen werden? Auch eine europäische Kritik an einem eventuellen Verbot der DTP könnte die Türkei leicht mit dem Verweis auf die in Spanien verbotene ETA-nahe *Herri Batasuna* kontern.

Das Vorgehen der EU, durch Druck auf die türkische Regierung politische und kulturelle Rechte für die KurdInnen scheibchenweise von oben zu gewähren, ist an der Realität des türkisch-kurdischen Konflikts gescheitert. Die Menschenrechtssituation in den kurdischen Gebieten ist z. Zt. schlimmer als vor dem Beginn der Reformen. Zur Einforderung eines politischen Dialogs zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung als Voraussetzung einer politischen Lösung fehlen der EU sowohl der Wille als auch die Durchsetzungsmöglichkeiten, nachdem der EU-Beitritt der Türkei innerhalb der europäischen Länder immer umstrittener wird. In diesem Vakuum besteht die Gefahr, dass der „weltweite Antiterrorkampf" – hier im Speziellen gegen die PKK – der eigenen Bevölkerung als konsistente Politik verkauft wird und die Türkei weiterhin geostrategisch an Europa koppeln soll.

Für eine friedliche Lösung in Kurdistan fällt der DTP in jedem Fall eine Schlüsselrolle zu, da sie über demokratisch legitimierte VertreterInnen und Vertrauen in der Bevölkerung verfügt. Ein Verbot oder weitere staatliche Repression würde die Tür zur Lösung zuschlagen. Hier ist von der internationalen Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit und Solidarität gefordert. ♦

Anmerkung:
1) HEP: Arbeiterpartei des Volkes – 1993 verboten
DEP: Demokratie-Partei – 1994 verboten
HADEP: Demokratische Volkspartei – 2002 verboten
Quelle: „Die DTP in der Klammer der Justiz", Gülbahar Salik, Gündem 14.04.06

Prozess gegen DTP-Bürgermeister

Im Verfahren gegen 54 BürgermeisterInnen von der *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) aufgrund eines Briefes an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, in dem sie sich gegen ein Verbot des kurdischen TV-Senders Roj-TV ausgesprochen haben, hat die Staatsanwaltschaft Diyarbakir Anklage erhoben. Gegen die Angeklagten wird wegen Unterstützung der PKK eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren gefordert.

Der österreichische Ministerpräsident kündigte unterdessen an, genauere Informationen über den Prozess einzuholen. Gegegebenenfalls werde dieser in den Fortschrittsbericht der Türkei im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen einfließen. Auch der dänische Ministerpräsident Rasmussen kritisierte die Prozesseröffnung. Es sei „schockierend", dass so etwas in einem Land geschehe, das der EU beitreten wolle. ANF, 16.6., ISKU

Die Türkei betrachtet dieses Jahr für sich als finales Jahr

Die EU will das kurdische Problem nicht lösen

Cemil Bayik im Interview mit Aziz Ugur

Im Folgenden geben wir die gekürzte Fassung eines Interviews mit Cemil Bayik, Mitglied des Exekutivrates der *Koma Komalen Kurdistan* (Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan), zu den Entwicklungen in der Region sowie der Haltung der EU in der kurdischen Frage wieder. Das Interview von Aziz Ugur erschien am 9. und 10. Mai 2006 in *Yeni Özgür Politika.*

Nach der Militärintervention im Irak agiert die Türkei auf der einen Seite wie eine US-Verbündete, auf der anderen Seite pflegt sie Kontakte mit Regionalmächten, die für den Status quo und gegen die US-Intervention stehen. Wie kann also die Position der Türkei definiert werden?

Die Türkei steht sowohl mit den USA als auch mit den Kräften des Status quo in Beziehung. Sie versucht durch die Ausnutzung von deren Widersprüchen ihre eigene Position in der Region zu stärken. Es ist interessant: Sowohl die USA als auch diejenigen Kräfte, auf die eine US-Intervention abzielt, sind auf die Türkei angewiesen. Den USA gelingt es nicht, den Iran und Syrien ohne die Hilfe der Türkei zu belagern. Sie versuchen daher, das Bündnis zwischen der Türkei, dem Iran und Syrien zu zerstören. Eigentlich ist dieses Bündnis gegen die Kurden gerichtet, aber natürlich nicht nur darauf begrenzt. Es soll die angebliche Gefahr des zu verzeichnenden zunehmenden Kampfes auf kurdischer Seite aus dem Weg räumen.

Mit einer Distanzierung der Türkei von Iran und Syrien ist es möglich, dieses Bündnis zu zerstören. Die USA unternehmen Anstrengungen in dieser Richtung. Der Iran und Syrien hingegen wollen ihre Beziehungen zur Türkei stärken, um so zu verhindern, dass diese sich völlig auf die Seite der USA schlägt, und machen ihr Zugeständnisse. Die Türkei wiederum versucht durch die Ausnutzung der Konzessionen seitens der USA, Irans und Syriens von dieser Situation zu profitieren und ihre eigene Position in der Region zu stärken.

Die Türkei betrachtet dieses Jahr für sich als finales Jahr. Als ihre Vorteile wertet sie die Äußerungen von USA und EU bezüglich einer Lösung ohne die PKK und ohne Abdullah Öcalan, die Abhängigkeit der USA und der als potentielle US-Angriffsziele geltenden regionalen Mächte von der Türkei, des Weiteren das in der Region herrschende Chaos und dessen Auswirkungen auf ihre eigenen innerstaatlichen Probleme sowie ihr antikurdisches Bündnis mit Syrien und dem Iran.

Die USA erklären die bisherige Politik der Türkei für überholt, die bei beharrlicher Weiterverfolgung sowohl den USA als auch der Türkei schaden werde.

Sie sieht in den Entwicklungen in Südkurdistan, in der Entfaltung der kurdischen Befreiungsbewegung in allen Landesteilen und die sich aufzwingende notwendige Lösung als Gefahren.

Die Türkei ist von tief greifenden inneren Widersprüchen geprägt, die erst kürzlich auch an die Öffentlichkeit gelangten. Es scheint, dass die Armee in dieser Auseinandersetzung die Oberhand gewonnen hat. Die Regierung hat die Forderungen des Militärs akzeptiert, im Gegenzug hat Yasar Büyükanit [*Oberkommandierender der Landstreitkräfte*] der Fortsetzung der Regierung zugestimmt.

Kann die Türkei mit dieser Politik Erfolg haben?

Während sich die Türkei mit dem Iran und Syrien gegen die Kurden verbündet hat, versucht sie letztere mit Unterstützung der USA zu neutralisieren. Diese Politik bleibt in der Praxis erfolglos. Denn zwischen den USA, Iran und Syrien bestehen Widersprüche zu deren Auflösung man der Kurden bedarf. Ohne diese können die USA weder im Iran noch in Syrien Erfolge erzielen. Aus diesem Grunde beteiligen sie sich nicht am antikurdischen Bündnis der Türkei, Irans und Syriens. Die USA betrachten bei der Umsetzung ihrer Strategie in der Region die Kurden als stabilste Bündnispartner.

Ohne kurdische Unterstützung ist ein Regimewechsel im Iran und Syrien nicht möglich. Deshalb können die USA in der kurdischen Frage nicht dieselbe Linie verfolgen wie die Türkei. Das einzige Problem zwischen der Türkei und den USA ist die kurdische Frage. Die USA erklären die bisherige Politik der Türkei für überholt, die bei beharrlicher Weiterverfolgung sowohl den USA als auch der Türkei schaden werde. Deshalb fordern sie die Anerkennung und folg-

lich die Lösung der kurdischen Frage. Sie sind natürlich bestrebt, eine Lösung mit kollaborationsbereiten kurdischen Kräften zu erzielen. Aber auch dem widersetzt sich die Türkei. Sie akzeptiert keinerlei Lösung. Genau an diesem Punkt offenbart sich das Problem zwischen der Türkei und den USA.

Der Iran als Regionalmacht scheint das Konzept der Türkei am stärksten zu unterstützen. Welchen Sinn haben die Angriffe des Iran gegen Kurden, während er selbst internationalem Druck ausgesetzt ist?

Normalerweise dürfte der Iran nicht gegen die Kurden vorgehen, denn wie er zugibt, wird er international bedroht. Er müsste, statt auf die Auseinandersetzung zu setzen, eher positive Beziehungen zu ihnen suchen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Warum? Er sieht jegliche oppositionelle Organisierung und Aktivitäten als Gefahr an. So versucht er die Kontrolle im Inneren zu sichern und geht davon aus, dem Druck von außen widerstehen zu können.

Ein weiterer Grund ist der im vergangenen Februar unterzeichnete türkisch-iranische Bündnisvertrag, der erklärtermaßen zur gemeinsamen Bekämpfung der PKK geschlossen wurde. Aber dieses Bündnis beschränkt sich nicht nur darauf. Es schließt auch die Bekämpfung und Neutralisierung der kurdischen Bewegungen im Allgemeinen mit ein, der Südkurdistans inbegriffen. Der Iran will so die Türkei auf seiner Seite halten, um sie nicht vollständig den USA zu überlassen.

Die iranischen Angriffe beinhalten natürlich auch eine weitere Botschaft an seine Bevölkerung. Sie sollen eine entschlossene Haltung gegen die US-Drohungen vermitteln. „Wir fürchten uns nicht vor den USA, niemand sollte sich verrechnen. Die Opposition sollte sich nicht zu irgendwelchen Schritten ermutigen lassen", lautet die Botschaft. Im Vorfeld soll möglichen Entwicklungen entgegengewirkt werden.



Cemil Bayik — Foto: Archiv

Trotz der iranischen Angriffe zeigen Sie sich gelassen und zurückhaltend gegen diesen Staat. Können Sie uns die Haltung ihrer Organisation erläutern?

Wir wollen nicht gegen den Iran kämpfen. Wir halten es sowohl aus kurdischer als auch aus iranischer Sicht für nicht richtig. Wir sind eine regionale Kraft und suchen die Lösung der Probleme nicht außerhalb. Wir wollen sie mit den regionalen Kräften erreichen. Das ist unsere Haltung. Aber es scheint, dass der Iran nicht an einer Lösung des Problems interessiert ist. Wäre dies der Fall, würde er nicht in diesem Maße gegen uns vorgehen. Unserer Auffassung nach handelt der Iran falsch und muss schnellstmöglich Abstand davon nehmen. Eine effektive angemessene Beziehung zu den Kurden liegt in seinem Interesse. Wenn er neben all den äußeren Bedrohungen auch noch die Feindschaft der Kurden erfährt, wird er erheblichen Schaden davontragen.

Aber es scheint, dass der Iran nicht an einer Lösung des Problems interessiert ist. Wäre dies der Fall, würde er nicht in diesem Maße gegen uns vorgehen.

Sie sagten eben, dass ein Ziel des antikurdischen Bündnisses Südkurdistan sei. Ist die Haltung der föderalen Regierung Südkurdistans gegen dieses Bündnis denn angemessen?

Sie sehen die Gefahr, der sie ausgesetzt sind, es ist unmöglich, sie nicht zu sehen. Aber ihre Haltung gegen diese Bedrohung ist unzureichend. Die südkurdischen Kräfte haben einen etwas eingeengten Blickwinkel. Ihr Interesse ist nur auf einen Teil Kurdistans gerichtet, sie verfolgen begrenzte Parteiinteressen. Die Interessen des Südens zu sichern bedarf einer breiteren Sichtweise. Solange es in den anderen Teilen Kurdistans zu keiner Lösung kommt,

wird der Süden sich niemals vor Anfeindungen schützen können. An den Verhaltensweisen des Iran und der Türkei lässt sich das ohne weiteres ablesen. (...)

Glauben Sie an eine gemeinsame Strategie, die den Kurden den Rücken stärken könnte?

In der Vergangenheit haben die Kurden durch das kurdisch-schiitische Bündnis ihren Status im Irak zu festigen gesucht. Diese Phase hat ihnen und den Schiiten gedient. Aber nicht den USA. So haben diese mit der letzten Wahl die Sunniten ebenfalls einbezogen. Mit diesem Schritt sollte der Einfluss des Iran und der Schiiten auf den Irak reduziert werden. Das führte zu einem Vakuum und zu heftigen Auseinandersetzungen. Daraufhin versuchten die Kurden gemeinsam mit Sunniten und laizistischen Schiiten die Regierung zu bilden.

Das mag für das Kräftegleichgewicht im Irak ausreichen, aber nicht, um den Status in Südkurdistan aufrechterhalten und die Drohungen gegen diesen Teil abwehren zu können. Denn noch immer gibt es innerhalb des Irak Kräfte, die gegen eine kurdische Föderation sind und zudem mit externen Kräften in Verbindung stehen. Staaten wie die Türkei, der Iran und Syrien sind gegen den kurdischen Status und verfügen über Verbindungen in den Irak. Deshalb müssen die Kräfte in Südkurdistan die Situation realisieren, ihre Beziehungen zu den anderen kurdischen Landesteilen stärken und sich um eine Lösung bemühen. Ohne das können sie den Drohungen gegen sich nicht begegnen.

Aus diesem Grunde ist dringend eine kurdische Konferenz einzuberufen, an der sich notwendig alle Kräfte beteiligen. Es muss sich auf eine gemeinsame Strategie geeinigt werden, nach der sich alle im Rahmen demokratischer Politik zu bewegen haben. So können die Pläne gegnerischer Kräfte durchkreuzt werden und eine Lösung für die gesamte kurdische Frage erarbeitet werden.

Kommen wir nun zur Situation Syriens. Der Vorsitzende Ihrer Bewegung hat sich lange Zeit in Syrien aufgehalten. Es war auch die Rede von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Kurden und der ehemaligen Regierung. Wie konnte Damaskus aus dieser Position heraus Teil des antikurdischen Konzepts werden?

In den Zeiten der bipolaren Weltlage war die Türkei Bestandteil der NATO und Syrien stand in Verbindung zur Sowjetunion. Folglich existierten zwischen Syrien und der Türkei Widersprüche. Syrien verfolgte eine gegensätzliche Politik zur Türkei und musste sich in diesem Zusammenhang auf die Kurden beziehen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Anschläge vom 11. September in den USA veränderten die politische Situation in der Welt und auch im Mittleren Osten. Die politischen Beziehungen und Kräftegleichgewichte wurden umgestaltet und Syrien wurde umzingelt. Es glaubte durch die Annäherung an die Türkei freier atmen zu können. Beshar Asad hat sich anders als die vorherige Regierung an die Türkei geklammert, um die Belagerung zu durchbrechen. Es fällt auf, dass alle Probleme mit der Türkei im Nu beseitigt waren. So verzichtete Syrien auf seinen Gebietsanspruch an Hatay und steckte in der Wasserfrage zurück. Der Weg, um bei der Türkei Abbitte für die Vergangenheit zu leisten, führte über die Gegnerschaft zu PKK und Kurden.



Joost Lagendijk Foto: DIHA

Syrien kann seine Beziehungen zur Türkei aufrechterhalten, aber wir sind der Meinung, dass es nicht im Interesse Syriens liegt, allen türkischen Forderungen nachzukommen und die Türkei dergestalt ins Zentrum zu rücken. Zwar hält die Türkei an ihren Beziehungen zu Syrien fest, aber lange wird sie dem Druck der USA nicht standhalten können. Sie könnte, Syrien fallen lassend, sich vollständig auf die Seite der USA schlagen. Syrien sollte sich dessen bewusst sein und der Türkei nicht allzu weit vertrauen. Es sollte vielmehr auf seine eigene Bevölkerung setzen und sie zu gewinnen suchen. Hierfür wären eine Demokratisierung und Neuordnung der inneren Beziehungen notwendig.

Während dieser Entwicklungen im Mittleren Osten interveniert die EU gegen Ihre Bewegung. So sind öfter Appelle an die Kurdinnen und Kurden zu verzeichnen „Gebt die PKK und Apo auf!", zuletzt wieder in Äußerungen des EU-Vertreters Joost Lagendijk. Wie bewerten Sie diese Haltung?

Die EU will nicht zur Lösung der kurdischen Frage beitragen, sie hat dafür keine klare Politik. Wäre sie an einer Lösung interessiert, so würde sie über ein entsprechendes politisches Programm verfügen, und sie würde den Lösungsvorschlag unseres Vorsitzenden aus der Zeit seines Aufenthalts in Europa ernst nehmen und behandeln. Sie würde ihm die Möglichkeit gegeben haben, in Europa zu bleiben. Der Vorschlag unseres Vorsitzenden war äußerst angemessen. Weil die EU eine Lösung nicht wollte, ließ sie diesen unbeantwortet und stärkte die Basis für das internationale Komplott gegen unseren Vorsitzenden. Bis heute hält diese Nichtlösungspolitik der EU an.

Mit den Äußerungen von einer „Lösung ohne Apo und außerhalb der

PKK“ appellieren die Verantwortlichen in der EU an die Kurdinnen und Kurden, die PKK und Apo aufzugeben. Dabei wissen sie sehr gut, dass im Norden die kurdische Frage ohne PKK und ohne Apo nicht zu lösen ist. Und dennoch unsere Leute immer wieder dazu aufzurufen, zeugt davon, dass sie keine Lösung wollen. Damit stärken sie nur der Türkei den Rücken bei ihrer Vernichtungs- und Verleugnungspolitik. Die fühlt sich ermutigt, gegen uns vorzugehen. Es dient der Gewaltpolitik der Türkei und führt zur Fortsetzung des Krieges. Wollte die EU eine Lösung und würde sie die Türkei in deren auswegloser Politik nicht unterstützen, müsste diese Schritte in Richtung positiver Ergebnisse unternehmen. Einer der Gründe für das Beharren der Türkei auf ihrer klassischen Politik der Ausweglosigkeit ist die EU.



Übergabe der Unterschriften des Referendums in Strasbourg Foto: ANF

Lagendijk hingegen ist bestrebt, die Kurden aufgrund von Auskünften von türkischer Seite zu verurteilen. Er ignoriert die Informationen von kurdischer und PKK-Seite. Folglich kann er nicht die Realität verstehen. Er richtet sich an die Offiziellen der Türkei und an die von diesen gelenkte Presse. Somit bildet er sich aufgrund von einseitigen und tendenziösen Informationen eine Meinung über die kurdische Befreiungsbewegung. Ich denke, Herr Lagendijk hätte das nicht machen sollen. Auch die EU sollte nicht weiter an ihrer falschen Politik festhalten. Die fehlende Lösung der kurdischen Frage schadet der kurdischen Seite, der Türkei und auch Europa.

Unseres Wissens ist Europa eine Kraft, die sich für Stabilität einsetzt. Wenn dem so ist, müsste auch in der Türkei, mit der Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden sind, Stabilität angestrebt werden. Diese aber führt über die Lösung der kurdischen Frage. Ohne eine Lösung dieses Problems finden in der Türkei weder Stabilität oder Demokratisierung noch Rechtsordnung und Wertesystem der EU eine Existenzberechtigung. Wollen die Staaten der EU die Türkei ernsthaft zu ihrem Mitgliedsstaat machen, müssen sie sich für die Lösung der kurdischen Frage einsetzen.

Wir erwarten von Herrn Lagendijk und von der EU im Allgemeinen, dass sie den Willen des kurdischen Volkes respektieren. In der kurdischen Bevölkerung wurde jüngst ein Referendum durchgeführt. *[Vgl. S. 11]* Sowohl mit dem Ergebnis dieses Referendums, den Aktivitäten zum 15. Februar [*Jahrestag des internationalen Komplotts gegen Abdullah Öcalan; Anm. d. Ü.*], zum Internationalen Frauentag am 8. März und zu Newroz sowie mit den demokratischen Aktionen und Serhildans [*Volksaufstände; Anm. d. Ü.*], die sich nach Newroz entwickelt haben, hat die Bevölkerung gerufen: „Die PKK ist das Volk – das Volk ist hier.“ Die Menschen haben sich überall durch das Tragen von Postern und Bildern unseres Volksvertreters Abdullah Öcalan klar zu ihm bekannt. Sie brachten unmissverständlich zum Ausdruck, dass sie ein Leben ohne ihn nicht akzeptieren werden. Sie hießen Abdullah Öcalan lautstark ihren politischer Vertreter. Nun sprechen Lagendijk und die EU von Demokratie. Eine Kraft, die von sich behauptet, demokratisch zu sein, muss den Willen der Bevölkerung respektieren können. Die Menschen erklären: „Mein politischer Repräsentant ist Öcalan“, und sie bekommen erwidert: „Nein, er vertritt dich nicht!“. Wie ist diese Haltung mit Demokratie vereinbar? ♦

Wir erwarten von Herrn Lagendijk und von der EU im Allgemeinen, dass sie den Willen des kurdischen Volkes respektieren.

Das türkische Dilemma am Scheideweg zu Europa

John Tobisch-Haupt,
Sprecher der *Internationalen Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“*

An kaum einem anderen Fall lässt sich das kafkaeske Gebaren der Türkei im Rahmen des Annäherungsprozesses an die Europäische Union besser ablesen als an dem von Abdullah Öcalan. Sobald die Sprache auf den in der Türkei als Staatsfeind Nr. 1 geltenden Kurdenführer kommt, scheint eine sich dem westlichen Beobachter nicht erschließende rückwärts gewandte Logik die Oberhand zu gewinnen.

Angetrieben von dem Bestreben, die türkische Gesetzgebung europäischen Maßstäben schrittweise anzupassen, wurde durch den türkischen Gesetzgeber ein neuer Artikel in der Verfassung verankert, der im Zweifel das europäische Recht über das türkische Recht stellt. Mit der Verabschiedung des Artikels 90 der türkischen Verfassung sollte den Forderungen der EU und des Europarats nach Anerkennung der Rechtsprechung des *Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte* (EGMR) Rechnung getragen werden. Im Rahmen einer umfassenden Strafrechtsreform, die am 1. Juni 2005 in Kraft trat, wurden jedoch Sonderregelungen verankert, die im Widerspruch zu dem besagten Artikel in der türkischen Verfassung stehen. Im Zuge der nationalen Strafrechtsreform wurden zwar die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Urteile des *Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs* geschaffen. Hierfür wurde ein Absatz zum Paragraphen 327 im Gesetz Nr. 2006 hinzugefügt, in dem auf deren Rechtsverbindlichkeit Bezug genommen wird. Im neuen Strafgesetzbuch, 5353, § 311, Absatz 2 wird jedoch eine Einschränkung formuliert, wonach die Regelung nur für Fälle Gültigkeit hat, die nach dem 4. Februar 2003 beim EGMR eingereicht wurden. Somit ist nach dem neuen türkischen Strafgesetzbuch die Neuaufnahme des Öcalanverfahrens, wie dies der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in seinem letztinstanzlichen Urteil gefordert hat, nicht möglich – dieser hatte zuvor der Beschwerde Abdullah Öcalans in wesentlichen Punkten stattgegeben, wonach der Kurdenführer u. a. kein faires Verfahren erfahren hatte. Weitere 90 Personen sind von der Ausnahmeregelung betroffen, die in der türkischen Öffentlichkeit auch als „Öcalan-Lücke“ bezeichnet wird. Kritische Juristen bezeichnen diesen Vorgang auch als „Lex-Öcalan“, welcher nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz vereinbar sei.

Zwar besitzt der EGMR keine unmittelbare Handhabe, um seine Urteile in den betreffenden Mitgliedsstaaten des Europarats durchzusetzen. Dies obliegt jedoch seinem Ministerrat, der nach eigenem Ermessen über deren Umsetzung zu wachen hat. Dieser hatte schon kurz nach dem Urteil im Öcalanbeschwerdeverfahren deutlich gemacht, dass man die Türkei zur Umsetzung verpflichtet sieht.

Jene lässt jedoch weiterhin auf sich warten. Fristgerecht beantragten die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans die Neuaufnahme des Verfahrens, wobei sie sich auf den Artikel 90 der türkischen Verfassung beriefen. Eine solche wurde jedoch von der zuständigen 11. Kammer des Strafgerichtshofs in Ankara in Bezugnahme auf den § 311, Absatz 2 abgelehnt, da hierfür keine rechtliche Handhabe bestehe, weshalb man sich für nicht zuständig erklärte. Das Gericht bezog sich auf eben jene Sonderreglung, die nach europäischen Rechtsmaßstäben mehr als fragwürdig ist. Die Öcalananwälte hingegen verlangten, dass dieses rechtliche Dilemma vor dem türkischen Verfassungsgericht geklärt werden müsse. Fest steht, dass der türkische Kassationsgerichtshof nun über den Fall zu entscheiden hat. Wann dies geschieht, ist bisher offen. Ob eine Klärung herbeigeführt werden kann, steht in den Sternen.

Eine Klärung forderte schon der Ministerrat des Europarates gegen Ende 2005 im ähnlich gelagerten Fall von Hulki Günes. Dabei empfahl er die Schaffung der notwendigen Gesetzeslage oder aber die direkte Anwendung von Artikel 90. Diesen Gordischen Knoten zu durchschlagen scheint die türkische Politik nicht gewillt zu sein. Gerne wird der Reformwillen in lang ausschweifenden Regierungsstatements betont. In der Praxis erweisen sich selbst die verabschiedeten Reformwerke immer mehr als Makulatur. Wie weit die Türkei von einem modernen Rechtsstaat noch entfernt ist, lässt sich am Stellenwert des Rechts ablesen. Anstatt den Bürger vor dem Staat zu schützen, wie dies gemäß einem modernen Rechtsbegriff üblich ist, wird Justitia eher als rein ausführendes Organ der Staatsräson begriffen, dem die individuellen bürgerlichen Rechte unterzuordnen sind. Ob kurdische Frage, Völkermord an den Armeniern, Kopftuchstreit oder Zypernfrage – sobald die von den türkischen Militärs und dem kemalistischen Establishment festgeschriebenen „roten Linien“ überschritten werden, kommt es zu einer Aktivierung von Abwehrreflexen, welche auch vor einer aktiven Einflussnahme auf die Justiz nicht Halt machen. Auffallend oft werden türkische Staatsanwälte erst dann aktiv, wenn

Der Staat will einige Grundrechte und Freiheiten außer Kraft setzen

Das neue Terror-Gesetz

Günay Aslan, Journalist

Der *Nationale Sicherheitsrat* der türkischen Republik hat im Mai dieses Jahres der AKP-Regierung ein neues Antiterror-Gesetz vorgeschlagen. Die Regierung unter Ministerpräsident Erdogan hat den Gesetzentwurf, der durch den von Militärs dominierten *Nationalen Sicherheitsrat* ausgearbeitet wurde und den Namen Terrorbekämpfungs-Gesetz erhielt, an das Parlament weitergeleitet.

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, all diejenigen zu bestrafen, die nicht in offiziell sanktionierten ideologischen Bahnen denken. Teile der Gesellschaft, die anders denken, allen voran Schriftsteller, die für freie Meinungsäußerung eintreten, und Politiker, die ihre Gedanken offen zur Sprache bringen wollen, sollen mit diesem Gesetz terrorisiert werden. Damit werden alle gezwungen, dasselbe zu denken und zu sagen.

Die Diskussionen um dieses Gesetz, das gegenwärtig beim Rechtsausschuss des türkischen Parlaments liegt, halten an. Die EU-Kommission forderte in einer Erklärung seine Rücknahme. Ein Sprecher der Kommission warnte, dass mit diesem Gesetz die nach den zähen Entwicklungen der letzten Jahre eingeleiteten Reformen negiert würden und der Türkei eine neue finstere Phase bevorstünde.

Einige Kolumnisten in der Türkei schrieben, dass die AKP-Regierung diesem Gesetz nicht sehr begeistert begegnete, aber aufgrund des Drucks des Militärs gezwungen sei, es zu akzeptieren.

Die wichtigsten Grundzüge dieses von der Öffentlichkeit scharf kritisierten Gesetzes betreffen die Bestimmungen, dass die Forderungen nach Menschenrechten, nach muttersprachlicher Bildung und nach Inanspruchnahme des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Terrordelikte betrachtet werden. Der Staat will unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung" einige Grundrechte und Freiheiten außer Kraft setzen. So heißt es in § 6, dass die Forderung nach Verbreitung und Lehre der kurdischen Sprache als Propaganda für eine terroristische Organisation gilt, weil das eine Forderung der PKK sei. Gegen diejenigen, die Kurdisch lehren wollen oder dies fordern, ist eine Haftstrafe von 1 bis 3 Jahren vorgesehen. Des Weiteren gilt das Durchführen von Konferenzen ebenfalls als terroristisches Vergehen. Die Konferenzen werden als Aktionsformen definiert, bei denen für die Organisation Menschen angeworben werden. Diesem „Delikt" ist nach demselben Artikel eine Haftstrafe von 1 bis 3 Jahren zugedacht.

Das Sammeln von Geldern oder Spenden für irgendeine gemeinnützige Einrichtung, sei es ein Verein oder eine Stiftung, wird in § 7 mit dem Vorwurf der „Beschaffung indirekter materieller Einnahmen für die Terrororganisation" unter Strafe gestellt und mit einer Haft-

---

sich zuvor türkische Generäle öffentlich zu Wort melden. Inwieweit sich das mit dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz vereinbaren lässt, bleibt ein Rätsel. Ein extremes Beispiel hierfür ist der Fall Öcalan. Selbst ganze Gesetzeswerke im Rahmen des EU-Anpassungsprozesses stehen immer wieder zur Disposition, sobald dem Kurdenführer daraus ein „Vorteil" erwachsen könnte. Dabei tritt ein pathologisch anmutender antikurdischer Mainstream zu Tage, der auch in anderen Bereichen immer wieder die eigenen EU-Ambitionen konterkariert. Jedes noch so kleine Zugeständnis in der kurdischen Frage muss mit dem heftigen Widerstand der kemalistischen Elite und des Militärs rechnen und läuft Gefahr als „Vaterlandsverrat" ausgelegt zu werden.

Erst kürzlich mahnte die EU einen größeren Reformwillen an, wenn denn wirklich die Beitrittsgespräche am 3. Oktober 2006 beginnen sollen. Inwieweit sich die türkische Politik davon beeindrucken lässt, ist schwer abzuschätzen. Zu kompliziert verlaufen die Koordinaten zwischen einem rückwärts gewandten Nationalismus und dem Bestreben nach Erneuerung. Der immer mehr auch militärisch eskalierende türkisch-kurdische Konflikt unterstreicht eindrucksvoll das türkische Dilemma am Scheideweg zu Europa. Tief greifende Veränderungen lassen sich so nur schwer erwarten.

Die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans haben indes angekündigt, bis zum *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* gehen zu wollen, sollte auch der türkische Kassationsgerichtshof eine Neuaufnahme des Verfahrens ablehnen. Viele Juristen in der Türkei halten dies für wahrscheinlich. Es scheint, dass Europa der Fall Öcalan auch weiterhin erhalten bleibt. ♦

strafe zwischen 1 und 5 Jahren geahndet.

Im Fall einer Festnahme darf nach dem Gesetzentwurf nur eine einzige den Betroffenen nahe stehende Person benachrichtigt werden. Ist diese nicht erreichbar, wird niemand weiter informiert. Des Weiteren kann der Internierte nur von einem einzigen Anwalt vertreten werden und das erst 24 Stunden nach der Festnahme. Die Anwälte sind gezwungen, ihre Mandanten auf den Polizeiwachen zu kontaktieren, eine andere Möglichkeit der Kommunikation ist nicht zugelassen. Will der Anwalt seinem Mandanten ein Dokument aushändigen, wird dies von der Polizei beschlagnahmt. Auch kann – wenn es für notwendig erachtet wird – dem Anwalt die Akteneinsicht verweigert werden.

Der Terrorgesetz-Entwurf sieht vor, dass einen Angehörigen der Sicherheitskräfte, dem Folter vorgeworfen wird, drei Anwälte vertreten, deren Kosten der Staat übernimmt. Mit diesem § 8 wird die Folterpraxis geradezu belohnt und der Staat lässt vermitteln, dass staatliches Sicherheitspersonal foltern darf und er hinter ihnen steht. In § 2 wird die Ermächtigung zum Waffengebrauch für Sicherheitskräfte und Soldaten erweitert. Demnach dürfen Polizisten oder Soldaten schießen, wenn jemand der Aufforderung sich zu ergeben nicht nachkommt. Hierbei spielt es keine Rolle, ob der Betroffene die Aufforderung nicht gehört hat oder unbewaffnet ist, er muss bei Aufforderung sofort auf die Knie gehen, sonst kann geschossen werden.



Sondereinheiten stürmen ein Haus in Van/Bostanici, eine Zivilperson wird getötet, das Haus vollständig zerstört, 17.6.2006 Foto: DIHA

Diesem Entwurf ist die wehmütige Erinnerung des türkischen Staates an die Zeiten zu entnehmen, als außergerichtliche Hinrichtungen an der Tagesordnung waren. Der Staat will Terror produzieren und erneut Blut vergießen.

Dieses Gesetz, das die Organisierung, die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht, das Spendensammeln für zivilgesellschaftliche Einrichtungen als terroristische Delikte definiert, sieht es ebenfalls als terroristische Straftat an, „das Volk dem Militärdienst zu entfremden“. § 4 bedroht jeden, der es ablehnt, zum Zwangsmilitärdienst zu gehen, mit einer Haftstrafe zwischen 1,5 und 4,5 Jahren.

Die Art sich zu kleiden, ist ebenfalls in den Gesetzentwurf aufgenommen. Nach § 6 werden alle, die ein Emblem oder Symbol der Organisation (PKK) tragen, zu 1 bis 5 Jahren Haft verurteilt. Hält man sich vor Augen, dass Kurdinnen und Kurden sich gern symbolisch in den Farben rot, grün und gelb kleiden und wie z. B. bei Newrozfeierlichkeiten besonders die Frauen sich in diesen Farben präsentieren, wird klar, dass mit dieser Bestimmung vor allem kurdische Frauen Angriffsziel sind. Die Sehnsucht des Staates nach den Zeiten, in denen „die Farben“ unter Strafe standen, kommt hier zur Geltung.

Sexueller Missbrauch von Kindern wurde ebenfalls in den Kanon terroristischer Straftaten aufgenommen. In § 3 heißt es: „Wenn diese Straftat im Rahmen der Aktivitäten der Terrororganisation verübt wird, fällt sie unter Terrordelikte.“ Es ist ein Rechtsskandal. Das Terrorbekämpfungs-Gesetz hat 60 Verstöße aus dem türkischen Strafgesetz übernommen und somit zu Terrorakten erklärt. Diese Vorlage beschreibt die nach außen drängende Paranoia des türkischen Staates. Während die türkische Öffentlichkeit und die internationale demokratische Gemeinschaft von ihm Schritte zur Ausweitung der Freiheiten, die Angleichung des muttersprachlichen Sende- und Bildungsrechts an moderne Standards, die Beendigung der Folter und die Aufklärung von „Morden unbekannter Täter“ erwartet, hat dieser das Gesetz ausgearbeitet, um im gesamten Land Terror ausüben zu können.

Der Staat sucht unter dem Vorwand der Terrorgefahr die Öffentlichkeit zu manipulieren, um seinen eigenen Terror zu legitimieren. Dieser Staat, der die Gewalt angenommen und gegen die Bevölkerung eingesetzt hat, zielt mit diesem Gesetz auf die Verhinderung möglicher Reaktionen und Kritik gegen diese Gewaltpolitik ab. Aus diesem Grunde bedient er sich der Desinformation.

Gegen dieses rechts- und freiheitsfeindliche Gesetz leisten die Menschen, allen voran die Kurdinnen und Kurden, Widerstand und fordern seine Rücknahme.

Die Kritik und Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf der einen Seite und die scharfe Kritik des Militärs auf der anderen Seite setzen die Regierung stark unter Druck. Die AKP scheint zwischen demokratischer Öffentlichkeit und Militär eingekeilt zu sein. Deshalb versucht sie Zeit zu gewinnen und nach Möglichkeit die Entscheidung über das Gesetz auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben.

Es scheint, dass sich die Diskussion um dieses Gesetz in den kommenden Tagen noch weiter verschärfen wird. Politische Beobachter räumen ihm kaum eine Chance ein, wirklich verabschiedet zu werden. Aber bei der Türkei kann man nie sicher sein. Deshalb ist es wichtig, gegen diesen Entwurf zu opponieren, sich an den Aktionen und der demokratischen Dynamik zu beteiligen. ♦

Eine Gerichtsverhandlung im Schatten innerstaatlicher Auseinandersetzungen

Das Semdinli-Verfahren



Mahmut Sakar Foto: DIHA

Rechtsanwalt Mahmut Sakar

Die Explosion vom 9. November 2005 in einer kleinen und abgelegenen kurdischen Stadt und die darauf folgenden Entwicklungen haben das gesamte politische Gleichgewicht in der Türkei zerstört. Während dieser Vorfall die Diskussion um den „tiefen Staat" und die Kontraguerilla erneut entfachte, nahmen die Auseinandersetzungen unter den staatsinternen Kräften neue Dimensionen an. Es ist ein Ereignis, das für die Zukunft der Türkei, vor allem für ihre Demokratisierung und Zivilisierung, von großer Bedeutung ist und zugleich ihr Rechtsniveau vor Augen führt. Semdinli ist ein Prüfstein für Recht und Demokratie in der Türkei. Zweifellos wird dieser Vorfall auch in Zukunft eine gründliche Behandlung erfahren, aber im folgenden Artikel möchte ich auf den aktuellen Stand des Verfahrens eingehen sowie auf einige Punkte, die den zugehörigen Gerichtsprozess betreffen.

Zuvor will ich kurz den Vorfall erneut ins Gedächtnis rufen. Am 9. November 2005 wurde in Semdinli, Kreisstadt der Provinz Hakkari, der Buchladen Umut, dessen Besitzer ein ehemaliger PKK-Gefangener namens Seferi Yilmaz ist, von einer Granate zerstört. Yilmaz konnte sich vor der Explosion noch rechtzeitig nach draußen retten und mit Hilfe der Passanten in der Umgebung den Täter verfolgen. Durch die Detonation im Buchladen kam Mehmet Zahir Korkmaz ums Leben.

Der Geständige Veysel Ates wurde von Seferi Yilmaz als Täter erkannt und bis zu einem Auto, in das er floh, verfolgt. In dem Fahrzeug saßen weitere zwei Personen, die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz. Damit die Täter in diesem Fall nicht wie die Täter bei vorherigen Geschehnissen unerkannt bleiben, hielten die aufmerksamen Bewohner von Semdinli das Auto mitsamt den Insassen fest und übergaben sie den Sicherheitskräften. Im Gepäckraum des Fahrzeugs wurden Waffen, Bomben und eine Vielzahl von Dokumenten sichergestellt. Die Granaten waren von dem Geständigen Ates geworfen worden, aber organisiert war der Angriff von Kaya und Ildeniz, so die Aussage von Seferi Yilmaz und anderen Zeugen.

Unter den im Auto sichergestellten Unterlagen fand sich neben Angaben über viele andere Personen auch die Planskizze von Seferi Yilmaz' Wohnung und Arbeitsplatz. Des Weiteren gab es auch Listen, in denen die Menschen von Semdinli und Umgebung nach ihren politischen Anschauungen und ihrem Verhältnis zum Staat aufgeführt waren.

Während des Anschlags hielt sich der Abgeordnete der *Republikanischen Volkspartei* CHP, Esat Canan, in Yüksekova auf. Er kam mit einem Staatsanwalt zum Tatort. Während der Staatsanwalt das Tatfahrzeug untersuchte, wurde aus einem anderen Auto auf sie geschossen und eine weitere Person getötet. Der Staatsanwalt brach umgehend seine Untersuchung ab und verließ den Ort. Der Täter Tansu Cavus wurde zwar später festgenommen, aber nach seiner Vernehmung wieder freigelassen. Sein Verfahren wird separat behandelt, weil das Gericht die Zusammenlegung beider Verfahren ablehnte. Sein Gerichtsverfahren wurde aus „Sicherheitsgründen" von Hakkari nach Malatya verlegt.

Der Semdinli-Vorfall gelang schon bald sowohl im Land selbst als auch international an die Öffentlichkeit. Die zivilen und demokratischen Kräfte stellten sehr bald die Verbindung zu Susurluk her [*dort brachte 1996 ein Autounfall die Verbindungen zwischen Staat, Politik und Mafia ans Tageslicht*] und nannten diesen Angriff das „zweite Susurluk". Im türkischen Parlament wurde eine Untersuchungskommission einberufen. Der Chef der nachrichtendienstlichen Abteilung der türkischen Polizei Sabri Uzun äußerte gegenüber der Untersuchungskommission, dass die Explosion nicht im Zusammenhang mit der PKK stehe, und verwies bildlich auf Kräfte innerhalb des Staates: „Der Dieb ist im Haus." Der CHP-Abgeordnete Esat Canan erklärte hingegen, dass hinter diesem Vorfall eine Bande innerhalb der Gendarmerie stecke, und verwies somit auf den Gendarmerie-Geheimdienst JITEM. Entgegen diesen Äußerungen kam Unterstützung für die Täter von höchster Stelle. Der Oberkommandierende der türkischen Landstreitkräfte Yasar Büyükanit versuchte den Täter Ali Kaya mit den Worten „Ich kenne ihn, er

ist ein guter Junge“ in Schutz zu nehmen.

Nach den Vorfällen eröffnete der Oberstaatsanwalt von Van, Ferhat Sarikaya, ein Ermittlungsverfahren und fertigte eine Anklageschrift. Darin heißt es: „Semdinli ist kein lokales Ereignis. Es ist ein Ereignis, das von einer Zentrale geplant und umgesetzt wurde, das einer Anweisung und Befehlskette von oben nach unten unterliegt.“ Und: „Das Ereignis von Semdinli ist ein Plan der militärischen Bürokratie, um durch Druck auf demokratische Politik und Freiheiten den eigenen Machtbereich zu erweitern.“ Und konkret verwies er auf eine Bande, der viele hochrangige Militärs, unter anderem Büyükanit, angehören. Er forderte, dass gegen diese Personen ebenfalls in diesem Rahmen Ermittlungen aufgenommen werden. Es ist vorstellbar, wie diese Anklageschrift das Land aufs Neue erschüttert hat. Die Erklärungen und Reaktionen der türkischen Streitkräfte hingegen spannten die politische Atmosphäre des Landes an. In dieser Zeit wurde Sabri Uzun wegen seiner Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss aus seinem Amt entlassen. Des Weiteren enthob das höchste Gremium der Rechtsbürokratie der Türkei, der Hohe Ausschuss der Richter und Staatsanwälte, am 20. April 2006 mit einem sehr harschen Beschluss den Oberstaatsanwalt, der die Anklageschrift zu verantworten hatte, ebenfalls seines Amtes. Der Prozess von Semdinli wurde in dieser Atmosphäre am 4. Mai 2006 vor dem 3. Strafgerichtshof Van begonnen, der zweite Prozesstag fand am 1. Juni statt. An den beiden bislang durchgeführten Prozesstagen wurde die Fortsetzung der Haft für die Angeklagten Kaya, Ildeniz und Ates beschlossen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Termine kann das Gerichtsverfahren wie folgt analysiert werden:

1) Die Angeklagten des Semdinli-Prozesses sind Mitglieder der türkischen Armee, sie genießen den Schutz dieser Institution durch hochrangige Generäle und Personen wie Büyükanit, die in der Armee-Hierarchie ganz oben angesiedelt sind und in der Anklageschrift selbst benannt werden. Vor diesem Hintergrund bietet das Verfahren die Basis für die Auseinandersetzung zwischen Armee und Regierung, weil zudem die Streitkräfte annehmen, dass sie durch diesen Prozess als Institution verurteilt werden sollen.

Die Tatsache, dass die Anwälte der Angeklagten ebenfalls aus der Armee stammen und direkt aus Ankara entsandt wurden, sowie die Tatsache, dass der Generalstabschef Ermittlungen gegen Yasar Büyükanit verhindert hat, spiegeln diese Haltung wider. Die Armee sieht sich in diesem Verfahren als eine Seite. Dies wurde durch sie in das Verfahren hineingetragen. Obwohl im Gerichtssaal Soldaten zur Gewährung der Sicherheit vorhanden sind, hielten sich bei den Prozessterminen dort zwei Oberste, Unteroffiziere und einige Soldaten auf, ohne sich der Kontrolle des Gerichts zu unterziehen, und postierten sich hinter den Angeklagten. Das ist als Botschaft sowohl an das Gericht als auch an die Öffentlichkeit zu verstehen, womit demonstriert wird, dass die Angeklagten nicht allein sind und die Armee hinter ihnen steht.

Ähnliche Beispiele sind möglich. Die gerichtliche Untersuchung ergab, dass der Angeklagte Ali Kaya am 15. September – also kurze Zeit vor den Anschlägen in Semdinli – von Armeekommandeur Büyükanit eine Auszeichnung erhielt. Viel interessanter ist jedoch, dass sowohl der Unteroffizier Ali Kaya als auch der Oberst der Provinzgendarmerie von Hakkari, Erhan Kubat, am 22. November, also nach dem Anschlag, ausgezeichnet wurden. Aus Sicht der

Erste Verurteilungen im Semdinli-Prozess

Im Prozess um den Bombenanschlag in Semdinli auf einen Buchladen sind die beiden angeklagten Unteroffiziere des militärischen Nachrichtendienstes JIT zu 39 Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt worden. Das Verfahren des Überläufers Veysel Ates wurde abgetrennt. Der Kommandeur der Bodentruppen der türkischen Armee, Yasar Büyükanit, hatte einen der Unteroffiziere kurz nach dem Anschlag als „guten Jungen“ bezeichnet.

Die Verteidigung der Angeklagten hatte in ihrem Abschlussplädoyer einen Freispruch gefordert, weil es Unrecht sei, dass alle Vorfälle in der Region ihren Mandanten angelastet werden. Die Strafe gegen die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz setzt sich aus einem Jahr und elf Monaten wegen Gründung einer kriminellen Organisation, zwölf Jahren wegen versuchtem Mord an dem Buchhändler Seferi Yilmaz, 25 Jahren wegen Mord an Zahir Korkmaz und sechs Monaten wegen Körperverletzung an Metin Korkmaz zusammen.

Ali Kaya nahm an der Verhandlung nicht teil, weil er an Tuberkulose erkrankt ist und in einem Militärhospital medizinisch behandelt wird.

Die Anwälte der Nebenklage bewerteten das Urteil positiv, forderten jedoch die sofortige Einleitung von Ermittlungen gegen die in der Anklageschrift erwähnten Kommandeure und bemängelten, dass der Anklagepunkt „Zerstörung der staatlichen Einheit“ fallen gelassen worden sei. Ali Kaya und Özcan Ildeniz müsse der Unteroffiziersstatus aberkannt werden und sie müssten in ein normales Gefängnis überstellt werden. Am wichtigsten sei jedoch, dass die Öffentlichkeit eine Aufklärung über die Hintermänner erwarte.

Auch der CHP-Abgeordnete aus Hakkari, Esat Canan, bezeichnete den Prozessausgang als wichtig für die Zukunft der Türkei und forderte eine Aufklärung der Hintergründe. Das Urteil sei eine Botschaft an alle öffentlich Beschäftigten, sich künftig illegalen Befehlen zu verweigern.

DIHA, 20.06.2006, ISKU

Streitkräfte gibt es folglich keine zu verurteilende Tat, sondern vielmehr eine Praxis, die belohnt werden sollte.

Der Geständige Veysel Ates gab während der Verhandlung auf eine Frage des Anwalts zu, dass er nach seiner Festnahme nach dem Anschlag von Semdinli für Operationen aus dem Gefängnis geholt worden sei. Auch den Aussagen der beiden anderen Angeklagten ist zu entnehmen, dass sie trotz ihrer Festnahme über Entwicklungen draußen auf dem Laufenden sind und weiterhin über entsprechende Kontakte verfügen. So wie der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, Yusuf Alatas, erklärte, ist es juristisch unmöglich, dass jemand, der im Gefängnis einsitzt, über nachrichtendienstliche Entwicklungen informiert ist.

Weiter ist befremdlich, dass bis heute gegen Buchladenbesitzer und Anschlagsopfer Seferi Yilmaz annähernd zehn verschiedene Ermittlungsverfahren anhängig sind.

2) Es wäre wohl überflüssig darzustellen, welchem Druck das Gericht unter diesen Umständen ausgesetzt ist. Dass das türkische Militär sich für die Angeklagten dermaßen einbringt, im Gerichtssaal Macht demonstriert und dafür sorgte, dass Staatsanwalt Sarikaya seines Amtes enthoben wurde, zeugt davon, inwieweit den Richtern und Staatsanwälten die Basis für ein faires Urteil entzogen wurde. Obwohl nach türkischer Rechtsprechung die Anklageschrift vollständig vorgetragen werden müsste, hat das Gericht bei ihrer Verlesung den Absatz weggelassen, der Armeekommandeur Büyükanit betrifft. Trotz Einspruchs der Anwälte weigerte es sich, diesen Absatz vorzutragen.

Beim Verhandlungstermin am 1. Juni hat die Staatsanwaltschaft, statt auf § 302 des türkischen Strafgesetzes zu plädieren (befasst sich mit der „Zerstörung der Einheit und Integrität des Staates“ und sieht eine lebenslange Haftstrafe vor), eine Verurteilung nach § 220 gefordert („Bildung einer kriminellen Organisation“). Somit hat sie die Schwere des in der Anklageschrift angeführten Vergehens sowie das Strafmaß gemindert.

3) Die Anwälte der Nebenklage wurden schon vor Prozessbeginn in Zweifel gezogen. So warnte der Gerichtsvorsitzende, während er den Prozessverlauf verkündete, dass die Anwälte der Nebenklage eine Propagandaschau für die PKK aufführen könnten. Der 3. Strafgerichtshof Van hat die Anträge auf Nebenklage von 330 Anwälten unterschiedlicher Kammern der Türkei abgelehnt. Als Begründung wurde zum einen angeführt, dass der Prozesssaal nur für 25 Personen ausgelegt sei und zum anderen der Prozess wahrscheinlich zur Organisationspropaganda missbraucht werden könnte. Zudem ist offensichtlich, dass die Anwälte aufgrund des Drucks der Soldaten nicht in der Lage sein werden, ihrer Aufgabe nachzukommen.

4) Ein weiterer Beleg dafür, dass ein faires Verfahren nicht wird stattfinden können, ist der Sachverhalt, dass der Polizist Himmet Özdemir, der nach der Tat die Aussage des Angeklagten Veysel Ates aufgenommen hatte, mittels der Verteidiger der Angeklagten ein neues Aussageprotokoll aushändigte, so dass dessen Aussage geändert werden konnte. Das Dokument besagt, dass Özdemir die Aussage des Angeklagten unter dem Druck des Staatsanwalts aufnehmen musste, daher diese Aussage nicht gültig sei. Dieses neue Dokument zeigt das Ausmaß des Drucks, unter dem das Gericht steht. Es ist einmalig in der Türkei, dass die Aussage des Angeklagten durch die Erklärung eines Polizisten zurückgenommen wurde.

Alle beiden Verhandlungstage wurden in diesem Sinne beendet. Die Urteilsverkündung wurde für den dritten Verhandlungstermin am 13. Juni vor dem 3. Strafgerichtshof Van erwartet, wurde aber vertagt. Es liegt auf der Hand, dass als Ergebnis eines Verfahrens, bei dem sich zum einen das Militär als eine Seite betrachtet und es zum anderen weitere staatliche Institutionen in dieser Angelegenheit zu lenken versucht, kein unabhängiges und faires Urteil zu erwarten ist.

Bleibt zu erwähnen, dass nach den Vorfällen von Semdinli niemand mehr behauptet, das Rechtssystem in der Türkei sei unabhängig. ♦

Seferi Yilmaz verhaftet

Seferi Yilmaz, Besitzer des Buchladens Umut in Semdinli, auf den im November vergangenen Jahres ein Anschlag verübt wurde, ist am 20. Juni 2006, einen Tag nach dem die Täter des Bombenanschlages verurteilt worden sind, verhaftet worden.

Der Haftbefehl, der gegen Yilmaz wegen Mitgliedschaft in der PKK ausgeschrieben wurde, basiert auf Aussagen eines Überläufers.
Yilmaz hat bereits 15 Jahre als PKK-Mitglied in türkischen Gefängnissen verbracht.
Sein Anwalt Cüneyt Canis bezeichnete die Anschuldigungen gegen seinen Mandanten als haltlos und kündigte an, Widerspruch gegen den Haftbefehl einzulegen.

ÖP, 21.06.2006, ISKU

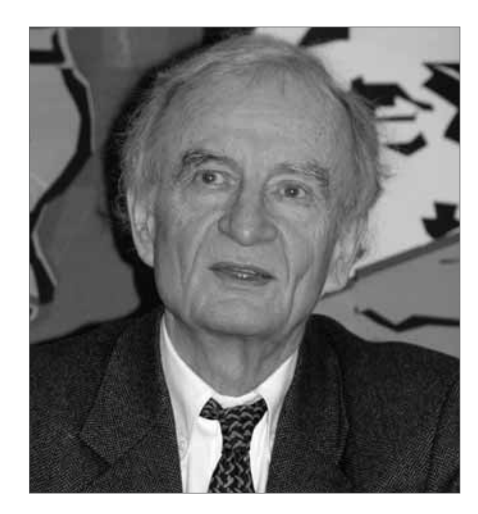


Bericht über eine Informationsreise nach Diyarbakir vom 15.–19. Mai 2006

Die Lage der Kurden hat sich wieder erheblich verschlechtert

Prof. Dr. Norman Paech, Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom 15. bis 19. Mai 2006 habe ich mich auf Einladung der *International Commission Against Disappearances* (ICAD) und Yakay-DER, einer türkischen Hilfsorganisation für die Angehörigen der Verschwundenen, in Diyarbakir im kurdischen Südosten der Türkei aufgehalten. Anlass war die 5. Internationale Konferenz gegen das Verschwindenlassen unter Haft mit dem Titel „Krieg und Besatzung: Menschenrechtsverletzungen, Folter und Verschwinden lassen". ICAD ist 1996 auf der ersten Internationalen Konferenz in Istanbul gegründet worden. Hintergrund war die insbesondere in der Türkei in den 80er und 90er Jahren gemachte Erfahrung, dass hunderte von Menschen, zumeist aktive GewerkschafterInnen, JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen verschwanden. Das Schicksal der Opfer ist bis heute, bis auf Einzelfälle, ungeklärt, die Täter bleiben straflos. Diese zumeist von staatlichen oder para-staatlichen Organisationen verübten Verbrechen sind ein weltweit verbreitetes schweres Menschenrechtsproblem, welches bereits 1997 in Kolumbien, 1999 auf den Philippinen und 2002 in Nürnberg thematisiert und beraten wurde. Selbst wenn in der Türkei in den letzten Jahren kaum noch Fälle von Verschwindenlassen registriert wurden, ist diese Praxis nicht definitiv verschwunden, wie jüngst ein Fall in Silopi leider beweist. Auf der Konferenz wurden zahlreiche Fälle von Angehörigen und Hinterbliebenen dokumentiert. Das Muster der Entführungen gleicht sich. Sie werden von Personen in Zivilkleidung durchgeführt und oftmals durch Drohungen und Warnungen vorbereitet. Der politische Hintergrund der Taten ergibt sich zumeist aus den beruflichen oder politischen Aktivitäten der Opfer bzw. aus den Drohungen, die sie zuvor erhalten haben. Da überwiegend Zeugen der Taten fehlen, ist eine Strafverfolgung sehr schwer, wegen der politischen Voreingenommenheit der Justiz meistens jedoch auch zwecklos. Kaum ein Verbrechen ist aufgeklärt, kein Täter bestraft, nur in seltenen Fällen werden die Leichen später, oft nach Jahren, aufgefunden. Die Konferenz fand mit breiter öffentlicher Beteiligung statt – es waren Vertreter und Vertreterinnen aus ca. 20 Ländern anwesend sowie eine große Anzahl kurdischer Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Nord-Kurdistan (Süd-Ostanatolien bis zur syrisch-irakisch-iranischen Grenze). Dass dies in Diyarbakir überhaupt möglich war, wurde als ein gewisser Wandel in der Einstellung der türkischen Behörden gewertet. Im Saal waren jedoch während der gesamten Konferenz Polizisten in Zivil mit Videogeräten anwesend, die die Personalien vor allem derjenigen TeilnehmerInnen feststellten, die die kurdische Sprache oder das Wort „Kurdistan" benutzten oder offen den Staat wegen der Entführungen und des Verschwindenlassens verantwortlich machten. Als am 17. Mai eine Übersetzerin früh morgens im Hotel verhaftet wurde, eskalierte die Situation in der Konferenz, da einige Teilnehmer die Polizei zum Verlassen aufforderten. Diese brach daraufhin die Konferenz ab, die jedoch am nächsten Tag fortgeführt werden konnte. Die Übersetzerin wurde noch am Abend wieder freigelassen. Bei Gesprächen, die ich außerhalb der Konferenz mit dem Bürgermeister von Diyarbakir, dem Menschenrechtsverein IHD, der Rechtsanwaltskammer sowie Vertreterinnen der Frauenorganisation SELIS führen konnte, wurde mir übereinstimmend der Eindruck vermittelt, dass sich die Situation für die Bevölkerung im kurdischen Teil der Türkei seit Juni 2005 wieder verschlechtert hat. Das ist der Zeitpunkt gewesen, an dem die Guerillabewegung der PKK ihren bis dahin eingehaltenen Waffenstillstand endgültig aufgegeben hatte. Ihre Hauptforderungen nach einer Amnestie und der Gewährung der kulturellen Rechte waren ohne Resonanz geblieben. Es war aber auch der Monat, in dem das türkische Parlament mit einer Änderung des Strafgesetzbuches sowie der Strafprozessordnung zu ihrer alten Antiterror-Gesetzgebung in neuem Gewand zurückkehrte. An die Stelle des aufgehobenen Art. 8 des Anti-Terror-Gesetzes von 1991 wurde nun mit § 220 VIII Strafgesetzbuch die Propaganda für illegale Organisationen unter Strafe gestellt. Dieses zog sofort Hunderte von Verfahren nach sich. Der neue § 301 ermöglicht nun die Bestrafung der „Verun-



Prof. Dr. Norman Paech während einer früheren Delegation in Istanbul Foto: Archiv

glimpfung des Türkentums, der Republik sowie der Stiftungen und Institutionen des Staates". Das Verfahren gegen den Schriftsteller Orhan Pamuk ist nur das bekannteste von zahlreichen Verfahren gegen Journalisten und Intellektuelle. Immer häufiger werden die Verhaftungen auf Grund des § 302: „Handeln im Namen einer illegalen Organisation". Mit § 314 Absatz I und II Strafgesetzbuch wurden direkte und indirekte Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation unter Strafe gestellt. Die Tatbestände werden so definiert, dass bereits die Hilfe als Mitgliedschaft interpretiert wird. Nimmt man die zahlreichen Verbote kurdischer Organisationen, so verwundert es nicht, dass in Kürze weit über 400 Verhaftete gezählt wurden. Die Situation eskalierte im November 2005, als in der südöstlichen Kreisstadt Semdinli ein Bombenanschlag auf eine Buchhandlung verübt wurde. Die von der Bevölkerung gestellten Täter erwiesen sich als Armeeangehörige, in deren Fluchtwagen sich weitere Waffen, Namenslisten und Anschlagsziele fanden. Dieser Tage geht der Strafprozess gegen die drei Täter in Van zu Ende. Als schließlich Ende März 2006 die Polizei in Diyarbakir eine große Menschenmenge nach der Begräbniszeremonie für vier getötete PKK-Mitglieder angriff und Dutzende von Trauernden verletzte, weiteten sich die Proteste und Demonstrationen über mehrere kurdische Provinzen im Südosten der Türkei aus. 18 Tote im Alter von 6 bis 78 Jahren sowie über 560 Verhaftungen, davon 200 im Alter von 12 bis 18 Jahren, waren die vorläufigen Zahlen der Auseinandersetzungen im Vormonat der Konferenz. Die Tatsache, dass die türkische Regierung immer mehr Militär in den Südosten verlegt – derzeit sollen es 250 000 Soldaten sein – lässt eine weitere Zuspitzung der Gewalt erwarten. Der Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir spricht davon, dass die kurdische Frage jetzt an einem Punkt angelangt sei, wo sie sich in einen ethnischen Konflikt zwischen dem kurdischen und türkischen Volk zu verwandeln beginnt. Das größte Problem bestände derzeit darin, dass es keine Aussicht darauf gäbe, über das Problem einen offenen demokratischen Dialog zu führen. Der



Kundgebung der Angehörigen der Verschwunden in Diyarbakir Foto: DIHA

zeitweilige Reformprozess der vergangenen Jahre werde ernstlich durch die neuen Anti-Terror-Gesetze, die militärischen Operationen, die Regeln über den Ausnahmezustand und den zunehmenden „Sicherheits-Terror" gefährdet. Wie zur Illustration nahm ich am 15. Mai an einer Gerichtsverhandlung gegen die Vorsitzende der Frauenorganisation SELIS, Hacire Özdemir, teil. In ihrem Ladengeschäft hatte die Polizei bei einer Razzia angeblich ein Flugblatt mit der Forderung „Freiheit für Öcalan" gefunden. Laut Auskunft ihrer Rechtsanwältinnen drohen ihr zehn Monate Haft. Zwei Tage später wurden sieben Mitglieder einer Geschichtswerkstatt in Diyarbakir, die Angehörige getöteter Soldaten, sog. Dorfschützer, Guerillas und Verschwundener interviewt hatten, wegen der öffentlichen Dokumentation ihrer Ergebnisse unter dem Titel „Zeugen des Krieges" jeweils zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie beabsichtigen, Berufung und Revision bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzulegen. Das wird u. U. Jahre in Anspruch nehmen, der einschüchternde Effekt derartiger Verfahren, die sich inzwischen wieder häufen, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Die Lage der Kurden im Südosten der Türkei hat sich im letzten Jahr wieder erheblich verschlechtert. Es handelt sich nach wie vor um die ärmsten und unterentwickeltesten Provinzen. Das große Staudamm- und Bewässerungsprojekt GAP hat bisher zu keiner Verbesserung der ökonomischen Situation der bäuerlichen Bevölkerung geführt. Im Gegenteil, wie der weit verbreitete Protest gegen den geplanten Ilisu-Staudamm zeigt, stößt es wegen der erheblichen ökologischen Schäden und der damit verbundenen Umsiedlungspläne auf allgemeine Ablehnung. Negativer ist allerdings die nach wie vor weitgehende Missachtung der kurdischen Identität, die durch Verbote, Diskriminierungen, polizeiliche und militärische Eingriffe bis hin zu Anschlägen und offenen Verbrechen das Leben und die Existenz der kurdischen Bevölkerung unerträglich macht. Meine Gesprächspartner erklärten sich auch daraus sowie aus der Verweigerung eines demokratischen Dialogs das Wiederaufleben der Gewalt und die Reaktivierung der PKK. Im Zuge der jetzt eröffneten EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei muss der kurdischen Frage erheblich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da die EU und die anderen Parteien derzeit wesentlich mehr an der Zypernfrage interessiert sind, muss die Linksfraktion versuchen, die kurdische Frage im Rahmen der Kopenhagener Kriterien mehr in den Vordergrund zu rücken. Notwendig ist dazu ein Antrag der Fraktion, der die Bundesregierung auffordert, in dem Beitrittsprozess auf eine politische Lösung des Kurdenkonflikts und insbesondere auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden in der Türkei zu dringen. Ein solcher Antrag wird vorbereitet. ♦

Hamburg, 14. Juni 2006

„Sowohl die PKK als auch die Bevölkerung stehen zu mir“

Neue Dialoginitiative Abdullah Öcalans

Auszüge aus den Gesprächsprotokollen mit Abdullah Öcalan

Erstmals seit mehreren Jahren war Abdullah Öcalan, den gerade erst 3,2 Millionen Menschen aus Kurdistan in einer Unterschriftenkampagne als politischen Repräsentanten anerkannt haben, in der Lage, sich in sechs Wochen fünfmal jeweils eine Stunde mit seinen Anwälten zu besprechen. Er nutzte die Gelegenheit für einen erneuten Aufruf zum Dialog mit der Türkei und legte konkrete Vorschläge dazu vor. Gleichzeitig richtete er Schreiben an den Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer und den Parlamentspräsidenten Bülent Arinç.

Da das an sich für jeden Gefangenen selbstverständliche Recht der Konsultation mit dem eigenen Verteidigerteam Öcalan nur in absoluten Ausnahmefällen gewährt wird, kann man durchaus von einer bemerkenswerten Reaktion des Staates sprechen. Es liegt in der Natur eines geheim tagenden Gremiums wie des Imrali-Krisenstabs, dass es kaum möglich ist, erschöpfende Informationen über seine Motivlage zu erhalten. Trotzdem dürfen wir getrost davon ausgehen, dass die in den letzten Monaten immer wieder demonstrierte massenhafte Unterstützung der Bevölkerung dabei ebenso eine Rolle spielt wie die zahlreichen Gefechte der letzten Wochen. Die fortgesetzten Militäroperationen der Armee in Nordkurdistan haben eine katastrophale Bilanz für die türkischen Streitkräfte ergeben. Gleichzeitig zeichnen sich deutliche Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Umgang mit der kurdischen Frage innerhalb des Staatsapparates ab.

Politische Kommentatoren gehen auch davon aus, dass im eskalierenden Konflikt zwischen den staatsterroristischen Banden, die mit Deckung der Armee agieren, und dem eher regierungstreuen Polizeiapparat sowie dem Geheimdienst MIT die Karten neu gemischt werden. Mit Spannung wird dabei erwartet, ob der „Pate des Staatsterrors“, Heeresgeneral Yasar Büyükanit, im Spätsommer zum Generalstabschef ernannt werden wird oder ob es gelingt, die damit verbundene Eskalation zu vermeiden. Öcalans Hinweise auf die Kontaktaufnahme früherer Regierungen mit ihm lassen die Erinnerung an das Ende Özals wach werden.



Demonstration in Brüssel — Foto: Archiv

Öcalan unterbreitete bei den Konsultationen erneut konstruktive Vorschläge für eine politische Lösung der kurdischen Frage. Dabei standen diesmal Überlegungen zur Struktur des Staates im Vordergrund. Insbesondere bezog sich Öcalan auf die Definition des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero, der von einem „pluralen Spanien“ spricht. Öcalan forderte, dem Ministerpräsidenten Erdogan ähnliche Vollmacht zu geben wie Zapatero, damit ein mehrstufiger Plan zur Beendigung der Gewalt und für eine politische Lösung verwirklicht werden kann.

Wir dokumentieren im Folgenden zusammenfassende Auszüge aus den letzten fünf Konsultationen.

Schritte des Dialogs

Beim vierten Gespräch in vier Wochen (31.5.) würdigte Öcalan die Tatsache, dass die Konsultationen zugelassen wurden, und formulierte folgenden Lösungsansatz:

> Ich will jetzt etwas zur Lösung sagen. Seit ich 1999 hierher gebracht wurde,

habe ich mich in meinen Schriften um eine demokratische Lösung und einen dauerhaften Frieden bemüht. Meine ganze Anstrengung gilt diesem Ziel. Ich habe am Ende dieses Prozesses die PKK überzeugt, diese Tatsache ist von großer Bedeutung. Sowohl die PKK als auch die Bevölkerung stehen zu mir. Das weiß ich. Dies bietet eine einmalige Gelegenheit, diese muss man nutzen. In diesem Sinne ist es positiv, dass es mir in den letzten vier Wochen möglich war, mit Ihnen zu konferieren. Es ist jedoch notwendig, dass es in diesem Sinne weitergeht, dass konkrete Schritte unternommen werden.

Für eine Lösung muss ein zweistufiger Prozess umgesetzt werden. In einer ersten Stufe muss das Antiterrorgesetz sofort zurückgezogen werden. Stattdessen sollte das Parlament Erdogan ermächtigen, den Weg des Dialogs für eine Lösung zu nutzen, wie das spanische Parlament Zapatero bevollmächtigt hat. Durch diese Initiative wurde die Gemeinsamkeit gestärkt, und davon profitierten sowohl Zapatero als auch das Land. In diesem Zusammenhang werde ich Briefe an den Parlamentspräsidenten Bülent Arinc, an Parlamentarier und auch an den Staatspräsidenten Sezer schreiben.

Der Staat sollte grünes Licht geben, wenn auch nur ein ganz kleines, und einen Schritt wagen.

Der Staat sollte grünes Licht geben, wenn auch nur ein ganz kleines, und einen Schritt wagen. Das ist wichtig.

Auf der zweiten Stufe müssen die Operationen eingestellt werden und die Kräfte der türkischen Armee sich zurückziehen. Die PKK darf außer im Fall der absolut zwangsläufigen Notwehr keine Waffen gebrauchen. Dann werde ich alles in meiner Kraft Stehende für einen unbefristeten Waffenstillstand tun. Wenn der Prozess in dieser Weise weiter funktioniert, werden die Kräfte diesseits der Grenzen [der Türkei] abgezogen. Wenn im Folgenden die Türkei die Bedingungen dafür schafft, werden diese Kräfte die Waffen endgültig niederlegen und sich am demokratischen politischen Leben beteiligen. Diesem Prozess messe ich große Bedeutung bei. Ich möchte, dass er gut vermittelt wird. Diese Lösung steht nicht im Widerspruch zur unitären Struktur des Staates. Ich bin nicht gegen die unitäre Struktur. Eine Lösung kann es sowohl innerhalb der unitären Struktur geben als auch außerhalb. Für mich ist das Entscheidende die Lösung des Problems.

Bereits drei Wochen zuvor (10.5.), beim ersten Gespräch nach der auf beispiellose Weise abgebrochenen Konsultation während des Aufstands in Diyarbakir am 29.3., hatte Öcalan einen möglichen wechselseitigen Prozess skizziert, der über eine Waffenruhe, einen Abzug der bewaffneten Kräfte aus der Türkei bis zu einem endgültigen Niederlegen der Waffen auf kurdischer Seite führen könnte:

> Die AKP ergreift in diesem Punkt nicht die Initiative. Wenn sie eine demokratische Lösung will und das in aufrichtiger Form kundtut, werde ich alles tun, damit die Waffen schweigen. Wenn die Regierung dann noch ein demokratisches Projekt vorlegt, können die bewaffneten Kräfte davon überzeugt werden, sich hinter die Grenzen zurückzuziehen. Wenn dieses demokratische Projekt schließlich umgesetzt und der Weg der Lösung eingeschlagen wird, dann können die Waffen vollständig niedergelegt und die Möglichkeit eines demokratischen Lebens gewährleistet werden.

Am 24.5. hatte er dagegen betont, ohne konkrete Fortschritte könne er einen sofortigen Aufruf zu einem Waffenstillstand nicht machen, dieser werde sonst von den *Volksverteidigungskräften* HPG auch nicht ernst genommen werden.

> Ich habe gehört, dass es in den letzten Tagen Gefechte gegeben hat. Ich gedenke mit Respekt unserer Gefallenen. Auch die getöteten Polizisten und Soldaten tun mir sehr leid. Ein Beharren auf der Gewalt [von staatlicher Seite] wird die PKK noch weiter stärken. Die jüngsten Vorfälle zeigen, dass die PKK die Stärke besitzt, einen allgemeinen Aufstand auszulösen. Ich schätze, dass um die 10 000 Personen der Guerilla angehören, und wenn es so weitergeht, wird diese Zahl auf 50 000 steigen. Es liegt auf der Hand, dass dabei letztlich niemand gewinnt. Wenn ich in der gegenwärtigen Lage, da es keine konkreten Fortschritte gibt, einen Aufruf mache, dass die PKK die Waffen niederlegen soll, werden sie mir Verrat und Kapitulation vorwerfen. Die PKK wird das nicht akzeptieren, in der gegenwärtigen Situation kann ich keinen solchen Aufruf machen.

Als Modell für eine Lösung verwies Öcalan mehrfach auf Spanien, wo der Ministerpräsident vom Parlament freie Hand für Geheimverhandlungen mit der ETA erhalten hatte und wo der Friedensprozess in die Richtung einer Stärkung der Regionen und weg von einer zentralistischen Staatsstruktur geht. Zapateros Ausdruck „plurales Spanien" griff er dabei auf und sprach von einer „pluralen Demokratie Türkei":

> Dass der spanische Ministerpräsident Zapatero Gesprächen mit der ETA zustimmt, ist eine positive Entwicklung. Zapatero hat einen Begriff verwendet, dem ich hundertprozentig zustimme. Er redet von einem „pluralen Spanien". Ich rede von einer „pluralen Demokratie Türkei". Spanien besteht aus sieben Regionen und 17 Provinzen. Obwohl die ETA nur eine kleine Organisation ist, akzeptiert die spanische Regierung Verhandlungen mit ihr. Israel sagt zur Hamas: „Erkennt mein Existenzrecht an, und wir sind bereit zum Dialog mit Euch." Karzai sagt zu den Taliban: „Kommt und macht Politik." Im Sudan finden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Guerillagruppen statt. Selbst Gaddafi erklärt, dass die Israel-Palästina-Frage durch eine „Isra-Fil"-Formel (Israel-Palästina-Formel) gelöst werden könnte, die den Nationalstaat überwindet. Wir haben solche Verhandlungen schon längst verdient. Uns

Gespräche zu verweigern zeugt von einer unangemessenen Überheblichkeit.
Die Türkei kann sich an Spanien ein Beispiel nehmen. Soweit ich informiert bin, war Katalonien ohnehin autonom, aber durch die neuen gesetzlichen Regelungen wird diese Autonomie noch ausgeweitet. Das ist der Punkt, wo das „plurale Spanien“ ins Spiel kommt. Es gibt außer in Spanien auch in der Schweiz, in Belgien und auch in der Bundesrepublik Deutschland Vorbilder, über die man diskutieren sollte. Ich sage nicht, dass man eines dieser Vorbilder eins zu eins nachahmen sollte, aber die Türkei kann von diesen Vorbildern profitieren und eine eigene, türkeispezifische Lösung finden. Wie ich schon oft betont habe, genügt es angesichts dieser Entwicklungen auf der Welt, wenn die Türkei sagt: „Kommt, macht Politik.“

Die Türkei kann sich an Spanien ein Beispiel nehmen.

Die Struktur, wie die Türkei in Zukunft aussehen könnte, beschrieb Öcalan als ein Miteinander, ohne dass eine Spaltung eintritt:

Die Lösung, die ich allen und der Gesellschaft der Türkei vorlege, verfügt über viele Dimensionen. Die These der demokratischen Republik ist nur ein Teil davon. Kurden, Türken und andere Kulturen bilden gemeinsam die Nation der demokratischen Türkei. Dabei handelt es sich um einen neuen Begriff. Gegen den unitären Staat und die Republik habe ich nichts einzuwenden. Türkisch bleibt offizielle Sprache, natürlich gibt es auch die Fahne. Aber es muss eine demokratische Organisierung der Kurden einhergehend mit einer Öffnung auf den Gebieten Kultur, Sprache, Wirtschaft, Umwelt, Beruf u. a. stattfinden können. Die Kurden müssen auf regionaler Ebene über ihre eigene Verwaltung, ihr eigenes Parlament, ihre Fahne verfügen. Natürlich hat jedes Volk eine eigene Fahne, die es symbolisiert. Aber sie erscheint zusammen mit der Fahne, die den Einheitsstaat repräsentiert. Das darf nicht als Gegnerschaft, sondern sollte als sich gegenseitig nähernder Reichtum aufgefasst werden. Dadurch wird die Türkei nicht gespalten, wie befürchtet wird.

Die angekündigten Briefe an den Staats- und den Parlamentspräsidenten wurden nicht veröffentlicht, Öcalan erläuterte lediglich kurz ihren Inhalt. Dabei nahm er wie in den anderen Wochen Bezug auf die Geheimkontakte früherer Regierungen wie der Özals, Erbakans und sogar Ecevits mit ihm, als er sich noch in Syrien aufhielt:

Ich habe sowohl an den Staatspräsidenten als auch an den Parlamentspräsidenten jeweils einen Brief von acht bzw. elf Seiten geschrieben. Den Inhalt des Briefes an den Staatspräsidenten möchte ich hier in Grundzügen wiedergeben. Es geht kurz gesagt um eine Neuauflage des „Rundschreibens von Amasya“ [*1919, Aufruf Mustafa Kemals zur Bildung eines nationalen Kongresses unter Einschluss aller ethnischen Gruppen zur Wiedergewinnung der Souveränität*]. Im Brief an den Parlamentspräsidenten bin ich auf die Anpassung des 1919 vom Delegiertenparlament angenommenen „Misak-i Milli“ [*Nationaleid; sieht eine Türkei vor, die alle Gebiete umfasst, in denen Türken und Kurden leben, also auch Mossul und Kerkuk*] an die heutigen Gegebenheiten eingegangen. Einen Vorstoß wie den, der damals für die Gründung der Republik gemacht wurde, brauchen wir heute, um eine Demokratie zu gründen. Wir können sogar sagen, dass wir heute einen „Misak-i Demokrasi“ [*Demokratieeid*] brauchen. Professor Kaboglu hat etwas über die Verfassung von 1921 geschrieben, das ich sehr bedeutend fand. Die Verfassung von 1921 war für ihre Zeit sehr fortschrittlich und ist die Verfassung, die zur Gründung der Republik geführt hat. Wir wollen, dass diese Verfassung heute wieder umgesetzt wird. Natürlich ohne die Seiten, die damals gültig waren und heute als rückständig gelten müssen. Die spätere Verfassung von 1924 ist keine Verfassung, die eine Republik begründet hat. Mit dieser Verfassung wurden die positiven Elemente der Verfassung von 1921 wieder aufgehoben. In den Briefen habe ich meine Ansichten zur kurdischen Frage dargelegt. Ich habe die Prozesse von Dialog und Waffenstillstand erläutert, die in der Ära Özal begonnen haben. Erdogan sollte vom Parlament Vollmachten für die Lösung der kurdischen Frage erhalten wie Zapatero in Spanien. Wenn der Ministerpräsident sich bewegt und grünes Licht gibt, werde ich hier alles in meiner Macht Stehende tun, das habe ich schon gesagt. Die PKK ist immer noch kontrollierbar. Das ist wichtig. Wenn die Phase der Gefechte lange anhalten und sich intensivieren sollte, könnte die PKK auch unter die Kontrolle anderer Mächte geraten. (...) Wenn auf diese Briefe keine Antwort erfolgt, wenn es keine Lösung gibt, was dann? Wenn man es auf eine allgemeine Vernichtung anlegt, dann wird sich die Guerilla verteidigen, alle Vorkehrungen treffen, das sage ich ganz offen. Der zweite Schritt ist dann ein allgemeiner Aufstand. Das sage ich nicht als Anweisung, es liegt einfach auf der Hand und ist bekannt. Es ist nicht schwer zu sehen, dass es dazu kommen wird, wenn es keine Lösung gibt.

Einen Vorstoß wie den, der damals für die Gründung der Republik gemacht wurde, brauchen wir heute, um eine Demokratie zu gründen.

Bis auf die Tatsache als solche, dass die Konsultationen mit den Anwälten nicht unter fadenscheinigen Vorwänden unterbunden wurden, ist noch keine Reaktion des Staates zu erkennen. Es bleibt insofern zu hoffen, dass Öcalans Initiative nicht ohne Antwort bleibt und eine Lösung der kurdischen Frage einen großen Schritt näher rückt. ♦

Ein Referendum als Reaktion auf die Angriffe gegen die Werte des kurdischen Volkes

„Ich erkenne Abdullah Öcalan als meinen politischen Vertreter an“

Sabri Agir, Vorstandsmitglied der *Konföderation kurdischer Vereine in Europa* (KON-KURD)

Können Sie uns diese Kampagne erläutern? Mit welcher Zielsetzung und wann wurde sie begonnen?

KON-KURD
Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa

Unsere *Konföderation kurdischer Vereine in Europa* (KON-KURD) hat zu dieser Kampagne aufgerufen: „Ich erkenne Abdullah Öcalan als meinen politischen Vertreter in Kurdistan an.“ Das Referendum ist eine Reaktion auf die Angriffe gegen die Werte des kurdischen Volkes verbunden mit der Forderung nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage.

In der gegenwärtigen politischen Situation wird der Eindruck vermittelt, man sei aufgeschlossen für eine Lösung des kurdischen Problems, aber ein entsprechender Ansprechpartner fehle auf kurdischer Seite. Während zum einen kurdische Vertreter in Südkurdistan (Nordirak) als Gesprächspartner akzeptiert sind, wird im größten Teil Kurdistans, im türkischen Teil, der politische Repräsentant isoliert und bekämpft. Mit dieser Kampagne verweisen die Kurdinnen und Kurden erneut auf ihren politischen Vertreter und fordern die Aufnahme von Verhandlungen.

Das kurdische Volk hat in der Geschichte für seine Freiheit und seine anderen Völkern zustehenden nationalen Werte bis heute Dutzende Male den Kampf aufgenommen. Es erlitt jedes Mal eine blutige Niederlage, wurde schweren Massakern ausgesetzt und musste unerträgliches Leid erdulden. Weil es seine Freiheit noch immer nicht erreicht hat, führt es noch heute den Kampf um Freiheit, Frieden, Demokratie und nationale Werte. Die meisten Menschen in allen vier Teilen Kurdistans sehen in Abdullah Öcalan ihren politischen Vertreter. Denn er leitet nun seit dreißig Jahren den Kampf der Menschen Kurdistans um Freiheit. In Kurdistan arbeiten diverse politische Parteien und Parteivorsitzende. Aber niemand von ihnen genießt wie Abdullah Öcalan in allen vier Landesteilen eine solch große Akzeptanz und wird als nationaler Vertreter betrachtet. Nicht einmal die Anführer der historischen kurdischen Aufstände genossen und genießen seitens der Bevölkerung ein solches Ansehen. Abdullah Öcalan bietet nicht nur für das kurdische Volk, sondern für den gesamten Mittleren Osten eine zeitgenössische und demokratische Gesellschaftsalternative zu bestehenden reaktionären, antidemokratischen und unzeitgemäßen Mentalitäten und Herrschaftsformen an. Die Befreiung der Frau, die demokratisch-ökologische Gesellschaft sowie das freiwillige Zusammenleben unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Kulturen als Vielfalt und Reichtum bilden die Grundsätze seines Kampfes. Weil das kurdische Volk gemäß diesen Zielen seine Freiheit einfordert, führt es seinen dreißigjährigen Kampf auf der Grundlage der Perspektiven Herrn Öcalans. Sogar innerkurdische Strömungen, die in extremen und zugespitzten Nationalismus und antidemokratische Positionen hätten abdriften können, wurden von Herrn Öcalan mit Erfolg entschärft und im Rahmen demokratischer und zeitgenössischer Maßstäbe in den Kampf einbezogen. Die internationalen Mächte und Staaten haben Herrn Öcalan deshalb in einem internationalen Komplott – ihre eigenen Rechts- und Wertenormen verletzend – der Türkei ausgeliefert. Die Menschen Kurdistans sehen dieses Komplott als gegen sich selbst gerichtet und selbstverständlich als rechtswidrig und unmoralisch an. Im Laufe der Geschichte haben viele Gesellschaften gekämpft und viele Anführer wurden verhaftet oder haben ihr Leben im Kriege verloren. Dies geschah aber zwischen Kriegsparteien. Die Einmischung Dritter kann dabei nur im Sinne des Friedens wertvoll und bedeutend sein, das war aber bei diesem Komplott nicht der Fall. Annähernd dreißig Staaten lieferten in einem Bündnis den kurdischen Anführer in einer rechtswidrigen Piratenaktion dem türkischen Staat aus und trugen somit zur Zuspitzung und Ausweglosigkeit der Situation bei.

Wie verlief die Kampagne, wer beteiligte sich daran?

Unserem Aufruf folgend haben Kurdinnen und Kurden weltweit, in erster Linie in allen Teilen Kurdistans, mit der Kampagne für das Referendum begonnen, in dem sie deklarierten, dass sie Herrn Öcalan als ihren politischen Vertreter akzeptieren. Diese Kampagne wurde unter schwierigen Bedingungen durchgeführt und in den meisten Ländern der Region wurde diese Arbeit staatlich verhindert und mit Repressio-

nen überzogen. In der Türkei wurde die Kampagne vom *Mesopotamischen Kulturzentrum* MKM, der Initiative der *Friedensmütter*, der Tageszeitung *Ülkede Özgür Gündem*, dem *Verein zur Unterstützung der Angehörigen von Gefangenen* TUYAD, dem *Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene* GÖC-DER, dem *Patriotischen Arbeiterverein*, der *Bewegung Freie Frauen*, dem Frauenverein *Regenbogen*, der Zeitschrift *Özgür Halk*, dem Frauenverein SELIL, den Vereinen DEM-DER und CAG-DER, dem *Rechtsbüro des Jahrhunderts* (Asrin Hukuk Bürosu), Yakay-Der, dem *Kurdischen Institut*, der *Stiftung für juristische Gesellschaftsstudien* (Toplumsal Hukuk Araitirma Vakfi, TOHAV), der *Demokratischen Volkspartei* (DEHAP) unterstützt und mit der Beteiligung von 1500 Freiwilligen durchgeführt. Als die Kampagne beendet wurde, waren von denen, die für sie aktiv gewesen waren, alle außer einer Person im Gefängnis. Ihnen drohen langjährige Haftstrafen.

Wie hoch war die Beteiligung an dem Referendum? Wie viele Unterschriften wurden gesammelt?

Die Referendums-Kampagne wurde in der Zeit vom 14. Juli 2005 bis zum 1. Mai 2006 durchgeführt. Überall, wo KurdInnen leben, in erster Linie in der Türkei, Iran, Irak, Syrien, Europa, haben sich Menschen daran beteiligt. Bislang wurden über 3,5 Millionen Unterschriften gesammelt, davon 1 970 000 in der Türkei, 530 000 im Irak, 470 000 im Iran, 460 000 in Syrien, 113 000 in Europa, 14 000 in Russland und den anderen GUS-Staaten, 110 in Kanada, 120 in Australien, 99 in Japan und 90 in Israel. Ein Drittel dieser Unterschriften ging im Original beim Organisationskomitee ein. Diese wurden am 18. Mai 2006, begleitet von einer Kundgebung mit mehreren tausend TeilnehmerInnen, dem Europarat übergeben.

Warum wenden Sie sich mit dem Referendum an den Europarat? An wen genau wurden und werden die Unterschriften übergeben, was versprechen Sie sich davon? In welcher Form sollte die betreffende Institution aktiv werden? Was soll mit diesen Unterschriften noch passieren?

Dass die Forderungen mit den Unterschriften in erster Linie an den Europarat übermittelt wurden, hängt mit dem Urteil des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* im Falle Öcalan zusammen. Der EGMR entschied am 12. Mai 2005, dass das Gerichtsverfahren gegen Abdullah Öcalan in der Türkei nicht frei und fair verlaufen ist und eine Vielzahl von Artikeln der *Europäischen Menschenrechtskonvention* verletzt worden sind. Daher mahnte das Gericht eine Wiederaufnahme des Verfahrens an. Die Überwachung der Umsetzung dieses Urteils liegt in der Verantwortung des Ministerrats des Europarats.

Außerdem ist es auch eine Reaktion auf den EGMR, der dem mehrfachen Antrag der AnwältInnen Öcalans, den Fall nicht nur als individuellen zu behandeln, nicht nachkommt und bei der Befassung mit dieser Sache die Eigenschaft Herrn Öcalans, ein Volk politisch zu vertreten, total ausklammert. Bislang hat sich Strasbourg geweigert, die Umstände seiner Verschleppung ebenfalls zur Grundlage des Verfahrens zu machen. All das stößt verständlicherweise auf Kritik in den kurdischen Kreisen.

Dieses Referendum und seine Forderung richten sich natürlich nicht nur an den Europarat. Die Unterschriften werden auch noch dem Europaparlament, der UNO und zuständigen Stellen der jeweiligen europäischen Staaten übergeben werden. Wir erwarten von diesen Institutionen und Gremien, die die Unterschriften bekommen haben und noch bekommen werden, den politischen Willen des kurdischen Volkes, der durch dieses Referendum erneut bekundet wurde, zu respektieren und bei der Lösung der kurdischen Frage ihrer Verantwortung nachzukommen. Nur so kann die Hoffnung von Millionen Menschen auf dauerhaften Frieden in der Region konkret unterstützt werden, was im Sinne aller Beteiligten läge.

Es ist ja sehr interessant, dass die Kampagne genau in eine Zeit fällt, in der ständig behauptet wird, der Rückhalt für Herrn Öcalan unter den Kurdinnen und Kurden habe abgenommen? Wie bewerten Sie diese Behauptungen vor dem Hintergrund des Referendums?

Das Ergebnis dieser Referendums-Kampagne, die in der kurdischen Bevölkerung trotz der Repressionen, Drohungen, Festnahmen und anderen antidemokratischen Behandlungen durchgeführt wurde, hat all diese Behauptungen widerlegt. Ich denke nicht, dass das Problem darin besteht, dass die Kurdinnen und Kurden bislang nicht eindeutig genug ihre Verbundenheit mit Öcalan bekundet hätten, sondern dass keine Bereitschaft vorhanden ist, diese Realität wahrzunehmen. Jetzt kann sie nicht ignoriert werden, weil klare Fakten für sich sprechen. Wir sind uns sicher, und das wird niemand bestreiten können, dass das Ergebnis des Referendums viel höher ausgefallen wäre, wenn es frei und ungehindert hätte abgehalten werden können. Dieses Ergebnis sollte von allen politischen Kräften registriert und beachtet werden. Als weiteres Ergebnis dieser Kampagne sollten alle respektieren, dass Herr Öcalan den politischen Willen seines Volkes ausdrückt. Die Summe der Unterschriften beweist erneut, dass die Verbundenheit einer Bevölkerung mit ihrem politischen Vertreter durch keine andere Kraft, Staat oder Bürokratie bestimmt werden kann.

Die Anschauungen und Ansichten von Herrn Öcalan entsprechen nicht nur den legitimen demokratischen und nationalen Rechten des kurdischen Volkes, sondern auch den universellen Rechten sowie Menschenrechten und Freiheiten im Allgemeinen. Diese Kampagne hat wiederum die Notwendigkeit offenbart, dass jede politische Kraft ihre Haltung zu Öcalan neu überdenken sollte. Die KurdInnen und die Menschen aus Kurdistan haben erneut ihren Willen zu einer Lösung und zum Frieden mit Öcalan deklariert. Diese Realität ignorieren zu wollen, das kurdische Volk unter Druck zu setzen, sich von seinem politischen Vertreter zu distanzieren, trägt in keiner Weise zur Lösung des Problems bei. Die erste Voraussetzung für eine Lösung ist es, das Resultat dieses Referendums anzuerkennen. ♦

Dilar Çem führte das Interview mit Sabri Agir.

Glauben an Gerechtigkeit nahezu verloren

Die Anwaltskammer Diyarbakir bewertet die Vorfälle in der Provinz Diyarbakir ab dem 28. März 2006

[...] Im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Provinz Diyarbakir, die nach der Tötung von 14 PKK-/HPG-Mitgliedern in Bingöl/Mus am 24. März 2006 und der anschließenden Beerdigung von vier Organisationsmitgliedern in Diyarbakir stattfanden, wurde Folgendes festgestellt: Zehn Menschen verloren aufgrund des Einsatzes extremer Gewalt der Sicherheitskräfte ihr Leben. Über 500 Personen wurden verletzt. An über 500 Geschäften entstand Sachschaden. 203 Minderjährige im Alter von 12 bis 18 Jahren und 364 Erwachsene wurden wegen Beteiligung an gewalttätigen Aktionen festgenommen. Gegen 398 Personen davon wurde Haftbefehl erlassen. Übereinstimmende Aussagen und ärztliche Atteste belegen, dass die Sicherheitskräfte bei der Festnahme der Verdächtigen unangemessene Gewalt einsetzten und die Festnahmeeinheiten auf dem Weg zu den Gefangenensammelstellen und in denselben rechtswidrige Handlungsweisen wie Misshandlung und Folter anwandten. [...]

A – Das Problem

Ein Teil der Bevölkerung der Region, die Schwierigkeiten beim Gebrauch demokratischer Rechte erlebt und unter ungelösten Problemen auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet leidet, hat bei Vorfällen, die sich nach der Ermordung von 14 PKK-/HPG-Mitgliedern ereigneten, unter dem Einfluss von jahrelang angesammelten Problemen eine Reihe illegaler Aktionen durchgeführt. Dabei gingen die Sicherheitskräfte zunächst umsichtig vor und versuchten dann, die Aktionen mit unangemessener Gewalt zu unterdrücken. Die Aktionen gerieten außer Kontrolle und führten zum Tod von vielen zivilen Bürgern und zur Verletzung vieler Bürger und Angehöriger der Sicherheitskräfte. Die Vorfälle blieben nicht auf die Provinz Diyarbakir beschränkt, sondern griffen auf die benachbarten Provinzen über und entwickelten sich unkontrolliert.

Die Vorfälle gewannen mit der unrechtmäßigen Behandlung der in die Vorfälle verwickelten Personen eine besondere Dimension. Bereits bei der Festnahmeprozedur sind intensive und ernste Rechtsverletzungen festgestellt worden. Damit hat die Türkei gegen mehrere internationale Abkommen verstoßen.

B – Der Hintergrund

Die Bevölkerung Südostanatoliens lebt seit 1984 in einer Atmosphäre des Krieges. Die Existenz von politischen Problemen, die seit vielen Jahren nicht gelöst werden konnten, das Fehlen einer wirksamen Lösung in der kurdischen Frage sowie fehlende ernsthafte und stabile Lösungen für die wirtschaftliche Situation der Region haben dazu geführt, dass die Bevölkerung sich dem Staat und damit politischen Autoritäten fern fühlt. Selbst die harmlosesten Forderungen der Bevölkerung, die den Verlust der eigenen Sprache, Identität und ethnischen Existenz fürchtet, werden dahingehend ausgelegt, dass die Türkei geteilt werden soll. Somit wird versucht, diese Forderungen unverzüglich zu unterdrücken. Bei Beachtung der Art und Weise, mit der die Vorfälle begannen und mit der dagegen interveniert wurde, sticht die Existenz der erwähnten Problemfelder und der Einfluss auf beide Seiten ins Auge. [...]

Durch die bei den gewalttätigen Aktionen im Zusammenhang mit den am 28. März 2006 beginnenden Vorfällen stattgefundenen Rechtsverletzungen hat die Bevölkerung der Region, die seit langer Zeit einen blutigen Konflikt erlebt, ihren Glauben an die Gerechtigkeit nahezu verloren. Zur Unruhe und Besorgnis in der Bevölkerung trägt auch die Schwierigkeit bei, objektive Informationen zu erhalten sowie die einseitige und unzureichende Medienberichterstattung.

Die Anwaltskammer Diyarbakir hat das Ziel, die Souveränität der Justiz und den Respekt vor den Menschenrechten in der Gesellschaft zu verankern. Auch in Anbetracht der Erwartungen in der Bevölkerung müssen dafür die Faktoren herausgearbeitet werden, die zu den Gewaltaktionen führten. Der schwere Schaden, der dadurch im sozialen Gedächtnis entstand, muss behoben werden. Eine Feststellung der im Verlauf der Vorfälle stattgefundenen Rechtswidrigkeiten sowie wirksame Ermittlungen dazu sind unablässig. [...]

Das Vorgehen der Sicherheitskräfte

Einsatz von Schusswaffen

Das Vorgehen der Sicherheitskräfte zu Beginn der Vorfälle war zunächst gemäßigt. Es wurde darauf geachtet, keine Schusswaffen einzusetzen. Als die Vorfälle jedoch nicht abrissen, wurden bereits am ersten Abend Schusswaffen eingesetzt. [...]

Festnahmeprozedur

[...] Auf dem Weg zu den Gefangenensammelstellen sowie in denselben wurde von den Sicherheitskräften unangemessene Gewalt eingesetzt. Zu beobachten waren tätliche Angriffe von jeweils mehr als einem Polizeibeamten mit Schlagstöcken, Eisenstangen, Waffenschäften, Steinen u. a. Gegenständen auf den Kopf und den Rücken der Fest-



genommenen, die lebensgefährliche Eingriffe darstellten.

Aussagen zu Folter

Die Festgenommenen wurden in den Gefangenensammelstellen systematisch gefoltert. Dieses illegale Vorgehen ist durch Aussagen der Verdächtigen vor der Staatsanwaltschaft und im Verhör, durch ärztliche Attests, Protokolle von Verteidigergesprächen und Fotos von Freigelassenen belegt.

Angewendete Foltermethoden:

- Schläge
- Erniedrigung/Beleidigung
- Todesdrohungen
- sexuelle Übergriffe
- Messerstiche
- abspritzen mit kaltem Wasser
- Zigaretten auf der Haut ausdrücken
- fesseln der Hände und verbinden der Augen
- ausziehen und auf kaltem/nassem Beton warten lassen
- nicht hinsetzen lassen
- Zwang, die Nationalhymne zu singen
- Zwang, die türkische Fahne anzusehen
- Nicht auf die Toilette gehen lassen
- nicht schlafen lassen
- keine Versorgung mit Essen und Trinken
- Zwang zum Niederknien
- Zwang, stehend die Wand anzuschauen [...]

Weitere Entwicklungen

Mit der Beendigung der Proteste am Nachmittag des 31. März 2006 gewannen die Sicherheitskräfte die Kontrolle über bestimmte Straßen und Stadtteile und führten willkürliche Hausdurchsuchungen durch, wobei weiterhin unkontrollierte Gewalt eingesetzt wurde.

Aufgrund von Aufnahmen, die die Sicherheitskräfte am Boden und aus der Luft im Verlauf der Auseinandersetzungen anfertigten, fanden weitere Durchsuchungen in den Häusern identifizierter Personen statt. Auch im Zeitraum der Erstellung dieses Berichts wurden die Durchsuchungen fortgesetzt. [...]

Bewertende Zusammenfassung

Der Wandel auf dem Weg der Türkei zu einem Rechtsstaat wird nicht erfolgreich vollzogen. Die Erneuerungen und Veränderungen im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze sind oberflächlich geblieben. Die behaupteten Verbesserungen zum Thema Folter- und Misshandlungsverbot entsprechen nicht der Realität. [...]

Die Gründe dafür liegen darin, dass noch keine vorbeugenden Dienste bei sozialen gewalttätigen Vorfällen entwickelt worden sind, ein bestimmter Teil der Sicherheitskräfte die Gesetzeslage und besondere Regelungen zu bestimmten Themen immer noch nicht verinnerlicht hat, die Achtung vor den Menschenrechten das gesellschaftliche Leben nicht vollständig bestimmt und die Exekutive keine schnelle und greifbare Arbeit im Ermittlungs- und Verurteilungsprozess in Bezug auf Aussagen zu Folter und Misshandlung leistet.

Als Resultat bleibt festzuhalten, dass eine zunehmende Entfernung von den Begriffen Rechtsstaat und Demokratie stattfindet, die chronische Züge annehmen wird, solange zum Thema Rechtsverletzungen keine wirksamen Ermittlungen geführt und die Täter bestraft werden. Dadurch vertiefen sich gesellschaftliche Brüche, Individuen werden zu "anderen" und die Gewaltbereitschaft wird zunehmen. [...]

Die Anwaltskammer Diyarbakir lehnt Gewalt gleichgültig von welcher Seite ab. Gewalt darf nicht Methode sein. [...] Dem Staat fällt eine wichtige Aufgabe bei der Respektierung der Menschenrechte in der gesamten Gesellschaft zu. Wir sind davon überzeugt, dass eine Vermeidung der in diesem Bericht aufgezeigten Vorfälle nur möglich ist, wenn zu den Themen kurdische Frage und kulturelle Rechte wirksame und dauerhafte Lösungen entwickelt werden. [...]

Um eine partizipatorische Demokratie tatsächlich umzusetzen und damit die Forderungen der Bevölkerung der [kurdischen] Region im Parlament vertreten werden können, muss die Regierung die Wahlhürde aufheben oder auf ein vernünftiges Maß senken.

In Anbetracht der Situation in der [kurdischen] Region muss die Regierung ein "Amnestiegesetz" erlassen, das es den Organisationsmitgliedern ermöglicht, die Waffen niederzulegen [...]. Es müssen juristische Regelungen getroffen werden, um Organisationsmitglieder in die Gesellschaft zu reintegrieren. [...] ♦

DIYARBAKIR BAROSU
BASKANLIGI
Anwaltskammer Diyarbakir
Arbeitsgruppe
RA. Baris YAVUZ
RA. Serhat EREN
RA. Cengiz ANALAY
RA. Rasit YALÇIN
RA. Ahmet ÖZMEN
RA. Sahin ALTUNER
RA. Leyla VURAL

„Der Nationalismus der CHP ist ethnischer Nationalismus“

Dr. Umut Özkirimli, Bilge-Universität Istanbul, im Gespräch mit Nese Düzel, RADIKAL (15, Mai 2006)

Während der Nationalismus in der Türkei wächst, bewegen sich das Land, seine Politik und Wirtschaft zunehmend auf ein komplexes Durcheinander zu. In dieser Phase, in der der Nationalismus alle Parteien beherrscht, geraten die Beziehungen mit der EU ins Stocken, die Demokratie macht Rückschritte und politische Erschütterungen häufen sich. Zwischen diesen einzelnen Erscheinungen lassen sich Parallelen feststellen. Dies wirft die Frage nach der Vereinbarkeit von Nationalismus und Demokratie auf. Warum ist die Türkei – zu einer Zeit, in der sie auf dem Weg der Europäisierung voranschreitet – erneut in den Nationalismus abgeglitten und hat sich der Demokratie entfremdet? Wie kommt es, dass für die politischen Parteien mit dem Anschein nach unterschiedlichen Auffassungen der Nationalismus so schnell als gemeinsamer Nenner avancieren konnte? Trägt dieser gemeinschaftliche Nationalismus zur Bewältigung der Probleme der Türkei bei oder verschärft er sie eher? Über diese Fragen sprachen wir mit Dr. Umut Özkirimli, Dozent an der *Bilge-Universität Istanbul*. Bislang erschienen drei Bücher von ihm zum Thema Nationalismus.

Ständig heißt es, der Nationalismus nehme zu. Was ist damit gemeint? Hat sich die Zahl seiner Anhänger vergrößert? Wirkt er sich auf die Politik aus? Ändert sich der Sprachgebrauch der Medien? Oder haben die nationalistischen Parteien an Wählerstimmen gewonnen? Oder ist alles zusammen darunter zu verstehen?

Alles zusammen. Eigentlich ist es ein falscher Begriff. Der Nationalismus ist in dieser Gesellschaft sowieso in hohem Maße verbreitet. Sein ideologisches Fundament wurde in der Türkei über viele Jahre hinweg gelegt. In manchen Konjunkturen wird nur so verfahren, dass sich die politische Kaste in Krisenzeiten des Nationalismus bedient und ihm damit einen Aufschwung beschert, ihn auf diese Weise noch augenscheinlicher werden lässt. Genau das passiert momentan in der Türkei.

Woran lässt sich der anschwellende Nationalismus erkennen?

Er ist am häufigsten in politischen Parteien und in den Medien auszumachen. In beiden Fällen wird der Nationalismus als gängiges Erklärungsmuster verwandt. Das ist traurig. Denn der Nationalismus ist eine Weltanschauung, eine Art die Welt wahrzunehmen. Alle politischen Parteien spielen heute die nationalistische Karte. Auch die AKP[1], die in der EU- und der Zypernfrage gewichtige Schritte unternommen hat, klammerte sich zuletzt ebenfalls an das nationalistische Vokabular. Sie ließ eine Umfrage durchführen und entschied sich aufgrund des Ergebnisses, nach dem der größte Teil der erstmals wählenden Jugendlichen für die MHP[2] stimmen würde, auch vom Nationalismus profitieren zu wollen.

Sie haben den Nationalismus als eine Weltanschauung bezeichnet. Wie sieht der Nationalismus die Welt?

Er kategorisiert die Welt in „wir“ und „sie“. Ein MHPler kann sich in der Definition von „wir“ von einem CHPler[3] unterscheiden, aber was sich nicht ändert, ist der Begriff von den „anderen“. Der Nationalismus sieht in „wir“ eine homogene, aus demselben Menschentyp bestehende Gruppe. Die Haltung gegenüber „anderen“ ist dann der Versuch sie zu assimilieren, um die Unterschiede zu negieren. Sofern die „anderen“ nicht zu assimilieren sind, können die Methoden der nationalistischen Anschauung bis zu ihrer Liquidierung reichen. In der Türkei gibt es nicht nur eine einzige Nationalismusidee, sondern eine Vielfalt davon – den staatlichen eingeschlossen. In letzter Zeit sind bestehende Differenzen verringert und Gemeinsamkeiten geschaffen worden. So tummelt sich ein breites Spektrum, bestehend z. B. aus EU-Gegnern, die sich „national gesinnte Gruppe“ nennen, bis hin zu MHPlern, von Saadet-Parteigängern[4] bis hin zu Botschaftern a. D. und einigen CHPlern. Nationalismus ist eigentlich auf der ganzen Welt verbreitet, aber in der Türkei ist er extrem. Bei uns bestimmt der Nationalismus den gesamten politischen Sprachgebrauch.

Wir behaupten andauernd, dass der Nationalismus ansteige, aber die MHP als dessen vehementeste Vertreterin schafft es nicht, die Wahlhürde zu überwinden. Woher dieser Widerspruch? Bei wachsendem Nationalismus kann die nationalistische Partei keinen Stimmenzuwachs verzeichnen, um an die Macht zu gelangen?

In den Augen der Bevölkerung gilt nicht nur die MHP als nationalistisch, alle politischen Parteien sind es, weil sie die nationale Karte ausspielen. Da alle so gesehen werden, verteilen sich die Stimmen auf sie. Die MHP wird nur etwas extremer eingeschätzt. Im Endeffekt ist aus unserer Untersuchung Tayyip Erdogan als der nationalistischste Staatsführer hervorgegangen. War Ecevit[5], der bei der Parlamentswahl von 1999 über 20 % der Stimmen erzielte und sich als linksdemokratisch bezeichnet, gegenüber der MHP mit 18 % Stimmenanteil weniger nationalistisch? Der Erfolg der MHP 1999 wurde so interpretiert, dass „die MHP ins Zentrum gerückt“ war. Nein, die politische Mitte in der Türkei wurde MHPisiert, sie ist nach rechts gerückt. Folglich kann man von einer Machtzunahme der MHP nicht sprechen. Denn der Nationalismus machte sich in allen anderen Parteien ebenfalls

breit, alle sind sie jetzt so. Können Sie Unterschiede zu MHPlern ausmachen, wenn Sie sich die Äußerungen führender CHP-Vertreter wie Onur Öymen und Sükrü Elekdag anhören?

Wer vertritt heute den Nationalismus, die MHP oder die CHP?

Beide. Die eingefleischten MHP-Anhänger würden nicht für die CHP stimmen, aber unter Nationalismus-Aspekten lassen sich kaum Unterschiede erkennen zwischen der von der CHP oder der MHP propagierten Politik. Es ist eine große Ironie, dass die CHP und die DSP[6] sozialdemokratische Parteien sind! Zwar existiert im Allgemeinen überall auf der Welt Nationalismus und die sozialdemokratischen Parteien in den betreffenden Staaten sind nicht sehr weit davon entfernt, aber in England gibt es trotzdem Unterschiede zwischen der Labour- und der Konservativen Partei, in Deutschland zwischen der CDU und der SPD. Bei uns hingegen sind die Unterschiede zwischen den politischen Parteien in diesem Punkt nivelliert.

Wie erklären Sie sich das Abdriften der CHP in das nationalistische Lager?

Zwei Antworten sind möglich. Einmal: Sie thematisiert aus Sorge um Wählerstimmen bestehende Probleme. Oder: Die CHP wird von Parteikadern mit starker nationalistischer Ader beherrscht. Vergessen wir nicht, dass Kemal Dervis[7] aus der CHP ausgestoßen wurde und keinen Unterschlupf mehr finden konnte. Hätte er in der CHP das Sagen gehabt, wäre die Partei heute noch sozialdemokratischer und auf Pro-EU-Linie, aber sie ist zu ihrem Ursprung zurückgekehrt. Einiges wird bei uns fehlerhaft wahrgenommen, so heißt es z. B., der Nationalismus Atatürks beziehe sich auf die Argumente des Bodens und der Staatsbürgerschaft.

Trifft das nicht zu?

Nein, so ist es nicht. Beim Nationalismusverständnis sowohl Atatürks als auch der CHP in ihrer Gründungszeit steht die Kultur im Vordergrund. Das ist ethnischer Nationalismus. Die CHP bezieht sich darauf. Ethnischer Nationalismus ist keiner, der auf der Blutsabstammung beruht. Der Begriff „Ethnizität" birgt auch die Kultur, darin Religion, Sprache und Sitten. Wenn ein Nationalismus verteidigt wird, der das Türkentum in den Vordergrund stellt, mit der türkischen Kultur als herrschender und der türkischen Sprache als einziger gesprochener, und wenn andere ethnische Gruppen als türkisch vereinnahmt werden, so handelt es sich dabei um nichts anderes als ethnischen Nationalismus. Die Behauptung, Kurden seien ethnische Nationalisten, Türken aber keine, ist auch eine Täuschung. In diesem Land sind alle ethnische Nationalisten, die CHPler, die türkischen Nationalisten und auch die kurdischen Nationalisten, alle Nationalisten sind ethnische und ausgrenzend.

Die Kemalisten waren also schon früher nationalistisch?

Sie waren es schon immer. Es hat sich nichts geändert. Wir sprechen über eine CHP, die Recep Peker[8] und Mahmut Esat Bozkurt[9] in ihren Reihen hatte. Die CHP der 30er und 40er Jahre des letzten Jahrhunderts war sehr nationalistisch. Sie hatte lange Zeit eine äußerst autoritäre Haltung gegenüber denjenigen angenommen, die sie nicht für Türken hielt. Sie erklärte sie für nicht existent. Es gab die Vermögensabgabe[10], 1934 die Ereignisse in Thrakien[11] und dann Kampagnen wie: „Bürger, sprich türkisch!" Das Iskan-Gesetz[12] regelte die Zwangsumsiedlung von Kurden, bestimmte Gesetze verboten nichttürkischen Menschen ihre Berufsausübung. Die CHP ist eine Partei der Staatsgründung. Offensichtlich sieht sie sich noch immer in dieser Tradition.

Ist der Nationalismus der CHP mit Demokratie zu vereinbaren?

In keiner Weise. Wer einen solch starren Nationalismus vertritt, der macht ihn zu seinem Definitionsmaßstab. Sie fangen an, alles durch die nationalistische Brille zu sehen, welche die Realität verfälscht. Demnach sei die kurdische Frage ein Terrorproblem, die EU wolle uns teilen, die armenische Angelegenheit sei die Wiederauferstehung von Sèvres[13] (...) Mit einer freiheitlichen und demokratischen Gesinnung wären sie bereit, die Gegenseite anzuhören. Sie würden versuchen zu hören, zu verstehen und kennen zu lernen. Sie müssen einige Forderungen der Kurden wahrnehmen und ihnen das Recht zugestehen, diese Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Natürlich wird es immer marginalisierte kurdische Nationalisten geben, egal welche Rechte ihnen zugestanden werden. Denn wenn sich eine Identität einmal politisiert hat, kann sie nicht mehr vernichtet, aber marginalisiert werden. Wenn wir uns demokratisiert hätten, würden wir die kurdischen Nationalisten, die den Separatismus verfolgen, von der Menge isolieren. In Spanien ist die ETA marginalisiert, d. h. mit Demokratie können Probleme gelöst oder unter Kontrolle gebracht werden.

Welches Verhältnis hat die AKP zum Nationalismus? Auch führende Vertreter in der AKP favorisieren in letzter Zeit eine nationalistische Ausdrucksweise.

Innerhalb der AKP gibt es Leute mit nationalistischer Tradition, z. B. den Justizminister Cemil Cicek. Dass die AKP diese Personen beherbergt zeigt schon, dass sie keine so große Distanz zum Nationalismus hat. Zudem ist der Nationalismus ein Teil der *Milli Görüs*[14]. Der wesentliche Unterschied zwischen *Milli Görüs* und Kemalismus besteht in der Anerkennung des Islam als einem der wichtigsten Bestandteile der türkischen Identität. Eigentlich hat die AKP eine pragmatische Haltung gegenüber dem Nationalismus. So haben manche ihrer Schritte in der EU- und der Zypernfrage die Nationalisten verärgert. Nachdem sie erkannte, dass als Reaktion der Druck auf sie zunimmt, schwenkte sie zum Nationalismus um. Es ist kein Doktrinenwechsel, sondern eher Pragmatismus. Es ist gut möglich, dass die AKP schon morgen wieder den Pro-EU-Kurs einschlägt.

Wie entwickelt sich die Beziehung zwischen dem Fundamentalismus und dem Nationalismus? Wer beeinflusst wen?

Der Nationalismus beeinflusst eher den Fundamentalismus. Aber das ist eine wechselseitige Beziehung. Auf der einen Seite wird der Islam nationalisiert, ande-

rerseits der islamische Anteil am Nationalismus vergrößert. So verwandte z. B. nach 1960 [*erster Militärputsch in der türkischen Republik*] die MHP mit der türkisch-islamischen-Synthese ernsthafte islamistische Parolen. Um mit den Nationalisten standhalten zu können, verließen dann die Islamisten die klerikale Bühne, wonach „alle moslemischen Religionsgemeinschaften eine Nation bilden", wandten sich dem Nationalismus zu und nannten diesen Wechsel dann „*Milli Görüs*". Es gab auf der Welt schon immer Auseinandersetzungen zwischen Religion und Nationalismus, aber als die Nationalstaatsbildung florierte, traten die Religionen den Rückzug an und kollaborierten mit Nationalstaatsverfechtern. Was in der Türkei passiert, ist nichts anderes. Auch im Kemalismus ist der Islam nicht vollständig ausgeklammert, sondern aus dem öffentlichen in den privaten Bereich gedrängt. Die Antwort von Kemalisten auf die Frage, wer Türke sei, ist offensichtlich: diejenigen mit der türkischen Kultur, wer die türkische Sprache spricht und nach Möglichkeit Moslem ist. Die Vermögensabgabe von 1942 wurde sowieso nach der Religionszugehörigkeit erhoben, der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch[15] nach Religionszugehörigkeit und Sprache vorgenommen. Zwar akzeptiert der Kemalismus auch Nichtmoslems als Staatsbürger, aber nicht als Türken. Deshalb wurden sie auch nicht in der Armee und im Außenministerium beschäftigt.

Die wachsende Bedeutung des Nationalismus trifft genau in eine Phase, in der historische Schritte unternommen werden, um die Türkei der Welt zu öffnen. Gibt es zwischen diesen beiden Entwicklungen einen Zusammenhang?

In allen Staaten, die EU-Beitrittsverhandlungen geführt haben, ist aus Angst vor dem Verlust der nationalen Souveränität ein wachsender Nationalismus zu verzeichnen. Kein Land hat seine Souveränität verloren, weil es EU-Mitglied geworden ist. Das ist die lächerlichste Behauptung. Aber Folgendes ist passiert. Diese Staaten mussten das internationale Recht und die Menschenrechte achten. Genau das ist es, was die Nationalisten so fürchten. Sind die Staaten einmal Mitglied der EU, können sie mit ihren Bürgern nicht mehr so umgehen, wie es ihnen passt. Eigentlich ist das mit Souveränitätsverlust gemeint, d. h. nicht mehr ohne weiteres das tun zu können, was man will, nicht mehr so regieren, seinen Bürgern und Minderheiten nicht mehr das antun, nicht mehr rechtswidrig handeln zu können. (...)

Wie wird sich der Nationalismus bei den bevorstehenden Wahlen auf die Politik auswirken?

Der Nationalismus wird sich ernsthaft auswirken. Die MHP wird am stärksten davon profitieren, die AKP wird nicht sehr viele Stimmen verlieren. Die CHP hingegen wird den erhofften Gewinn aus dem Nationalismuskurs nicht einheimsen können. Eigentlich müsste in der Türkei die Frage gestellt werden: Wird es eines Tages eine politische Partei geben, die Abstand zum Nationalismus nehmen wird? Wenn ja, wie viele Stimmen wird sie bekommen? Ich denke, wenn eine solche Partei sich gründen würde, hätte sie keine Überlebenschance. In der Gesellschaft gibt es lediglich eine sehr kleine Gruppe Intellektueller, die Abstand zum Nationalismus halten.

Sie haben eine Untersuchung zum Thema „Nationalismus in der Türkei" durchgeführt. Welches Abbild der Gesellschaft hat sich dabei ergeben?

Wir haben gesehen, dass die Religion bei der Definition von Nationalismus und Türkentum eine sehr große Rolle spielt. So fragten wir z. B., was auf keinen Fall mit dem Türkentum zu vereinbaren sei. 50 % nannten auf dem ersten Platz Religionslosigkeit, als zweites Christ oder Jude zu sein und als drittes Homosexualität. Die türkische Gesellschaft ist eine ernsthaft homophobe Gesellschaft. Homosexualität ist etwas, wovor man sich fürchtet. Wir haben auch gesehen, dass ein großer Teil der türkischen Gesellschaft fürchtet, dass das Land geteilt werden könne, und an Komplott-Theorien glaubt. ♦

(gekürzte Fassung)

Anmerkungen:

(1) *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei*, Regierungspartei unter Tayyip Erdogan

(2) *Nationalistische Bewegungspartei*, Vorsitzender Devlet Bahceli

(3) *Republikanische Volkspartei*, Vorsitzender Deniz Baykal

(4) *Saadet-Partisi*: Tugendpartei, Vorsitzender Recai Kutan

(5) ehemaliger Ministerpräsident der Türkei und Ex-Vorsitzender der DSP

(6) *Partei der demokratischen Linken*

(7) 1977-2001 Weltbank-Direktor, 2001-2002 türkischer Wirtschaftsminister, seit 2002 Parlamentsmitglied, seit 2005 Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in New York

(8) 1946 Ministerpräsident der Türkei, bekannt durch seine harte Haltung gegen Oppositionelle

(9) Am 17.09.1930 als Justizminister der Türkei: „Sowohl die Feinde als auch die Freunde sollten wissen, dass die eigentlichen Herren dieses Landes Türken sind. Diejenigen, die keine eigentlichen Türken sind, haben in diesem Lande nur ein einziges Recht, und zwar Diener und Sklave zu sein." (nach: „Kürt Sorununu Yeniden Düsnmek", von Mustafa Akyol, Verlag Dogan Kitap)

(10) „*Varlik vergisi*", während des 2. Weltkriegs Sondersteuer für Nichtmoslems; viele Menschen verloren Hab und Gut, weil sie die hohen Steuern nicht zahlen konnten, und landeten in Arbeitslagern, hauptsächlich waren Armenier und Griechen betroffen.

(11) Nach einer Plünderungswelle im Juni 1934 gegen die in Thrakien und Umgebung lebenden Juden flüchtete der Großteil von ihnen ohne Hab und Gut nach Istanbul.

(12) Gesetz zur Zwangsumsiedlung vom 4. Juli 1934, richtete sich in erster Linie gegen die zahlreiche aufständische kurdische Bevölkerung; regelte die demographische Kategorisierung der Türkei: Zonen zur Verstärkung des Bevölkerungselements mit „türkischer Kultur", Zonen zur Ansiedlung von zu assimilierenden Bevölkerungsgruppen und Gebiete, die aus militärischen, politischen, kulturellen, ökonomischen und anderen Gründen evakuiert wurden und in denen keine Ansiedlung zugelassen wurde.

(13) Im Friedensvertrag von Sèvres (Frankreich) wurde 1920 die Aufteilung des untergegangenen Osmanischen Reiches besiegelt, dabei den Kurden und Armeniern das Recht auf einen jeweils eigenen Staat vertraglich gesichert, aber nie verwirklicht.

(14) *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.*, übersetzt mit: „*Nationale religiöse Sicht*", bezieht sich auf: „*Millete Ibrahime Hanifa*".

(15) Die 1923 zwischen Griechenland und der Türkei vereinbarte separate Konvention zum Bevölkerungsaustausch war Teil des Vertrags von Lausanne, der die Bestimmungen des 1920er Friedensvertrags von Sèvres teilweise revidierte. Danach wurden die in Kleinasien ansässigen türkischen Staatsangehörigen griechisch-orthodoxen Glaubens (etwa 1,5 Mio.) nach Griechenland ausgewiesen, die in dem nun Griechenland zugefallenen Teil Makedoniens beheimateten griechischen Staatsangehörigen muslimischen Glaubens (ca. 0,5 Mio.) mussten in die Türkei auswandern.

Zur politischen Lage in Südwest-(Syrisch-)Kurdistan

Bis jetzt haben die Kurden sich nur geschützt ...

Younes Bahram, Journalist

Südwestkurdistan nennen es viele patriotische KurdInnen, welche in diesem Teil von Kurdistan leben, ein Gebiet, das heute noch geographisch zu Syrien gehört und eine untergeordnete Rolle spielt.

Es handelt sich um einen Streifen Land, der sich teils schmaler, teils breiter werdend entlang der Grenze zwischen Syrien, Türkei und Irak hinzieht.

Im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 legten Franzosen und Engländer die Grenzen für den Rest des Osmanischen Reiches fest und teilten die Territorien außerhalb der Türkei und des Iran nach den Interessen der Siegermächte auf.

Es entstanden zunächst ein britisches und ein französisches Mandatsgebiet.

Diese willkürlichen Grenzziehungen gingen mitten durch kurdische Siedlungsgebiete, wie z. B. die Stadt Serêkaniyê (türkisch: Ceylanpinar) aufgeteilt wurde zwischen Syrien und der Türkei.

Und so gibt es viele Beispiele von Städten, Dörfern und Familien, die aufgeteilt wurden, natürlich ohne auch nur im Entferntesten die Interessen der kurdischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Vier Jahre nach dem Teilungsbeschluss erörterten die Alliierten auf ihrer Konferenz in San Remo den Vorschlag, den Kurden Autonomierecht zuzubilligen, natürlich auch im späteren Syrisch- bzw. Südwest-Kurdistan.

Im Zusammenhang mit dem so genannten Vertrag von Sèvres von 1920, der die Grenzen zwischen den Mandatsgebieten im Nahen Osten festlegte, kam unter den Kurden der Begriff Südwest-Kurdistan auf. Ein Begriff, der eng an den Autonomiegedanken für Kurdistan geknüpft war.

Aber schon im Vertrag von 1921, der die Grenze zwischen der Türkei und dem französischen Mandatsgebiet, dem späteren Syrien, bestimmte, war von einer Autonomie für die Kurden keine Rede mehr – ein Zugeständnis an die türkischen Interessen.

Die KurdInnen machten damals 10 % der Bevölkerung dieses von Frankreich beherrschten Landes aus. Sie wurden einer ihnen fremden Kultur, Gesellschaft und Ökonomie ausgesetzt, sahen aber auch die Möglichkeit, sich an arabischer Seite für den Aufbau eines unabhängigen und demokratischen Syrien zu engagieren und den Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft aufzunehmen. Besonders in ihren Siedlungsgebieten spielten sie eine bedeutende Rolle. Sie waren beteiligt an politischen Aktionen in Aljazira, auch im Kurd Dagh, sogar in Damaskus. Es gab viele legendäre kurdische Widerstandskämpfer wie z. B. Ibrahim Henano, Albarazi, Albaravi und Haco Aga. Überall im kurdischen Gebiet gab es Aufstände, bis die letzten Franzosen abgezogen waren. Trotz dieser Tatsachen wird heute alles getan, um die Erinnerung an den kurdischen Anteil an der syrischen Geschichte aus dem öffentlichen Bewusstsein auszulöschen.

Die antikurdische Haltung des offiziellen Syrien weckt die Widerstandskräfte und schärft den Sinn für die eigene Geschichte.

Die antikurdische Haltung des offiziellen Syrien weckt die Widerstandskräfte und schärft den Sinn für die eigene Geschichte.

Der kurdische Bevölkerungsanteil beträgt heute zwischen 12 und 15 %, oder besser gesagt 2,5 bis 3 Millionen Menschen, unter der so genannten Orientexpress-Linie (binxete – Volksmund).

1962 begann die syrische Regierung mit ihren chauvinistischen Plänen gegen die Kurden.

Und so wurden gemäß Erlass Nr. 93 am 23.8.1962 350 000 KurdInnen bzw. 160 000 Familien ausgebürgert mit der Begründung, sie seien aus der Türkei und dem Irak nach Syrien gekommen. Dies stimmte natürlich nicht, denn damals, 1914 bis 1916, als Kurden an der Seite des Osmanischen Reiches gegen die russische Armee gekämpft hatten und anschließend 16 kämpfende kurdische Clans von den Osmanen verraten worden waren, hatten die kurdischen Kämpfer sich zwischen den osmanischen und russischen Soldaten verschanzt und mussten vom Norden Kurdistans in den Süden fliehen. D. h. in dieser Zeit gab es natürlich weder den Staat Türkei noch Syrien, deshalb ist die Behauptung der syrischen Regierung nicht stichhaltig, die Kurden seien aus der Türkei gekommen.

In den siebziger Jahren wurde ein weiterer Plan entwickelt, die kurdischen Gebiete an der türkisch-syrisch-irakischen Grenze zu arabisieren. So waren viele kurdische Dörfer und Tausende

von Bauernfamilien davon betroffen, denen ohne jegliche Entschädigung Grund und Boden genommen und arabischen Nomadenfamilien überlassen wurde.

Damals wurde nur der Grundbesitz geraubt, die KurdInnen durften aber in ihren Häusern und Dörfern bleiben. Doch heute beginnt der syrische Staat, ihnen auch die Häuser zu nehmen, oder sie müssen ihre eigenen Häuser vom Staat kaufen.

Im Schatten der politischen Änderungen in der Welt und vor allem im Nahen Osten hat sich auch im Irak vieles geändert, so dass KurdInnen und AraberInnen gemeinsam eine neue Verfassung geschaffen haben und gemeinsam in einem Föderalstaat leben. Dies ist das erste Mal in der Geschichte, dass die kurdische Bevölkerung zu diesem Recht gekommen ist, trotz der türkischen, syrischen und iranischen Machthaber und Nachbarn. Sicher beeinflussen diese Änderungen auch die kurdischen Bevölkerungsteile in anderen Ländern wie der Türkei, Iran und auch Syrien.

Seitdem das Saddam-Regime zusammengebrochen ist, hat sich arabischer Hass gegen die syrischen KurdInnen verstärkt. Das ist auch spürbar, da dieses gleich von der syrischen Regierung durch die Umsetzung des alten, 1963 von Mohammed Talab Hilal [*damaliger Sicherheitschef der Provinz Al-Hasaka*] verfassten, rassistischen Plans eines „arabischen Gürtels" geschürt wurde.

Am 11. März 2004 kam es bei einem Fußballspiel im Stadion von Qamisli, der syrisch-kurdischen Hauptstadt, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, als bewaffnete Araber im Stadion Parolen wie „Hoch lebe Saddam Hussein!" und „Tod den Kurdenführern Barzani und Talabani!" skandierten. Bei diesen Auseinandersetzungen kamen unter den Kurden fünf Menschen ums Leben. Am Nachmittag, auf dem Rückweg von der Beerdigung ihrer Toten, wurden sie von der Polizei angegriffen, wobei es zu vielen Verletzten kam. Am Tag darauf demonstrierten sie gegen diese Maßnahmen. Doch Staat und Geheimdienstapparate überlegten es sich anders, gaben arabischen Sippen und Clans Waffen und ließen sie auf die Demonstranten los. Diese, nur mit Steinen, Stöcken und bloßen Händen bewaffnet, hatten über zwanzig Tote zu beklagen. Der Krieg weitete sich auf alle kurdischen Gebiete aus. Die Regierung schickte Militär nach Qamisli, darunter auch viele Geheimdienstler in Zivil und bewaffnet. Geschäfte wurden angezündet und geplündert, Häuser zerstört, Menschen auf der Straße erschossen. Das Gebiet befand sich einfach im Ausnahmezustand.



Beerdigung in Qamisli im März 2004 Foto: Archiv

Die Ereignisse lassen sich so interpretieren, dass die syrische Regierung versucht, den Kurden eine Lektion zu erteilen, bevor sie auf „falsche" Gedanken kommen.

Erstens, dass die syrischen Kurden Gefallen an der Föderalismus-Idee im Irak finden könnten.

Zweitens, dass sie sich nach der geplanten Entminung der gesamten syrisch-türkischen Grenze von Kontakten zu türkischen Kurden abhalten lassen.

Ein weiterer Beweggrund ist natürlich die Befürchtung, dass Ähnliches wie im irakischen Kurdistan, wo die Kurden alle arabisierten Gebiete, aus denen Saddam Hussein sie vertrieben hat, wieder zurückhaben wollen, wie z. B. die Stadt Kirkuk, sich natürlich auch in der Ölstadt Qamisli wiederholen könnte. Hier in Syrien sind auch hunderte kurdische Dörfer beschlagnahmt und arabischen Nomaden überlassen worden, ohne eine Entschädigung. Sicher würde bei irgendwelchen Verhandlungen über kurdische Rechte dieses Thema als erstes mit auf dem Verhandlungstisch liegen. Deshalb ergreift die syrische Regierung solche brutalen Maßnahmen, um die kurdische Bevölkerung einzuschüchtern.

Es hat sich inzwischen eine syrische Opposition gebildet, die jeden Tag wächst. Die kurdische Fraktion bildet dabei den stärksten Teil, weil sie politisch und regional besser organisiert ist. Doch Gefahr droht, wenn die kurdischen politischen Parteien und Organisationen sich an einen runden Tisch setzen, aber eine ähnliche Allianz wie im irakischen Kurdistan nicht zustande bringen. Denn dann werden sie auch nicht das gleiche politische Gewicht in die Waagschale werfen können. Sie werden sich dann wieder hinter die arabische Opposition in die zweite Reihe stellen müssen und der Freiheitszug wird wieder ohne sie fahren.

Deshalb rufen wir die Weltöffentlichkeit auf, sich einzumischen und zu Hilfe zu kommen, weil die syrische Regierung den Hass zwischen kurdischer und arabischer Bevölkerung schürt und beide aufeinander hetzt. Bis jetzt haben die Kurden sich nur geschützt, aber wenn es so weitergeht, werden sie zu ähnlichen Maßnahmen greifen müssen, was zu zahllosen Toten führen kann. Wir bitten um Unterstützung, bevor es zu spät ist. ♦

In Erinnerung an unsere Freundinnen Amara und Uta

Berxwedan jiyan e – Leben bedeutet Widerstand zu leisten!

Servin Nudem

„… damit der Traum Wirklichkeit wird“

Ich hab geträumt, der Krieg wär vorbei,
du warst hier, und wir war'n frei
und die Morgensonne schien.
Alle Türen waren offen, die Gefängnisse leer.
Es gab keine Waffen und keine Kriege mehr.
Das war das Paradies!

Der Traum ist aus! Der Traum ist aus!
Aber ich werde alles geben,
dass er Wirklichkeit wird.

Gibt es ein Land auf der Erde,
wo der Traum Wirklichkeit ist?
Ich weiß es wirklich nicht.
Ich weiß nur eins und da bin ich sicher,
dieses Land ist es nicht. Dieses Land ist es nicht.

Der Traum ist ein Traum, zu dieser Zeit,
doch nicht mehr lange, mach dich bereit
für den Kampf um's Paradies!
Wir haben nichts zu verlieren außer unsrer Angst,
es ist unsere Zukunft, unser Land.
Gib mir deine Liebe, gib mir deine Hand.

Der Traum ist aus! Der Traum ist aus!
Aber ich werde alles geben,
dass er Wirklichkeit wird.
(Ton – Steine – Scherben, 1972)

Dieses Lied spricht von den Träumen und der Hoffnung, die zwei unsere Freundinnen im Herzen trugen und für deren Realisierung sie lebten und kämpften. Träumen tun diesen Traum viele Menschen. Sie träumen von einer Welt ohne Kriege und Gefängnisse, von einer herrschaftsfreien Welt, in der alle Menschen gleichberechtigt und solidarisch ohne trennende Grenzen leben. Doch nur wenige Menschen überwanden die Angst und hatten den Mut zu sagen: „... aber ich werde alles geben, dass dieser Traum Wirklichkeit wird!“ Und nur sehr wenige von ihnen machten sich auf den Weg, nach einem Land zu suchen, in dem sich der Traum verwirklichen ließe. Letztendlich verließ viele damit auch der Mut zu träumen. Und so blieb ihnen letztendlich nichts anderes übrig, als sich in die Verhältnisse eines Landes und die Monotonie des Alltages einzugliedern, mit denen sie sich einst im Widerspruch befanden. Doch entgegen dem Zwang zur Unterordnung und Gleichgültigkeit gibt es doch Menschen, die aus den für sie vorbestimmten Bahnen ausbrechen. Ihnen gelingt es, die scheinbar unüberwindbaren Grenzen zu überwinden, ihre Geschichte im Zusammenhang mit der Geschichte anderer Menschen und Völker zu begreifen und gemeinsam nach neuen Befreiungsperspektiven zu suchen. Diese Suche führte unsere Freundinnen Uta und Amara nach Kurdistan.

Ein Jahr ist nun vergangen, seit uns am 31. Mai 2005 die unbegreifliche Nachricht erreichte, dass unsere Freundinnen Uta und Amara bei einem tragischen Autounfall in Südkurdistan ihr Leben verloren hätten. Uta und Amara, zwei Internationalistinnen, die niemals aufgehört haben, den Traum von einem freien Leben zu träumen und die auf der Suche nach Wegen waren, diesen Traum zu realisieren – auch wenn sie wussten, dass es schwer ist. Ihre Kraft und Lebenslust, ihre Ideen und Kritiken begleiteten uns tagtäglich und sind bis heute lebendig. Auch wenn sie in unse-



Uta und Amara in den Kandil-Bergen Foto: Archiv

ren Herzen und Gedanken weiterleben, so verspüren wir zugleich auch immer wieder die unbeschreiblichen Schmerzen über den Verlust. Ihre physische Abwesenheit hat bei uns allen, ihren Freundinnen und Freunden, Bekannten und Verwandten eine große, unauffüllbare Leere hinterlassen ...

Trotz der sehr verschiedenen Lebensgeschichten vereinigten sich die Ziele und Wege von Uta und Amara, die sie schließlich nach Kurdistan führten: Amara wurde im Jahr 1981 als Kind einer türkischen Familie in Ankara geboren. Im Anschluss an ihre Schulzeit studierte sie dort Soziologie. Während ihrer Studienzeit an der Universität in Ankara lernte sie die kurdische Befreiungsbewegung kennen und beteiligte sich an den Kampagnen der kurdischen StudentInnenbewegung. Denn sie konnte und wollte zu dem Unrecht und der Verleugnungspolitik des türkischen Staates nicht schweigen. Nachdem sie aufgrund ihres politischen Engagements verhaftet worden war, ging sie nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis nach Europa. Hier spielte sie bis zum Frühjahr 2005 eine aktive Rolle in der Arbeit der kurdischen Frauenbewegung. Sie trug die Freiheitsideologie dieses Kampfes in ihrem Herzen und ihrem Bewusstsein. Und es war ihr insbesondere wichtig, hierfür auch andere junge Frauen zu gewinnen. Mit ihrer warmen Ausstrahlung und Lebensfreude konnte Amara schnell Freundschaften aufbauen. Freundschaft und Prinzipien hatten in ihrem Leben einen hohen Stellenwert. Beharrlich hinterfragte sie Widersprüche und zeigte ihre Ungeduld gegenüber Unzulänglichkeiten. Das systemkonforme Leben in Europa fand sie unerträglich. Demgegenüber wartete sie mit großer Ungeduld darauf, wie sie es ausdrückte, „endlich von ihrem Recht Gebrauch zu machen“, die Natur und den Kampf in den Bergen Kurdistans kennen zu lernen.

Utas Weg hingegen führte von ihrem Engagement in der SchülerInnen- und Jugendbewegung in den 70er Jahren in Mülheim hin zum Anti-AKW-Widerstand, der Häuserkampf- und Frauen-Lesben-Bewegung in Berlin. Sie versuchte immer wieder Erfahrungen aus Kämpfen weiterzugeben, neue Ansätze zu entwickeln, feministische und internationalistische Standpunkte in die unterschiedlichen Bewegungen hineinzutragen. Ihr Interesse an Politik, Menschen, Freundschaften, der Natur und Umwelt, Pflanzen, alternativen Heilmethoden und Gesundheit waren für Uta untrennbar miteinander verbunden. Auf der Suche nach neuen Organisierungsansätzen, aus denen alternative, kollektive Lebensformen hervorgehen könnten, bemühte sie sich insbesondere darum, Erfahrungen aus verschiedenen Befreiungsbewegungen, unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen zusammenzubringen. Die Entwicklungen in der kurdischen Befreiungs-

An die wertvollen FreundInnen und GenossInnnen von Ekin Ceren Amara

Es ist ein Jahr ohne unsere Tochter vergangen.
Es war für uns ein Zeitabschnitt, in dem das Leben und die Zeit ihre Bedeutung verloren haben.
Ein Zeitabschnitt, in dem wir in jedem Augenblick an sie gedacht haben.
Leider ist es nicht möglich, unsere Gefühle in Worten auszudrücken.
Das könnt ihr allein in euren Herzen spüren.
Für uns, als Eltern, ist es so gut wie unmöglich, von Ceren zu sprechen, Worte für sie zu finden.
Auch ihr kanntet sie.
Ihr liebevolles Gesicht, ihre Herzlichkeit, ihre Natürlichkeit, ihre Liebe, ihre entschlossene Haltung, ihre Würde, ihre Ehrlichkeit, ihren Willen, ihre Aufregung, ihre Klugheit, ihre Art zu reden, ihre Witze, ihre Freude, ihre Traurigkeit, ihre Wut, ihre Gedanken, ihre intensiven Gefühle ...
Alle von euch haben vielleicht eine ihrer Seiten kennen gelernt und sind ein Teil ihres Lebens geworden.
Auf der Jahrtausende alten Reise der Menschheit gibt es Menschen, die den Menschen wertvoll machen, gutherzige und würdevolle Menschen, die der Menschheit etwas geben. Sie geben der Menschheit ihre Herzen, ihre Mühe, Anstrengungen und ihr Leben. Durch sie erhält die Menschheitsgeschichte ihren Wert. Sie werden manchmal zu einer Sage, manchmal zu einem Gedicht, manchmal zu einem Märchen, manchmal zu einem Lied. Sie sind es, die die Menschheit erschaffen haben. Und was die Völker stark macht, ist die Erinnerung an sie.
Wir sind die Menschen eines Landes, in dem es Märtyrer, Verschwundene, Todesstrafen, Massenmorde, Gefängnisse, Vernichtung durch Isolation, Folter, Erschießungen – ohne jegliche Rücksicht auf Kinder oder alte Menschen – Lynchversuche, Verbannung, Hunger, Armut und Gewalt gibt.
Aber sicher werden die FreundInnen und GenossInnen unserer Tochter eines Tages in diesem Land das Lied des Friedens, der Freundschaft und der Freiheit singen. Dann wird Amara hören, dass ihre GenossInnen mit lauter Stimme ihre Lieder singen.
Amara ist ein Symbol für den Kampf um Völkerfreundschaft und Frieden. Amaras Kampf wird in euren und unseren Herzen weiterleben.

Die Eltern von Amara — Ankara, Mai 2006

bewegung und vor allem die Organisierung kurdischer Frauen verfolgte Uta aus diesem Blickwinkel von Anfang an mit großem Interesse. Mit ihren revolutionären Ideen, Lösungsansätzen und Kritiken regte sie sowohl in linken Gruppen und Frauenorganisationen in Deutschland als auch in der kurdischen Bewegung immer wieder neue Auseinandersetzungen an und entwickelte neue Initiativen. Bei vielen ihrer Aufenthalte in Kurdistan – so auch bei ihrem letzten Besuch – legte sie den Grundstein für neue Projekte, die den aktuellen Bedürfnissen von Frauen entsprachen und die Stärkung ihres Befreiungskampfes zum Ziel hatten.

Der Monat Mai, in dem wir von Uta und Amara Abschied nehmen mussten, trägt in der Geschichte des kurdischen Befreiungskampfes eine besondere Bedeutung. In den vielen unterschiedlichen Seiten dieses Monats spiegeln sich auch Ausschnitte des Lebens unserer beiden Freundinnen wider: Im Mai wurden internationalistische Revolutionäre wie Deniz Gezmis und Ibrahim Kaypakkaya vom türkischen Regime zum Tode verurteilt, denn sie hielten bis zuletzt an ihrem Freiheitskampf und Einsatz für Völkerfreundschaft fest. Der Mai ist der Monat des Widerstandes von PKK-Militanten gegen die Folter und Kollaboration im Gefängnis von Diyarbakir, aus dem die Parole hervorging: „Berxwedan jiyan e – Leben bedeutet Widerstand zu leisten!“

Zugleich werden im Mai häufig die Kongresse der kurdischen Bewegung durchgeführt. Diese Phase bedeutet Erneuerung und Entschlusskraft, Ziele und Aufgaben für den nächsten Kampfabschnitt gemeinsam festzulegen. Hierdurch ist es eine Phase, in der alle sowohl kollektiv als auch individuell gefragt sind, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und ihren Weg zu bestimmen.

Auch aus der Sicht der Natur nimmt der Monat Mai einen besonderen Platz im Laufe der Jahreszeiten ein: Er symbolisiert den Übergang vom Erwachen des neuen Lebens im Frühling zur Reifezeit des Sommers.

Der internationalistische Freiheitskampf und die Suche nach einem menschenwürdigen Leben, ihre aktive Teilnahme an der Vollversammlung des Kongra-Gel sowie ihre Entschlossenheit, ihre Erfahrungen und ihr Wissen für den Aufbau einer freien Gesellschaft einzusetzen, all dies charakterisierte die Lebensgeschichten unserer Freundinnen Uta und Amara. Aber der plötzliche Tod im Mai raubte ihnen die Gelegenheit, den Sommer zu erleben und das Heranreifen der Früchte ihres Wirkens in der kurdischen Frauenbewegung weiterzuverfolgen. Jedoch haben sie als Frauen selbstbestimmt ein Leben gelebt, das viele sich nicht getraut hätten zu leben. Aber durch ihren Mut und ihre Liebe haben sie zugleich vielen anderen Menschen neuen Mut gegeben, beharrlich zu sein, zu träumen und zu kämpfen – bis der Traum Wirklichkeit wird! ♦



Uta Schneiderbanger (Nudem) und Ekin Ceren (Amara) Foto: Archiv

Freispruch für Pinar Selek

„Wer den Widerstand wählt, kämpft bis zum Sieg“

Maike Nack zum Verfahren gegen Pinar Selek

Es ist geschafft. Pinar Selek ist endlich nach acht Jahren Prozess, davon zweieinhalb Jahre in Haft, freigesprochen worden. Der Widerstand hat einen kleinen Sieg errungen. Die Anklage ist an ihren eigenen Fehlern gescheitert und der türkische Staat hat die Widerstandsfähigkeit einer Frau Selek gewaltig unterschätzt.

„In meiner Person wurde allen Frauen und Männern, die nach einer unabhängigen Haltung suchen, ein Warnhinweis gegeben. Der Zeigefinger wurde gegen Soziologen, Sozialwissenschaftler und Aktivisten erhoben. Ich wurde als Symbol erwählt.“



Pinar Selek Foto: DIHA

Sie arbeitet 1998 an einer Studie über den Krieg im Südosten der Türkei und versucht die Lebensweise und Forderungen der Aufstände der kurdischen Bevölkerung zu begreifen. Als sie feststellt, dass die Organisierung vor allem von dem Bedürfnis und der Suche nach Frieden geprägt ist, wird sie festgenommen. Nach einem halben Jahr Haft erfährt die Soziologin aus den Nachrichten, dass sie mit vier weiteren Angeklagten an einem Bombenanschlag beteiligt gewesen sein soll.

„Die Aussage, dass in unserem Atelier eine Bombe gefunden wurde, ergab sich auch erst nach meiner Festnahme.“ Um die Beweise für den Tatvorwurf eines Bombenanschlags zu konstruieren, wird das Projekt des Ateliers zerstört, an dem sie intensiv mitgearbeitet hat und das ihr sehr am Herzen liegt. Gemeinsam mit Straßenkindern und Menschen aus der Transvestiten- und -sexuellenszene war ein Atelier eingerichtet worden, in dem gemeinsam künstlerisch gearbeitet wurde. Kunstwerke aus dem Abfall der Großstadt Istanbul und ein Straßentheater wurden geschaffen. In dem Projekt eroberten an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Menschen sich ihre Würde zurück, lernten wieder, anderen Menschen zu vertrauen, und entwickelten neue Zukunftsperspektiven.

„In dem Fall haben kontinuierlich Interventionen von außen, auch aus den Ministerien, stattgefunden. Es wurde versucht, das Gericht unter Druck zu setzen und Gutachten von Personen erstellen zu lassen, die keine Fachleute sind.“, erklärt Rechtsanwalt und Vater Selek dazu. Aufgrund eines unabhängigen Gutachtens von Bombenexperten, das eine Gas- statt einer Bombenexplosion belegt, werden Pinar Selek und eine weitere Person aus der Haft entlassen.

Pinar Selek lässt sich durch die erlebte Folter und den Druck des Prozesses nicht einschüchtern und arbeitet nach ihrer Entlassung noch intensiver an der Analyse verschiedener Gewaltausprägungen in der Türkei und Lösungswegen aus diesen heraus. „Ich habe Angst, aber die Angst beherrscht mich nicht. Meine Neugier, mein Interesse waren immer stärker als meine Angst.“

Mit vielen anderen Frauen aus der gesamten Türkei entwickelt sie einen Friedensplan. Das Anliegen der Frauen ist es, über Begegnung eine Verständigung zwischen Frauen aus allen Schich-

ten und mit ganz unterschiedlichen Lebenserfahrungen herzustellen. Vielen Frauen wird dadurch bewusst, dass ihre Probleme strukturell verankert und nicht individuelle Schicksale sind. So entsteht eine neue Frauenbewegung, die sich den Kampf für den Frieden und die Freiheit als Ziel setzt. „Für uns bedeutet Freiheit, sich die eigenen Probleme bewusst zu machen und den Willen zu zeigen, diese Probleme zu bewältigen." Die von den Frauen geplanten Aktivitäten sollen nicht nur als Protest gegen eine bestimmte Sache stattfinden. „Über den Protest gegen irgendetwas hinaus ist es wichtiger, eine Kampagne zu entwickeln, die auf eine Alternative hinweist."

2004 wird ihr 600-seitiges Buch veröffentlicht. „In ‚*Wir haben keinen Frieden geschlossen*' habe ich die alleinige Verantwortung für den kontinuierlichen Kriegszustand in der Türkei nicht der Kriegsorganisierung zugeschoben, sondern den gesellschaftlichen Anteil an der begangenen Schuld untersucht und eine Antwort auf die Frage gesucht, wie der Kampf für Frieden aussehen könnte." Trotz gegenteiligen Gutachtens nimmt der Staatsanwalt plötzlich das polizeiliche Gutachten zur Grundlage, um sieben Jahre nach dem Vorfall eine lebenslange Haftstrafe zu beantragen.

Pinar Selek schafft es – trotz des Drucks – bei ihren Überzeugungen zu bleiben. „Ich glaube dennoch an das Recht und den juristischen Kampf. Als der Staatsanwalt für mich eine erschwerte, lebenslängliche Haftstrafe forderte, habe ich den vor dem Gericht wartenden JournalistInnen das Gleiche gesagt."

Und mittlerweile ist der Kreis von UnterstützerInnen noch größer und es sind in ihm viele nationale und internationale Namen vertreten. „Ich habe eine solche Solidarität erfahren, dass meine Hoffnung in die Menschen stets lebendig geblieben ist. Die Kraft der Liebe macht den Menschen auch angesichts größter Schwierigkeiten widerstandsfähig." Trotz aller Unterstützung und Solidarität lernt Pinar Selek auch die Nachteile einer öffentlichen Persönlichkeit kennen. „... das Schlimmste ist, dass ich zu einem Menschen wurde, der die Aufmerksamkeit der Medien hervorruft. Wenn ein Mensch sich dauernd erklären muss, leidet darunter seine Freiheit, seine Besonderheit und sein Verhältnis zur Realität."

In dem Prozess gegen Pinar Selek sowie bei vielen anderen ist es nicht möglich, über die eigentliche Anklage zu verhandeln. Es ist die Anklage, den Krieg abzulehnen, sich für den Frieden und die Freiheit einzusetzen und die staatliche Gewalt nicht einfach über sich ergehen zu lassen. Es laufen in der Türkei viele Prozesse mit konstruierten Anklagen gegen Menschen, denen eigentlich nur vorzuwerfen ist, dass sie sich für demokratische Grundrechte einsetzen.

Pinar Selek schafft es, den Zeigefinger des Staates ganz nach ihrer Überzeugung umzukehren. „Jeder und jede kann dort, wo er oder sie sich befindet, die Kampagne mit Leben füllen." In keinem Moment ihres Prozesses lässt sie sich auf die Forderung, die patriarchale und feudalistische Hierarchie zu akzeptieren, ein. Es gelingt ihr – in Konfrontation mit ihrem Folterer – zu verdeutlichen, dass die Strategien der Verleumdung nicht mehr wirken. Sie zeigt, wie stark Menschen und Bewegungen werden können, wenn sie es schaffen, den Widerstand aufrecht zu halten.

Der türkische Staat hat sich somit mit seinem Zeigefinger ins eigene Fleisch geschnitten, da Pinar Selek und ihre UnterstützerInnen sich diesen Zeigefinger zu Eigen gemacht haben. Es ist nicht nur die Strategie des Zeigefingers gescheitert, sondern auch die Absicht, eine Frau wie Pinar Selek durch Einschüchterung zum Schweigen zu bringen. ♦

Freispruch für Pinar Selek

Am 8. Juni 2006 fand vor dem 12. Schweren Strafgericht in Istanbul-Besiktas die Urteilsverkündung im Prozess um die Explosion im Misir-Basar im Jahr 1998 in Istanbul statt. Die Soziologin Pinar Selek wurde freigesprochen.

Das Gericht erklärte, es gebe keine konkreten Beweise dafür, ob die Explosion durch einen Bombenanschlag oder durch ein eine defekte Gasflasche verursacht wurde. Der Anklagepunkt „Unterstützung einer illegalen Organisation" gegen Pinar Selek und weitere Angeklagte wurde wegen Verjährung fallen gelassen. Drei der insgesamt 15 Angeklagten wurden wegen „Mord im Auftrag der PKK" in einem anderen Fall zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, zwei weitere zu jeweils 12,5 Jahren und einer zu fünf Monaten.

Pinar Selek war bei der Urteilsverkündung nicht anwesend, sondern nahm in der gleichen Zeit an einem von Antimilitaristen organisierten Antigewalttraining teil.

Auch in Pinars Namen bedanken wir uns bei allen, die unsere Kampagne für einen Freispruch unterstützt haben. Der Verlauf des acht Jahre andauernden Prozesses hat gezeigt, dass ein Freispruch ohne die hergestellte Öffentlichkeit sehr fraglich gewesen wäre. An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, dass in der Türkei nach wie vor zahlreiche Prozesse gegen unliebsame AktivistInnen geführt werden, um diese mundtot zu machen. Auch in diesen Fällen mit z. T. weniger prominenten Angeklagten ist eine kritische Beobachtung durch die internationale Öffentlichkeit gefordert.

Hamburg, 8. Juni 2006

Initiative „Solidarität mit Pinar Selek"

Hexen, Teufelinnen und zu verbrennende Frauen

Handan Çaglayan, Yeni Özgür Politika, 12.06.2006

Perihan Magden. Eine Meisterautorin. Eine mutmaßliche „Gedanken-Straftäterin". Sie ist angeklagt, die Beziehung der Bevölkerung zum Militär abgekühlt zu haben.

Sie verfügt über eine gute Ausbildung, hat mehrere literarische Werke geschaffen. Ist eine scharfe Kritikerin. Mit ihren Kolumnen, die sie eine Zeit lang schrieb, störte sie die Behaglichkeit derjenigen, deren Sessel weich und stabil waren, der scheinheiligen Politiker, der Korrupten. Sie ist eine Frau mit spitzer Zunge.

Bei den Wahlen verkündete sie, ihre Stimme der HADEP zu geben. Sie war nicht Mitglied oder ähnliches, und außer kritischen Äußerungen ist sie auch nicht in der Parteipolitik aktiv. Sie tat es lediglich, um die Repression gegen die HADEP und ihre WählerInnen anzuprangern und Solidarität zu zeigen. Sie sagte: Ich bin gegen die Begrenzung des aktiven und passiven Wahlrechts durch die Zehn-Prozent-Hürde und ich zeige mich solidarisch. Das war natürlich nicht ganz geheuer.

Neben einer gottbegnadeten Intelligenz verfügt Magden über viele Fähigkeiten. Aber sie ist eine richtige „Hexe". Zum einen ist sie nicht im werten Heiligenschein der eigenen Klasse geblieben. Und darüber hinaus hat sie die Klassen und die Grenzen der offiziellen Ideologie übermäßig beansprucht. Sie hat den Mut, gegen den Strom zu schwimmen. Wenn sie nur mutig wäre, hätten ihre Worte ignoriert werden und im Nichts verschwinden können. Aber sie ist nicht nur mutig, sondern auch fähig. Sie ist nicht von der Art, die man ignorieren könnte. Wenn diese Frau nicht verrückt ist, dann muss sie einfach eine Hexe sein.

Pinar Selek. Soziologin. Friedenskämpferin. Jahrelang wurde sie für eine Explosion verantwortlich gemacht, von der Gutachter sagen, dass sie durch austretendes Gas verursacht wurde. Für die Straßenkinder war sie die große Schwester. Während sie sich bemühte, die blutenden Wunden der Gesellschaft zu erfassen und eine Lösung zu finden, wurde sie als „Bombenattentäterin vom Misir-Basar" vorgeführt. Sie verbrachte eine furchtbare Zeit, wurde verhaftet, verlor ihre Mutter, wurde auf der Straße angegriffen.

Am schwersten sei für sie nicht die Verhaftung auf einer Veranstaltung, die erlittene Folter oder der Angriff auf offener Straße gewesen, sondern eben diese Darstellung als Bombenattentäterin, sagt sie. Das ist wahrscheinlich auch das Schlimmste, was einer antimilitaristischen Frau, einer Friedensaktivistin angetan werden kann.

Eren Keskin. Eine unbeschreibliche Menschenrechtlerin. Zurzeit wird ihr wegen Beleidigung des Militärs der Prozess gemacht. Selbst in Tagen, in denen die Mitgliedschaft im IHD mit Terrorismus gleichgesetzt wurde, ließ sie sich nicht einschüchtern. Als Akin Birdal niedergeschossen wurde, zögerte sie nicht, ihren Kampf für Menschenrechte fortzusetzen. Eine mutige Frau.

Sie haben Eren Keskin nicht gesehen, wie sie Parolen ruft. Auf Demonstration reckt sie auch nicht die Faust. Ihre schönen Augen sind auf ihre eigene Art geschminkt, ihre Haare toupiert. Diejenigen, die stets versuchen, MenschenrechtlerInnen zu marginalisieren und zu unterdrücken, müssen lange Zeit darüber nachgedacht haben, in welche Kategorie sie sie stecken sollen. Sie ist eine schicke Frau, eine von dem Typ, der sie den Vortritt lassen würden, wenn sie sie zufällig auf der Straße treffen würden. Aber wo auch immer ein Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden, dort ist auch diese Frau, immer noch schick, immer noch liebenswürdig elegant, aber entschlossen stellt sie sich dagegen. Und dann hat sie auch noch angefangen, zu Frauen, die nach der Festnahme sexuelle Gewalt erfahren haben, zu arbeiten. Ihre Beobachtungen und Feststellungen teilt sie mit der Öffentlichkeit. Das ist nicht geheuer. Wenn sie keine Hexe ist, dann eine Teufelin.

Elif Safak. Die Autorin von „Med-Cezir", „Bit Palas" und „Araf". Sie schreibt auf Türkisch und Englisch. Was sie schreibt, wird nicht nur in der Türkei, sondern an vielen Orten der Welt gelesen. Ihre Bücher sind immer auf der Bestsellerliste. Aufgrund ihres letzten Buches wird sie der „Beleidigung des Türkentums" bezichtigt. Falls es der Staatsanwalt für richtig befindet, wird ihr der Prozess gemacht. Sie ist eine mutmaßliche „Gedanken-Straftäterin".

Gemeinsam haben diese Frauen, dass sie sich gegen Nationalismus und Militarismus stellen. Bekannterweise sind Militarismus und Nationalismus die steigenden Werte unseres Landes. Was sie an einem solchen Ort, an dem militaristische und nationalistische Werte so gelobt und verbreitet sind, gemacht haben, das können nicht alle. Es erfordert Mut. Es erfordert Herz. Im Mittelalter haben sie unsere Schwestern als Hexen oder Teufelinnen verbrannt, weil sie gegen die im Mittelalter hochgehaltenen Werte das Leben verteidigt haben. Liebe Hexen, Ihr seid wie klare Wassertropfen, die ins Feuer des Nationalismus fallen, in den unsere Gesellschaft gezogen werden soll. Gut, dass es Euch gibt. Ihr macht den stillen Gewissenhaften Mut. ♦

Die Zukunft des ESF

Havin Guneser, Journalistin, 2. Juni 2006

Das vierte Europäische Sozialforum fand vom 4. bis 7. Mai in Athen statt und über 35 000 Menschen nahmen an den 270 Seminaren und Workshops teil. Es war eine angenehme und farbenfrohe Veranstaltung mit vielen Ständen, kulturellen Aktivitäten und der Beteiligung verschiedener Organisationen. Veranstaltungsort war ein alter Flughafen nahe dem Meer.

Obwohl es sicherlich organisatorische Probleme mit den Veranstaltungen gab und auch Fragezeichen, wohin es sich genau entwickelt, war das Sozialforum als Ereignis sehr lohnend. Wenn wir uns an das erste Forum erinnern, das im November 2002 unter dem Motto „Gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus" stattfand: Nach Veranstalterangaben nahmen 60 000 Menschen am Forum teil, welches mit einer großen Demonstration von 1 000 000 Menschen endete. Das zweite ESF fand im November 2003 in Paris statt, 50 000 Menschen nahmen teil und 150 000 Menschen waren auf der Demonstration am letzten Tag. Das dritte ESF war im Oktober 2004 in London, daran nahmen 25 000 Menschen teil und etwa 70 000 Menschen beteiligten sich an der Abschlussdemonstration. Aus den Zahlen kann man ersehen, dass in die Veranstaltung und in einen Anstieg der Teilnehmerzahlen ernsthafte Hoffnungen gesetzt wurden. Schwindet das Interesse am ESF? Noch wichtiger, was sind die Gründe für einen solchen Zerfall? Es gibt für das fünfte Forum, das nächstes Jahr stattfinden soll, noch immer keinen Ort. Ich glaube, dass es ernsthafte Gründe für eine solche Entwicklung gibt. Diese werden in vielen Kreisen diskutiert und ich stimme der Ansicht zu, dass es dem ESF an Ziel und Richtung fehlt.

Ich denke, dass das ESF eine gemeinsame Plattform für fortschrittliche Parteien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sein sollte. Dennoch besteht hier ein offensichtliches Problem. Die NGOs werden meist von den Regierungen der Länder, aus denen sie kommen, finanziell unterstützt und die so genannten fortschrittlichen Parteien sind weit davon entfernt, eine Strategie für eine Lösung der Probleme, die die Menschheit betreffen, vorzulegen und sie erfahren keine umfassende Unterstützung von der Basis. Das ESF sollte nicht ein Ort von Machtkämpfen sein, es sollte ein Ort der Zusammenarbeit sein, ein Ort, an dem eine gemeinsame Ebene für alle gefunden wird und für gemeinsame Aktionen. Dieses Forum sollte keine Versammlung politischer Parteien sein. Es sollte der Ort des Zusammentreffens und der gemeinsamen Aktion für NGOs und politische Parteien sein. Menschen, Organisationen und Bewegungen sollten sich mit den Themen identifizieren, so dass sie ihre eigenen Rollen in der Umsetzung spielen können.

Das zweite ernsthafte Problem, das ich beobachtet habe, ist die Tatsache, dass die Tagesordnung des ESF von den Aktionen der USA und ihrer Alliierten bestimmt ist. Soweit ich es verfolgen konnte, hat jedes Forum, ob auf weltweiter oder europäischer Ebene, versucht, einen Standpunkt gegen die kurzfristige Politik der Supermächte zu beziehen. Offensichtlich kann das von Bedeutung sein und es ist notwendig, aktiv zu werden, dennoch ist eine langfristigere Perspektive notwendig, so dass solche Foren nicht immer der Tagespolitik hinterherhinken. Andernfalls werden wir die gleiche Tagesordnung und die gleichen Themen wie die Supermächte bearbeiten. Wenn wir aber in der Lage wären, die Probleme zu benennen und aktiv zu werden, bevor es die Supermächte tun, würden wir nicht mit besseren Lösungen herauskommen? Ich möchte dazu ein Beispiel geben. Als die USA kurz davor standen, in den Irak einzumarschieren, war das Hauptthema der Irak und wie man den Einmarsch verhindern könne. Offensichtlich ist das ein wichtiger Standpunkt, aber wie weiter? Sind wir in der Lage, die Menschen des Mittleren Ostens bei der demokratischen Transformation des Irak und der gesamten Region zu unterstützen? Nein. Und der neue antiimperialistische Standpunkt ist gegen die Invasion im Iran, bis dahin, dass jede kritische Stimme gegen das gegenwärtige iranische Regime fast schon als Teil des imperialistischen Bündnisses gesehen wird. Die kurdische Frage, zum Beispiel, wird vollständig ignoriert und so finden keine Diskussionen über Möglichkeiten einer friedlichen und demokratischen Lösung statt. Ich denke, dass pragmatische und taktische Koalitionen gegen den Imperialismus nicht nur keine Lösung, sondern auch abschreckend für potentielle Teilnehmer des ESF sind. Diese Plattform sollte aktiv sein, nicht reaktiv.

Und drittens denke ich, die wichtigere Frage ist die Frage der Freiheit der Frauen. Das ESF sollte die Freiheit der Frauen als Frage der Freiheit der Menschen und eines naturnahen Lebens betrachten. Wenn wir die politischen Themen auf die gleiche Weise wie das gegenwärtige System behandeln, wird das nicht die Grundlage für eine andere Welt sein. In diesem Sinne dachte ich, dass dennoch die Seminare und Workshops, die durch die Frauenorganisationen und ihre Versammlung vorbereitet wurden, sehr wichtig waren und dass es an der Zeit und notwendig ist, als gesamtes Forum gemeinsame Aktionen zu beschließen. Wenn man die Erklärung der Versammlung der Bewegungen vom vierten Europäischen Sozialforum liest, sieht man nicht die Bedeutung dieser Frage für das gesamte Forum.

Dennoch sollten die hier vorgelegten Kommentare nicht als Zeichen des Zweifels an solch einer Plattform aufgefasst werden, im Gegenteil sind sie aus einer starken Hoffnung und der Verwirklichung dieser Hoffnung heraus geschrieben worden. Ich glaube, dass eine andere Welt in dieser Welt möglich ist. Wichtig ist, wie wir herangehen, diese andere Welt zu schaffen.

Ja, eine andere Welt ist möglich! ♦

Das Ilisu Staudammprojekt und seine Auswirkungen

Erst die Mongolen und jetzt VA Tech, Züblin und Co.

Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Die türkische Regierung plant wieder seit Ende 2004 den Bau des Ilisu-Staudammes am Tigris und dies, obwohl dieses strittige Projekt schon einmal 2001/2002 wegen seiner offenen negativen Folgen scheiterte. Damals formierte sich in der Staudammregion und auch europaweit eine große Kampagne, die es zu Fall brachte. Erst zogen sich drei der am Konsortium beteiligten Unternehmen aus Groß-Britannien, Schweden und Italien, dann eine schweizerische Bank zurück.

Nun beteiligen sich wieder mehrere europäische und vier türkische Unternehmen am Ilisu-Projekt. Dabei handelt es sich um vier Unternehmen aus der Schweiz, die *Alstom*, *Stucky*, *Colencio* und *Maggia*, das schwäbische Bauunternehmen *Ed. Züblin AG* und den Konsortialleiter *VA Tech* aus Österreich. Unter den türkischen Unternehmen ist *Nurol* federführend. Diese Unternehmen haben Ende 2005 in ihren Staaten bei den jeweiligen Exportkreditagenturen (ECA) einen Antrag auf Kreditgarantie gestellt. Die Entscheidungen der jeweiligen Regierungen darüber sind bisher noch nicht getroffen worden.



Hasankeyf Foto: Initiative zur Rettung von Hasankeyf

GAP und der Ilisu-Staudamm

Das Südostanatolienprojekt namens GAP (türk.: *Güneydogu Anadolu Projesi*) wurde 1982 beschlossen und 1984 von der Türkei in Angriff genommen. Es ist zurzeit auf der Welt das gigantischste Wasserkraftwerks- und Bewässerungsprojekt seiner Art. Dieses sieht vor, die Flüsse Euphrat und Tigris an insgesamt 22 Dämmen zu stauen und 17 600 km² Land zu bewässern. Insgesamt sollen 19 Kraftwerke an den beiden Flüssen 27 300 GWh Strom erzeugen. Die meisten Staudämme sind schon errichtet. Die Gesamtkosten des GAP werden auf 32 Mrd. $ angesetzt. Nach offiziellen Angaben wird beabsichtigt, mit diesem großen Projekt im sog. „Südostanatolien“ (alles kurdische Provinzen) einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Diese Region soll mittels Erzeugung von Energie, Bewässerung und Schaffung von Arbeitsplätzen (3,6 Mill. werden angegeben) an den „modernen und technischen Fortschritt“ angebunden werden.

Das GAP sollte ursprünglich 2010 fertig gestellt werden, doch ist ein Ende vor 2020 nicht in Aussicht. Bisher wurden erst ca. 17 Mrd. US-Dollar investiert, die Einnahmen aus dem GAP übertreffen schon diesen Betrag.

Der Ilisu-Staudamm soll den Tigris auf einer Länge von 136 km in einen künstlichen See verwandeln und ein Stauvolumen von bis zu 10,4 km³ erzeugen. Der gesamte Durchfluss des Tigris beim Dorf Ilisu beträgt etwa 15,84 km³. Der zweitgrößte Fluss der Türkei, der Tigris, führt an diesem Punkt durchschnittlich 502 m³ Wasser. Der Stausee wird eine Fläche von bis zu 313 km² haben. Die Breite des Staudammbauwerks ist mit seinen 1810 m unübertroffen in der Türkei. Die Höhe beträgt 135 m und gehört damit zu den höchsten Talsperren. Der Hauptzweck dieser Talsperre ist die Energieerzeugung von 1200 MW (jährliche Energieausbeute 3800 GWh), womit Ilisu die viertgrößte der Türkei sein soll. Sehr begrenzt soll Ilisu auch zur Bewässerung dienen. Aber das gleich nach dem Ilisu folgende Stauwerk, der kleinere Cizre-Staudamm (Stausee etwa 30 km lang), soll hauptsächlich zur Bewässerung von weiter südlich liegenden Gebieten dienen.

Gefahr eines Wasserkonfliktes

Da der Ilisu- und der Cizre-Staudamm kurz vor der syrischen und irakischen Grenze errichtet werden sollen, bekommt die Angelegenheit außerdem eine politische Komponente. Es kommt hinzu, dass noch weitere Staudämme an den Nebenflüssen des Tigris geplant sind, womit das Staupotential noch einmal gesteigert werden würde. Das Wasser des Tigris kann den südlichen Nachbarn für einige Monate abgedreht werden. Besonders der Irak würde darunter leiden. Syrien ist vielmehr vom Wasser des Euphrat abhängig. Aber auch allein die Errichtung des Ilisu-Staudammes wird zur Folge haben, dass durch die Verringerung des Tigris-Wassers, das Ausbleiben der Überschwemmungen und das deutlich weniger mitgeführte Sediment die Landwirtschaft am Tigris erheblich leiden wird.

Die Türkei sträubt sich seit Beginn des GAP, Syrien und Irak in Bezug auf das Euphrat-Tigris-Wasser zu konsultieren. Sie betrachtet das Wasser als den „eigenen Reichtum, so wie das Öl andere Staaten der Region besitzen". Sie hat z. B. nicht die UN-Konvention über die Nutzung nicht-schiffbarer grenzüberschreitender Wasserwege von 1997 unterzeichnet. Diese enthält die Prinzipien der fairen und angemessenen Nutzung („equitable and reasonable utilization") grenzüberschreitender Wasserwege, der Partizipation und Konsultation zwischen den Flussanrainerstaaten. Beim Ilisu-Staudamm wurden jedoch die Anrainerstaaten weder ausreichend über das Projekt informiert noch in die Planung der Nutzung der Wasserreserven eingebunden. Die Abflussrechte sind unzureichend und von unklarer Verbindlichkeit. Auch die OP 7.50 der Weltbank [*Bestimmung von Standards bei Kreditprojekten betreffend internationaler Wasserwege*] wird eindeutig verletzt.

Wenn es in naher oder auch ferner Zukunft zu politischen Konflikten zwischen der Türkei und den südlichen Nachbarn kommen sollte, würde zunächst der kurdische Südosten der Türkei darunter leiden. Schon die Schließung der Grenzen würde spürbare wirtschaftliche Einbußen für unsere Region bedeuten.

Daher fordern wir eine nachhaltige Bewirtschaftung des Euphrat-Tigris-Wassers zwischen den drei Staaten Türkei, Irak und Syrien, wobei auch ökologische, soziale und kulturelle Aspekte ausreichend berücksichtigt werden müssen. Hierzu bedarf es auch einer grundlegenden Veränderung in der Einstellung zur Bewässerung in der Landwirtschaft, zur Energiepolitik und zu Ökosystemen.

Soziale Folgen

Sehr gravierende Folgen wird das Projekt in sozialer Hinsicht haben. Durch den Ilisu-Staudamm werden nach offiziellen Zahlen[1] 55 000 Menschen direkt betroffen sein, d. h. sie müssen umsiedeln. Zunächst war von 78 000 Menschen in 200 Siedlungen die Rede. Doch die Tatsache, dass Dutzende dieser Dörfer in den 90er Jahren vom türkischen Militär zwangsgeräumt und deren BewohnerInnen vertrieben wurden, hat diese Zahl der betroffenen Menschen und Dörfer reduziert. Leer stehende Dörfer und ihre BewohnerInnen werden einfach nicht im Umsiedlungsplan (*Resettlement Action Plan* – RAP) erwähnt. Der RAP, welcher mit dem Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Bericht) Ende November 2005 veröffentlicht wurde, ist in vieler Hinsicht zu kritisieren [*siehe Sammlung von Kommentaren und Berichten: http://www.hasankeyfgirisimi.org/en/index-Dateien/background.htm*].

Die direkt betroffenen Menschen in den Dörfern und der Stadt Hasankeyf wurden im Frühjahr 2005 zum ersten Mal von den Projektbetreibern über das Unternehmen *Encon* kontaktiert. Mit mehreren tausend Haushalten wurden Umfragen durchgeführt, in denen ausführlich die sozioökonomische Struktur erfragt wurde. Zwar wurden einige Fra-

Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Nach vielen Bemühungen und Diskussionen, seit der Ilisu-Staudamm wieder geplant wird, wurde Anfang Januar 2006 die überregionale *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* in Diyarbakir mit einer Gründungserklärung auf die Beine gestellt. In ihr sind zurzeit 34 Einrichtungen vertreten: Kommunen, darunter die größten Städte Batman und Diyarbakir, die meistbetroffenen Kleinstädte, Berufsverbände (Ingenieure, Architekten, Ärzte, Anwälte) der Region, Umwelt-, Menschenrechts- und soziale Organisationen, Gewerkschaften …
Die Initiative setzt sich sehr kritisch mit dem Ilisu-Talsperrenprojekt auseinander. Die sozialen, ökologischen und kulturellen Verluste sind sehr hoch, dagegen wird der Nutzen für die Region kaum spürbar sein. Außerdem wird das Konfliktpotential im Mittleren Osten zunehmen. Die Zentralregierung übergeht die lokalen und regionalen Kräfte und nimmt sie nicht wahr.
Im Februar 2006 wurde ein wichtiges Symposium zum Thema mit breit gefächerter Beteiligung organisiert, Felduntersuchungen in den betroffenen Gebieten in Diyarbakir und Batman wurden durchgeführt. Im März reichte die Initiative eine Reihe von Kommentaren bei den europäischen Exportkreditagenturen (ECA) ein.
Die Initiative steht in engem Kontakt zu sechs NGOs in Europa, welche die europäische Ilisu-Kampagne führen. In Zusammenarbeit kamen im Mai zwei Delegationen nach Europa. Am 11. Mai sprachen Mitglieder der Initiative im Europaparlament mit Vertretern der Europäischen Kommission. Vom 15. bis zum 19. Mai wurden Gespräche mit den politischen Verantwortlichen der deutschen, österreichischen und schweizerischen Regierung und ECAs geführt.

Kontakt: Initiative zur Rettung von Hasankeyf; c/o GABB; Belediye Konukevi, 2. Kat, Ofis; Diyarbakir/Turkey;
Tel : +90 - 412 229 67 47; Fax: +90 - 412 224 53 38; www.hasankeyfgirisimi.org; E-mail: ercanayboga@yahoo.com

gen zum Ilisu-Staudamm gestellt, aber nicht die entscheidende Frage, ob sie dieses Projekt wollen oder nicht. Wie sollte das auch geschehen? Das Projekt ist schon fertig und kurz vor der Ausführung. Den Menschen wurde bei der Umfrage klar gesagt, dass der Damm auf jeden Fall gebaut werde, egal ob die Menschen ihn wollten oder nicht. Bei der Umfrage wurden, wie die Befragten später berichteten, verlockende Fragen gestellt wie: „Wollt Ihr ein besseres Haus, wollt Ihr Bildung für Eure Kinder, wollt Ihr Arbeit?" Die Ja-Antworten wurden als Zustimmung für das Ilisu-Projekt gewertet. Dementsprechend gab das Ilisu-Konsortium bekannt, dass angeblich 90 % der Menschen das Projekt befürworteten. Auch wollte *Encon* von den Befragten wissen, wie viel Entschädigung in Form von Geld sie wünschten. Der genannte Betrag wurde kommentarlos aufgeschrieben. Am Ende der Umfrage wurde dazu gesagt, dass sie eine hohe Entschädigung bekommen würden, mehr, als ihnen eigentlich zustehe. Hier wurden den Menschen eindeutig falsche Hoffnungen gemacht, wie sich aus späteren Gesprächen ergab.

Der Verein der Flüchtlinge und MigrantInnen, Göc-Der, in Batman und in Diyarbakir führte in den jeweiligen zu überflutenden Siedlungen ihrer Provinz im Zeitraum zwischen Januar und März 2006 eine eigene Umfrage durch. Die Feststellungen und Ergebnisse sind sehr interessant. Das größte Problem bei der Umsiedlung werden die vielen landlosen Menschen sein, die für Großgrundbesitzer die Felder bestellen. Im Bezirk Bismil (der Provinz Diyarbakir) haben nach der Umfrage 56 % der betroffenen Menschen keine Landtitel, d. h. sie arbeiten für Großgrundbesitzer auf den großen Ackerflächen. Sie besitzen höchstens ein kleines Häuschen. Diese Menschen werden die größten Verlierer bei der Durchführung des Ilisu-Projektes sein. In Batman haben knapp 50 % der Menschen kein eigenes Land. Aber auch die vielen kleinen Landbesitzer werden ungenügende Entschädigungen bekommen. Der RAP zeigt, dass die Menschen überhaupt nicht auf eine Umsiedlung vorbereitet sind. Aus Erfahrungen ist bekannt, dass sie, in den Städten angekommen, nach relativ kurzer Zeit die erhaltene Entschädigung aufbrauchen und dann vor dem Nichts stehen werden. Sie werden mit Arbeitslosigkeit, Untätigkeit, sozialen und psychologischen Problemen konfrontiert sein. Die Anpassung an das Stadtleben wird für die Menschen fast unmöglich sein. Besonders die Frauen werden in den vier Wänden wie eingeschlossen leben, während sie auf dem Land sehr aktiv am produktiven Leben teilnahmen. Auch die Kinder werden den Gefahren (Kriminalität, Straßenverkauf) der Stadt „ausgeliefert" sein.

Die Städte Batman und Diyarbakir, wohin bis zu 80 % der Betroffenen umziehen wollen, haben seit den 90er Jahren ohnehin sehr große Probleme, die sie nicht in den Griff bekommen. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 60 %, direkte Armut betrifft die Hälfte der Menschen.

Noch ein Beispiel, wie Partizipation vom Ilisu-Konsortium verstanden wird: Zur wichtigen Versammlung im Juli 2005 in Ankara, wo entschieden wurde, wohin die Stadt Hasankeyf umgelagert werde, wurde der Bürgermeister von



Hasankeyf Foto: Christian Kaiser

Hasankeyf, Abdulvahap Kusen, nicht eingeladen. Er ist aber die Person, die von der Bevölkerung demokratisch gewählt wurde. Stattdessen kamen der Gouverneur von Batman, der Landrat von Hasankeyf, der Ausgrabungsleiter etc.

Auswirkungen auf das kulturelle Erbe

Das Ilisu-Überflutungsgebiet am Tigris liegt in Ober- bzw. Nord-Mesopotamien. In dieser Region gingen die ersten Menschen vor zwölf- bis zehntausend Jahren zum sesshaften Leben über. Hier wurden auch die ersten Kulturen entwickelt, die zur Herausbildung der großen Hochkulturen (wie der sumerischen) im mittleren und unteren Mesopotamien entscheidend beitrugen.

Die meisten der bekannten ältesten Siedlungen der Menschheit liegen nicht weit vom Ilisu-Gebiet entfernt, nämlich weiter westlich um den oberen Euphrat herum, wie z. B. Çayönü, Göbekli Tepe. Dass am Tigris noch nicht solche Siedlungen gefunden wurden, liegt höchstwahrscheinlich daran, dass hier praktisch noch keine Ausgrabungen durchgeführt wurden. Nur ein kleiner Teil des Ilisu-Gebietes – 7000 von 37 000 Hektar – wurde untersucht. Allein hier wurden 208 archäologische Fundstätten erfasst. Und in nur 14 Fundstätten werden/wurden bisher Ausgrabungen durchgeführt. Da in der Regel eine Ausgrabung mehrere Jahrzehnte dauert, ist es unmöglich innerhalb von sieben Jahren – so lange soll der Bau des Ilisu-Staudammes dauern – diese Stätten einigermaßen vernünftig auszuwerten. Die Folge wird der unwiderrufliche Verlust eines für die Menschheitsgeschichte sehr wichtigen Gebietes sein.

Das Symbol gegen den Ilisu-Staudamm wurde in den letzten Jahren die Stadt Hasankeyf am Tigris, die einzige aus dem Mittelalter und auch der Antike gänzlich erhaltene Stadt in Anatolien/Mesopotamien, die wie ein Freilichtmuseum vor uns liegt. In Hasankeyf, wo Funde aus dem frühen Neolithikum ausgegraben wurden, können Spuren von über zwanzig Kulturen mit dem bloßen Auge entdeckt werden. Hasankeyf war erst das religiöse Zentrum der christlichen Assyrer (4. bis 7. Jahrhundert), dann die Hauptstadt der Artukiden. In der späten Antike und im frühen und mittleren Mittelalter hatte es seine Glanzzeit. In diesem Ort sind Zeugnisse von den Römern, Byzantinern, Assyrern, Omayaden, Mervaniden, Seldschuken, Artukiden, Eyyubiden, Osmanen etc. vorzufinden. Es sollen bis zu 300 Kirchen, Moscheen und andere Bauwerke sein. Imposant ist die wunderbare Felsenburg. Hinzu kommt die 800 Jahre alte Steinbrücke, damals die größte ihrer Zeit. Sie wurde jedoch einige Jahrzehnte nach ihrer Fertigstellung von den einfallenden und alles niederbrennenden Mongolen zerstört, wodurch Hasankeyf langsam seine Bedeutung zu verlieren begann. Jetzt, wo das Interesse an ihr wieder wächst, soll sie ein zweites Mal vom Ilisu-Konsortium für alle Zeiten zerstört werden. Die heutigen Mongolen werden die deutsche *Ed. Züblin AG*, die österreichische *VA Tech*, das türkische Unternehmen *Nurol* und ihre Partner sein.

Die Idee des Neuaufbaus verschiedener Monumente aus Hasankeyf ist lächerlich. Jeder historische Ort lebt von seiner spezifischen Umgebung, wie Hasankeyf von Tigris und Felsenburg ausgemacht werden. Selbst wenn es technisch möglich wäre, viele Bauwerke mehrere Kilometer weiter nördlich in einem Kulturpark wieder aufzubauen, würden sie den Menschen nichts mehr

REGIERUNG LÄSST ANTRAG AUF EXPORTKREDITGARANTIE FÜR TÜRKEI-STAUDAMM PRÜFEN

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung lässt einen Antrag auf Gewährung einer Exportkreditgarantie des Bundes für das türkische Ilisu-Staudammprojekt von den beauftragten Mandatargesellschaften Euler Hermes und Pricewaterhouse Coopers prüfen.
Die Prüfungen seien noch nicht abgeschlossen, teilt sie in ihrer Antwort (16/1804) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/1639) mit. Die Abgeordneten hatten auf einen Antrag für eine Exportkreditversicherung über etwa 100 Millionen Euro für die Beteiligung des Bauunternehmens Züblin AG am Bau des Staudammes am Tigris im Südosten der Türkei verwiesen.
Sie hatten auch ein Gutachten erwähnt, wonach der Umsiedlungsplan für die betroffene Bevölkerung nicht ausgereift genug sei, um als Grundlage für eine Exportkreditversicherung anerkannt zu werden. Ersatzland für die über 50.000 von einer Umsiedlung Betroffenen stehe nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.
Zum internationalen Konfliktpotenzial des Vorhabens heißt es in der Antwort, der Tigris sei mit Blick auf die Wasserversorgung sowohl für die Türkei als auch für den Irak und Syrien von Bedeutung. Die Auswirkungen des Staudammprojekts Ilisu auf die Anrainerstaaten sei daher ebenfalls Bestandteil der laufenden Prüfungen.
In diesem Zusammenhang werde auch der Frage nachgegangen, ob Informationsprozesse von türkischer Seite eingeleitet worden sind. Die Prüfung der Umweltauswirkungen orientierten sich an den Umweltleitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie an den Umweltleitlinien für Ausfuhrgewährleistungen der Bundesrepublik.
Im konkreten Fall sei ein Abgleich des Projekts mit internationalen Standards und Richtlinien, etwa der Weltbank-Gruppe, vorgesehen.
Quelle: HEUTE IM BUNDESTAG | PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
Berlin, 16.06.2006

an Originalität vermitteln. Aber wie angedeutet können die Brücke, das Zeynelbey-Mausoleum, das El-Rizk-Minarett aufgrund der Bausubstanz (Bindemittel, weicher Stein etc.) nicht wegtransportiert werden[2]. Es handelt sich nicht um etwas wie Abu Simbel in Ägypten. Ein solcher Versuch würde nur in einer Katastrophe enden.

Durch die Überflutung des Tigris-Tales geht eine jahrtausendealte spezifische Kultur der Lebensweise und Landwirtschaft verloren, die nur hier im eingeengten Tigris-Tal Leben findet. Durch die Umsiedlung der BewohnerInnen in urbane Gebiete wird sie verschwinden. Neben dem archäologisch-historischen Reichtum wird diese einmalige Kultur, von der die „modernen" Menschen viel lernen können, endgültig vernichtet. Dies wird uns von den kommenden Generationen in Zukunft immer vorgeworfen werden.

Kurz zusammengefasst: Die Überflutung des Ilisu-Gebietes würde zur Zerstörung eines noch nicht bekannten kulturellen Erbes führen.

Ökologische und Umweltauswirkungen

Auch in ökologischer Hinsicht würde ein relativ großes und intaktes Ökosystem verloren gehen. Der Stausee wird sich in die vielen Nebenarme des Tigris erstrecken. Wenn der Ilisu-Staudamm einmal fertig gebaut ist, sollen der Cizre- und mehrere andere Staudämme an den Nebenarmen folgen.

Der Euphrat wurde hingegen schon fast vollständig aufgestaut, auch andere Flussökosysteme in der Region und der ganzen Türkei sind erheblich negativ beeinträchtigt worden.

Den Euphrat und Tigris können wir uns als ein gemeinsames Ökosystem vorstellen. Viele endemische Arten von Tieren und Pflanzen dieses Systems, die nicht mehr am Euphrat existieren können, kommen nur noch am Tigris vor.

Wie der Biologe Dr. Murat Biricik vom Verein der Umweltfreiwilligen von Diyarbakir berichtet, gibt es ganz besondere Vogelarten, die nur an den Felsenhängen um Hasankeyf herum leben. Auch lebt die einen Meter lange Euphratschildkröte nur noch am Tigris. Die Flora und Fauna einer ganzen großen Region hängen von diesem Ökosystem ab. Stauseen würden die Wege vieler Tiere abschneiden. Die Feuchtigkeit würde zunehmen.

Der Ilisu-Stausee würde innerhalb kurzer Zeit aufgrund der vielen Großstädte und immer intensiveren Landwirtschaft zur Eutrophierung führen, d. h. umkippen. Auch der rechtzeitige Bau der vorgesehenen Kläranlagen könnte dies nicht verhindern. Die meisten Fischarten im Fluss würden verschwinden. Einige wenige Fischarten, die in stehenden Gewässern vorkommen, könnten sich verbreiten. Aber die Biodiversität der Flora und Fauna insgesamt würde radikal abnehmen.

Die Eutrophierung würde auch vermehrt zu Krankheiten führen. Wie es um die Euphrat-Staudämme herum der Fall ist, würden viele verloren geglaubte Krankheiten und Seuchen zurückkehren. Dr. Ali Ceylan von der Dicle-Universität Diyarbakir stellte fest, dass 80 % der durch Stauseen verursachten Krankheiten und Seuchen in der Türkei in der GAP-Region vorkommen. Auf diese Gefahr wird im UVP-Bericht kaum eingegangen.

Auch unterhalb der Talsperre würden Flora und Fauna sehr unter dem Staudamm leiden, weil kaltes vom Stausee abgelassenes Wasser zur Erosion führen würde. Die Lebensgrundlage von Tieren und Pflanzen wie vieler Fischpopulationen würde entzogen werden. Die Auswirkungen würden bis zum Schatt El-Arab – der Vereinigung von Euphrat und Tigris – spürbar sein.

Alternativen

Aus den Berichten und Diskussionen ersehen wir, dass **Alternativen** zum Ilisu-Talsperrenprojekt von staatlicher Seite überhaupt nicht zur Diskussion gestellt werden. Der Hauptzweck des Ilisu-Staudammes ist die Energieproduktion (1200 MW). Heutige Technologie, Wissen und Anwendungserfahrungen in diesem Bereich zeigen uns ganz klar, dass es viele alternative Wege gibt, um das Energieproblem zu bewältigen. Als alternative Technologien seien die Sonnen-, Wind- und geothermische Energie genannt, wofür unsere Region und die Türkei sehr geeignet sind. In unserer Region scheint knapp 300 Tage im Jahr die Sonne. In der Region um Van gibt es gewaltige Möglichkeiten zur geothermischen Energieerzeugung.

Wir schlagen vor, dass zunächst mit dem gleichen Projektbudget die Energietransportleitungen der Türkei repariert werden, damit der Verlust von über 21 % auf den OECD-Durchschnitt (10 %) gesenkt wird. Dies allein würde Einsparungen von drei Ilisu-Talsperren bewirken. Überhaupt sollten die Verbraucher (Haushalte, Industrie, Landwirtschaft) sparsamer mit Energie umgehen, wozu die Regierung regelmäßige und umfassende Kampagnen durchführen muss. Auch besteht unserer Erfahrung nach ein großes Einsparpotential. Wir hören immer wieder, dass die vielen Talsperren in unserer Region nur mit gedrosselter Kapazität arbeiten. Da stellt sich die Frage, inwiefern die Energie der Ilisu-Talsperre notwendig ist. So zum Beispiel müssten die türkischen Wasserwerke die Frage beantworten, ob im Jahr 2005 die Wasserkraftanlage der Keban-Talsperre nur mit einer von insgesamt acht Turbinen arbeitete?

Wenn es um die regionale Entwicklung geht, sollte mit dem Projektbudget (knapp 2 Mrd. Euro) in den kulturellen Tourismus der Region investiert werden. Unsere Region – nach übereinstimmenden Meinungen mehr als geeignet dafür – könnte davon erheblich profitieren. Viel mehr und dauerhaftere Arbeitsplätze als beim Ilisu-Staudammprojekt könnten geschaffen werden. Das kulturelle Erbe könnte geschützt werden. Auch die Ökologie müsste keine (kaum) Verluste davontragen. Und sehr wichtig: Niemand müsste zur Umsiedlung gezwungen werden. ♦

Anmerkungen:

(1) Diese Zahl wird im Umsiedlungsplan (RAP) vom vergangenen November angegeben.

(2) Dies bestätigten bedeutende Archäologen wie Prof. Zeynep Ahunbay, der frühere Hasankeyf-Ausgrabungsleiter Prof. Olus Arik und der jetzige Ausgrabungsleiter Prof. Uluçam, Ahmet Yaras und andere.

Schritte in die richtige Richtung?

Wird Spanien Verhandlungen mit der ETA führen?

Interview der baskischen Tageszeitung Gara mit der ETA

Die baskische Untergrundorganisation *„Euskadi Ta Askatasuna"* (Baskenland und Freiheit) hat am 24. März 2006 eine dauerhafte und unbefristete Waffenruhe mit dem Ziel ausgerufen, einen demokratischen Prozess im Baskenland in Gang zu bringen.
Die sozialistische spanische Regierung begrüßte die ETA-Waffenruhe und bestätigte den Willen der Regierung, mit der ETA Verhandlungen zu führen.
Seit fast vier Jahrzehnten (*s. Kurdistan Report Nr. 124*) führt die ETA einen Kampf gegen die spanische Regierung und für die Unabhängigkeit des Baskenlandes. Dies ist ihr dritter ausgerufener Waffenstillstand, nachdem in den Jahren 1989 und 1999 die Verhandlungen an der Blockadehaltung Madrids gescheitert waren. Im Mai 2006 hat die ETA drei Kommuniqués veröffentlicht. Wir dokumentieren geringfügig überarbeitete Auszüge aus dem Interview, das von Josu Juaristi, Chefredakteur der baskischen Tageszeitung *Gara*, geführt und am 14. Mai 2006 in *Gara* (www.gara.net) veröffentlicht wurde. Die deutsche Übersetzung erschien am 16. Mai auf *indymedia Deutschland* (de.indymedia.org), die PDF-Version, auf die wir uns beziehen, am 18. Mai bei *Euskadi Information* (www.euskadinfo.net).

Weshalb jetzt (der Friedensprozess)? Was unterscheidet den Entschluss von den vorherigen?

Es genügt nicht, bei einer ausschließlichen Analyse der aktuellen politischen Situation zu verweilen, denn präzise gesagt stehen wir vor den Resultaten und der Ernte des Kampfes und der Entwicklung der letzten Jahre. An erster Stelle wollen wir den Beitrag der *Izquierda Abertzale* (Unabhängige Linke) vor Augen führen, denn es war der Kampf um den Aufbau und die Verteidigung von *Euskal Herria* (Baskenland), der es erlaubt hat, die aktuelle Situation zu eröffnen; das hat uns zu diesem Szenario gebracht. Ebenso wurde dadurch möglich, ein neues Bewusstsein unter den Leuten zu verbreiten, und jetzt sehen wir, dass Konzepte und politische Prinzipien, welche die *Unabhängige Linke* einsam zu verteidigen sich über Jahre hinweg verpflichtet sah, von vielen Akteuren und Parteien angenommen sind. Es war der Kampf der *Izquierda Abertzale*, der provoziert hat, dass Beamte und Staaten in Bewegung kommen, und dies hat ermöglicht, dass sich heute neue Gelegenheiten eröffnen.

Was sind heute die politischen Gründe für das Anstoßen eines Prozesses und wofür hat die ETA sich zu einem dauerhaften Waffenstillstand entschlossen?

Auf der einen Seite müssen wir hervorheben, dass *Euskal Herria*, in seiner Gesamtheit, heute eine immer mehr akzeptierte Realität ist, und dies hat auf eine stärkere Weise als je zuvor den Weg zur politischen Wiederanerkennung des Baskenlandes als Nation und als Volk geöffnet. Für uns existiert außerdem der weitere fundamentale Grund, dass der Gedanke, dass diejenigen, welche die baskische Bevölkerung ausmachen, das Wort und die Entscheidung bezüglich ihrer Zukunft haben müssen, mehr und mehr Akzeptanz findet. Denn das ist das Wesentliche, das zur Überwindung des Konfliktes führen wird.

Außerdem ist, dank der Kapazität des Widerstandes der *Unabhängigen Linken*, die Fantasie eines Abzuges der Polizei als Vertuschung entlarvt worden, und sie hat die Notwendigkeit einer politischen Lösung und von Konfliktverhandlungen neu gestärkt.

Seitdem die *Izquierda Abertzale* ihre Alternative für eine demokratische Lösung öffentlich machte, ist von den EinwohnerInnen und den wichtigsten Akteuren das doppelte Schema angenommen worden, das entwickelt werden muss: einerseits der politische Prozess, um die Zukunft *Euskal Herria´s* zu entscheiden und, andererseits, dass es zwischen der ETA und den Staaten übereinstimmende Beschlüsse geben muss. Und letztlich haben diese unter den EinwohnerInnen verbreiteten Konzepte und Wünsche auf irgendeine Weise dazu beigetragen, dass die Akteure und Parteien sich in dieselbe Richtung bewegen. Vorsorglich zählen wir diesen Gründen hinzu, dass die Entscheidung und der Schritt der ETA nicht ins Leere getan wurden; in unserer Entscheidung mussten auch der Wille und die direkt von verschiedenen Akteuren zum Ausdruck gebrachten Kompromisse der letzten Monate gesehen werden.

Seit Sie den Waffenstillstand erklärt haben, wurden zwei Angriffe verzeichnet, die mit kale borroka in Verbindung standen, in Barañain und in

Getxo. Was haben Sie zu diesen beiden Angriffen zu sagen?

[*Anm.: kale borroka: Straßenkampf und Sabotageaktionen, Praxis der Selbstverteidigung gegen die Aggressionen der spanischen Polizei und gegen die strukturelle Gewalt des kapitalistischen Systems*]

Wir liefern keine Lesart zu konkreten Geschehnissen und noch viel weniger zu dem Wirbel, der als Interessenfunktion von Parteien und Medien gemacht wird. Wir machen viel weitgreifendere Einschätzungen, z. B. über den öffentlichen Kampf und die Antwort des Volkes.

Und was ist diese Einschätzung?

Solange die Angriffe der bewaffneten Kräfte und die Verfolgung und Freiheitsberaubungen der Bürger/innen fortdauern, solange die Bürger/innen in den Polizeiquartieren gefoltert werden, solange die Verletzung der Rechte der Gefangenen anhält und der Ausnahmezustand nicht beendet wird, glauben wir ganz klar, dass die baskischen Bürger/innen antworten, sich mobilisieren und alle Mittel benutzen müssen, die sie in der Hand haben. Wir glauben, dass diese Angriffe die Manifestierung des Unwillens und der öffentlichen Meinung sind. Was uns anklagenswert erscheint, ist, dass diese Parteien, vor den Tatsachen dieser Natur, von neuem anstreben, die Verantwortung für die Konfrontation der *Unabhängigen Linken* anzuhängen. Das halten wir für einen enormen Akt der Heuchelei, präzise gesagt, weil es diese Parteien sind, die dann, wenn gefoltert und verhaftet wird, wegsehen, oder, noch mehr, welche die Polizeikräfte dazu aufhetzen, diese Angriffe zu begehen, mit dem Ziel, der *Izquierda Abertzale* einen Schlag zu versetzen.

Aber trägt die ETA nicht irgendeine Verantwortung für diese Angriffe?

Die ETA hatte keine und hat auch jetzt keine weder Verantwortung noch Urheberschaft an diesen Attacken; aber dass niemand auf die Idee kommt, angesichts der Antwort der Bürger/innen von der ETA zu verlangen, die Arbeit der Feuerwehr auszuüben. Womit Schluss gemacht werden muss, sind die Angriffe der Staaten und der bewaffneten Kräfte.

Die Frage der Gefangenen, wie von manchen behauptet wird, ist eine „technische"? Wo verorten Sie in dem Prozess die Situation, unter welcher die Gefangenen und deren Rechte leiden?

Die politischen Gefangenen haben das Recht darauf, direkt an dem Prozess teilzunehmen, und dazu besteht die Notwendigkeit. Sie müssen aktiv zu dem Prozess beitragen. Für uns ist dies keine technische Frage; es ist mehr ... es ist vielmehr eine Frage, welche die ETA betrifft. Die Gefangenen sind militante Politische, die wegen ihres Kampfes für das Baskenland im Gefängnis sind, und deshalb wird mit der Antwort auf die Begründung, die sie ins Gefängnis gebracht hat, gleichzeitig die Antwort auf die Frage der politischen Gefangenen gegeben werden. Und in einem Prozess der Konfliktauflösung muss dies einen Namen haben: Amnestie und Freilassung der Gefangenen. Die Freilassung der Gefangenen ist eine unausweichliche, demokratische Bedingung im Prozess der Konfliktauflösung. Die Militanten, die ihrer Freiheit beraubt wurden, sind Gefangene, welche das Volk als die Seinen betrachtet, und es ist das Baskenland selbst, welches proklamiert hat, dass in dem Prozess der Konfliktauflösung die Gefangenen auf der Straße sein müssen. Deshalb ist, was wir sagen, dass die baskische Bevölkerung den Kampf um Amnestie weiterführen muss.

Zu alledem glauben wir, dass von heute an die Regierungen Frankreichs und Spaniens Schritte der Respektierung der Rechte der Gefangenen unternehmen müssen, insbesondere der Anerkennung ihres politischen Status und der Respektierung der Basisrechte der Gefangenen, vor allem im Sinne einer Beendigung der Ausnahmesituation, die dem Kollektiv auferlegt wird, unter anderen Fragen die Beendigung der vernichtenden Verteilung [*Anm.: der Gefangenen auf verschiedene Strafanstalten, tausende Kilometer weit vom Baskenland entfernt*].

Wenn es zu einer Heranführung der Gefangenen kommt, müsste dies als eine Geste interpretiert werden?

Es handelt sich nicht um eine Frage von Gesten. Die Frage ist, dass die Amnestie einer der prinzipiellen Schlüsselpunkte des Prozesses sein muss, der in einer Phase der Entwicklung des Prozesses sichtbar werden muss; von heute an muss die Situation der Unterdrückung, welche die Gefangenen erleiden, beendet werden, eine Situation, die es bereits nicht mehr geben dürfte.

Wenn dieser Schritt getan würde, wäre das Einzige, was sie dadurch tun, eine Schachfigur (oder ein Geschütz) der Ausnahmesituation zu deaktivieren, die dem Kollektiv auferlegt ist. Sie würden damit einen grundlegenden Schritt in Richtung Respektierung der Rechte der Gefangenen machen.

Wenn sich auf einem Gleis gut fährt, auf dem anderen aber nicht, oder wenn ein Gleis intakt ist, aber die Regierungen Nein sagen, was wird die ETA dann tun?

Die ETA hat ihre Entscheidung, den demokratischen Prozess anzustoßen, getroffen und wird weiter damit fortfahren, ihre Entscheidungen bezüglich der Funktion der Entwicklung des Prozesses umzusetzen, und diese Entwicklung ist, was wir analysieren werden; wir werden alle diese Faktoren zu Bewusstsein bringen, um diese Reflektion zu machen, und alle Schachfiguren (oder Geschütze) des Prozesses in ihrer Gesamtheit hinterfragen und abschätzen. ♦

Quellen:
Original (baskisch): http://www.gara.net/dosierrak/etari_elkarrizketa/index.php
Spanische Übersetzung: ttp://www.gara.net/dosierrak/etari_elkarrizketa/index_es.php
Deutsche Übersetzung:
Teil 1:
http://de.indymedia.org/2006/05/147009.shtml
Teil 2:
http://de.indymedia.org/2006/05/147047.shtml
Teil 3:
http://de.indymedia.org/2006/05/147233.shtml
Text als PDF (euskadinfo.net):
http://www.euskadinfo.net/?p=53>

14. Verleihung des Hüseyin-Çelebi-Preises für Gedichte und Erzählungen

Literaturinteressierte sind aufgerufen, Gedichte und Erzählungen in kurdischer, türkischer oder deutscher Sprache an den *Verband der Studierenden aus Kurdistan* YXK einzusenden. Es geht um den Hüseyin-Celebi-Literaturpreis, den kurdische Studenten seit 1993 zwar in Deutschland vergeben, der sich aber an die weltweite kurdische Gemeinde richtet. Anfang November werden in Frankfurt a. M. die besten Werke von einer international besetzten Jury prämiert. Für die Bewertung der erstmalig zugelassenen deutschsprachigen Erzählungen sind die Schriftstellerinnen Hella Schlumberger, Maria Brunner und Helin Bektas zuständig.

Jury für kurdische Gedichte: Jana Seyda, Renas Jiyan und Kawa Nemir

Jury für türkische Gedichte: Nese Yasin, Nihat Behram und Hicri Izgören

Jury für deutsche Erzählungen: Hella Schlumberger, Maria Brunner und Helin Bektas

Jury für kurdische Erzählungen: Helim Yusiv, Jan Dost und Lokman Turgut

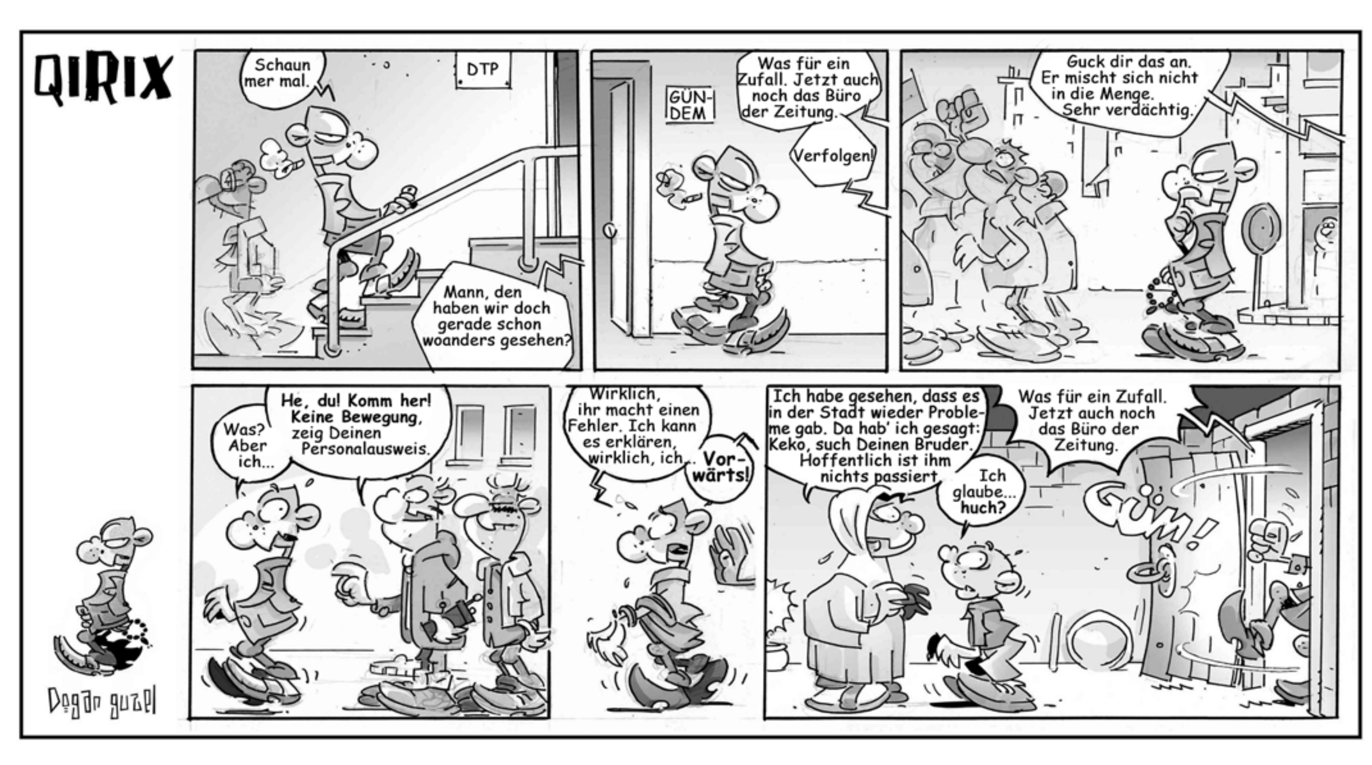
Jury für türkische Erzählungen: Ece Temelkuran, Ayse Düzkan und Umur Hozatli

Teilnahmebedingungen:
- Die Teilnehmer können sich mit bis zu zwei Gedichten in kurdischer oder türkischer Sprache und einer Erzählung in deutscher, türkischer oder kurdischer Sprache beteiligen.
- Die eingesandten Werke dürfen nicht vorher veröffentlicht werden.
- Die Einsendungen müssen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. September 2006 per Post oder E-mail an den YXK gesendet werden.

Kontakt:
Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK), Heidelberger Straße 4 , 60327 Frankfurt/Main
E-mail: info@yxk-online.com
www.yxk-online.com

Unterstützer:
junge Welt, Yeni Özgür Politika aus Europa, der kurdische Sender Roj TV, das kurdische Radio Denge Mezopotamya, die Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem aus der Türkei, die kurdische Wochenzeitung Azadiya Welat, die kurdischen Institute aus Berlin, Stockholm, Istanbul und Diyarbakir, der Verband der kurdischen Autoren in Diyarbakir, die Zeitschriften Güney, Tiroj, Ronahi, Kovara W, Esmer und Diyarname

Qirix von Dogan Güzel



Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
YEK-KOM
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
E–mail: yekkom-berlin@gmx.net
http://www.yekkom.com

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Risiko

Es gibt zwei verschiedene Haltungen
Gegenüber dem Leben.
Die eine: Streben nach Sicherheit.
Die andre: Sich über Schicksal und Zeit
Und alles das erheben.

Das Risiko muß man bejahn:
Man arbeitet ohne Seil.
Es macht nichts, wenn man sich außen verletzt:
Innen bleibt man heil.

Das ist die Haltung der Sucher und Finder:
Nicht auf Sicherheit, auf Sinn eingestellt,
Können sie auf fast alles verzichten,
Nur nicht auf ihren Entwurf von der Welt.

Eva Strittmatter

Uta Schneiderbanger (Nûdem)





Ekin Ceren Doğruak (Amara)

Am 31. Mai 2005 verloren Uta Schneiderbanger und Ekin Ceren Dogruak ihr Leben bei einem Verkehrsunfall in der Nähe der südkurdischen Kleinstadt Keladize. Uta und Ekin beteiligten sich als Internationalistinnen seit vielen Jahren aktiv an dem Freiheitskampf des kurdischen Volkes und dem Aufbau einer internationalistischen Frauenbewegung. Von einem internationalistischen Standpunkt aus haben sie mit ihrer Überzeugung, ihren Arbeiten und Anstrengungen insbesondere eine wichtige Rolle in der Organisierung der kurdischen Frauenbewegung gespielt.

ISSN 0935-5375